Bundesgesetzblatt

Teil I G 5702

2022	Ausgegeben zu Bonn am 27. Januar 2022				
Tag	Inhalt	Seite			
18. 1.2022	Verordnung zur Neuregelung des Meisterprüfungsverfahrensrechts	39			
18. 1.2022	Zweite Verordnung zur Durchführung des Windenergie-auf-See-Gesetzes (Zweite Windenergie-auf-See-Verordnung – 2. WindSeeV)	58			
20. 1.2022	Verordnung zur Änderung der Wahlordnung zum Sprecherausschussgesetz	69			
20. 1.2022	Verordnung zur Änderung der Atomrechtlichen Deckungsvorsorge-Verordnung	73			
20. 1.2022	Elfte Verordnung zur Änderung der Abwasserverordnung	87			
25. 1.2022	Zwölfte Verordnung zur Änderung der Auslandszuschlagsverordnung				
19. 1.2022	FNA: 2032-1-37				
21. 1.2022	7110-3-182, 7110-3-183, 7110-3-184, 7110-3-185, 7110-3-186, 7110-3-187, 7110-3-189, 7110-3-190, 7110-3-191, 7110-3-192, 7110-3-193, 7110-3-194, 7110-3-195, 7110-3-190, 7110-3-201, 7110-3-202, 7110-3-203, 7110-3-204, 7110-3-205, 7110-3-206, 7110-3-207, 7110-3-208, 7110-3-201, 7110-3-202, 7110-3-203, 7110-3-204, 7110-3-205, 7110-3-206, 7110-3-207, 7110-3-208, 7110-3-207, 7110-3-201, 7110-3-201, 7110-3-202, 7110-3-203, 7110-3-204, 7110-3-205, 7110-3-206, 7110-3-207, 7110-3-208, 7110-3-208, 7110-3-201, 7110-3-201, 7110-3-202, 7110-3-203, 7110-3				
21. 1.2022	vorsorge-Verordnung	106			
	Hinweis auf andere Verkündungen				
	Verkündungen im Bundesanzeiger	106			
	Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 2 und Nr. 3	107			
	Rechtsvorschriften der Europäischen Union	109			

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz

Postanschrift: 11015 Berlin Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II Postanschrift: 53094 Bonn Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag:

Bundesanzeiger Verlag GmbH Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-1 40
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de, Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 85,00 €. Bezugspreis dieser Ausgabe: 13,55 € (12,50 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Verordnung zur Neuregelung des Meisterprüfungsverfahrensrechts

Vom 18. Januar 2022

Auf Grund des § 45 Absatz 1, des § 50a Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2, des § 51a Absatz 2 und des § 51d Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 der Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBI. I S. 3074; 2006 I S. 2095), von denen § 45 Absatz 1 zuletzt durch Artikel 283 des Gesetzes vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, § 50a Absatz 1 und 2 durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Juni 2021 (BGBI. I S. 1654) eingefügt worden ist, § 51a Absatz 2 zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Oktober 2006 (BGBI. I S. 2407) geändert worden ist und § 51d Absatz 1 und 2 zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1654) geändert worden ist, jeweils in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBI. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 8. Dezember 2021 (BGBI. I S. 5176), verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Artikel 1

Verordnung

über das Zulassungs- und allgemeine Prüfungsverfahren für die Meisterprüfung im Handwerk und in handwerksähnlichen Gewerben (Meisterprüfungsverfahrensverordnung – MPVerfV)

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Gegenstand
- § 2 Zuständiger Meisterprüfungsausschuss
- § 3 Beschlussfassung
- § 4 Ausschluss von der Mitwirkung
- § 5 Verschwiegenheit
- § 6 Nichtöffentlichkeit

- 7 Rücktritt, Nichtteilnahme
- § 8 Täuschungshandlungen, Ordnungsverstöße

Abschnitt 2

Organisation und Vorbereitung der Prüfungsleistungen

- § 9 Organisation der Meisterprüfung
- § 10 Bildung und Zusammensetzung von Prüfungskommissionen, Zuweisung von Prüfungsleistungen, Stellvertretung
- § 11 Zulassung zur Meisterprüfung, Anmeldung zu einer Prüfungsleistung
- § 12 Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen oder Teilleistungsstörungen
- § 13 Befreiungen
- § 14 Einladung zur Prüfung

Abschnitt 3

Durchführung der Prüfungsleistungen

- § 15 Prüfungsaufgaben
- § 16 Ausweispflicht, Belehrung und Vorstellung
- § 17 Durchführung des Meisterprüfungsprojekts, Anfertigung der Meisterprüfungsarbeit, Bewertung
- § 18 Durchführung des Fachgesprächs, der Ergänzungsprüfung und sonstiger mündlicher Prüfungen, Bewertung
- § 19 Durchführung der Situationsaufgabe oder Arbeitsprobe und der praktischen Prüfung, Bewertung
- § 20 Durchführung schriftlicher Prüfungen, Bewertung
- § 21 Bewertung der Prüfungsleistungen und Berechnung der Prüfungsergebnisse in den Teilen der Meisterprüfung

Abschnitt 4

Abschluss des Meisterprüfungsverfahrens, Wiederholung, Dokumentation

- § 22 Beschlüsse über die Noten und das Bestehen, Abschluss des Meisterprüfungsverfahrens, Bescheinigungen von Schwerpunkten sowie zum Gesamtergebnis
- § 23 Wiederholung der Meisterprüfung
- § 24 Niederschrift
- § 25 Prüfungsunterlagen



Abschnitt 5

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 26 Übergangsvorschrift

Anlage 1 Bewertungsmaßstab und -schlüssel

Anlage 2 Zeugnisinhalte

Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften

§ 1

Gegenstand

Diese Verordnung regelt das Zulassungs- und allgemeine Prüfungsverfahren für die Meisterprüfung im Handwerk und in handwerksähnlichen Gewerben. Die jeweilige Meisterprüfungsverordnung für die Teile I und II sowie die Allgemeine Meisterprüfungsverordnung für die Teile III und IV der Meisterprüfung bleiben unberührt.

§ 2

Zuständiger Meisterprüfungsausschuss

- (1) Für die Durchführung jedes Teils der Meisterprüfung ist der Meisterprüfungsausschuss örtlich zuständig, in dessen Zuständigkeitsbezirk der jeweilige Prüfling
- 1. seinen ersten Wohnsitz hat,
- 2. in einem Arbeitsverhältnis steht,
- eine Maßnahme zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung besucht oder
- ein Handwerk oder ein sonstiges Gewerbe selbständig betreibt.

Der Prüfling kann bei Anmeldung zu einem Teil der Meisterprüfung zwischen mehreren örtlich zuständigen Meisterprüfungsausschüssen wählen.

- (2) Für die Durchführung der Teile I und II der Meisterprüfung muss der Meisterprüfungsausschuss außerdem fachlich zuständig sein.
- (3) Die Entscheidung über die Zuständigkeit obliegt dem Vorsitzenden des Meisterprüfungsausschusses. Soweit er die Voraussetzungen für die Zuständigkeit nicht für gegeben hält, entscheidet der Meisterprüfungsausschuss.
- (4) Der zuständige Meisterprüfungsausschuss kann auf Antrag des Prüflings in begründeten Fällen die Durchführung einzelner Teile der Meisterprüfung durch einen örtlich nicht zuständigen Meisterprüfungsausschuss genehmigen, wenn dieser Meisterprüfungsausschuss zustimmt. Satz 1 gilt auch für Wiederholungsprüfungen.

§ 3

Beschlussfassung

- (1) Der Meisterprüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Abweichend von Satz 1 müssen alle Mitglieder anwesend sein bei Entscheidungen über
- die Zulassung zur Meisterprüfung, soweit darüber nicht der Vorsitzende des Meisterprüfungsausschusses entscheidet.

- die Folgen von Täuschungshandlungen und Ordnungsverstößen,
- die Bildung der Prüfungskommissionen für die Abnahme und die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen,
- die Feststellung der Note für jeden der Teile der Meisterprüfung und
- das Bestehen oder Nichtbestehen der Teile der Meisterprüfung und der Meisterprüfung insgesamt.
- (2) Der Meisterprüfungsausschuss beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nichts anderes bestimmt ist. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende des Meisterprüfungsausschusses.
- (3) Entscheidungen können im schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren herbeigeführt werden, wenn alle Mitglieder ausdrücklich zustimmen. Hinsichtlich der Mitwirkung gilt Absatz 2 entsprechend.
- (4) Ist ein Mitglied des Meisterprüfungsausschusses aus persönlichen oder sachlichen Gründen verhindert, seine Befugnisse wahrzunehmen, kann es durch einen der für das verhinderte Mitglied berufenen Stellvertreter vertreten werden. Die Reihenfolge der Stellvertretung ist bei der Berufung festzulegen.

§ 4

Ausschluss von der Mitwirkung

- (1) Bei Entscheidungen des Meisterprüfungsausschusses sowie bei der Abnahme und Bewertung jedes Teils der Meisterprüfung dürfen nicht mitwirken
- 1. Arbeitgeber des Prüflings,
- Geschäftsteilhaber, Vorgesetzte oder Mitarbeiter des Prüflings,
- 3. Angehörige des Prüflings.
- (2) Angehörige im Sinne des Absatzes 1 Nummer 3 sind
- 1. Verlobte,
- 2. Ehegatten,
- 3. Lebenspartner,
- 4. Verwandte und Verschwägerte in gerader Linie,
- 5. Geschwister,
- 6. Kinder der Geschwister,
- Ehegatten sowie Lebenspartner der Geschwister und Geschwister der Ehegatten sowie der Lebenspartner.
- 8. Geschwister der Eltern,
- Personen, die durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis mit häuslicher Gemeinschaft wie Eltern und Kinder miteinander verbunden sind (Pflegeeltern und Pflegekinder).

Angehörige sind die im Satz 1 aufgeführten Personen auch dann, wenn

- in den Fällen des Satzes 1 Nummer 2, 3, 4 und 7 die die Beziehung begründende Ehe oder die Lebenspartnerschaft nicht mehr besteht;
- in den Fällen des Satzes 1 Nummer 4 bis 8 die Verwandtschaft oder Schwägerschaft durch Annahme als Kind erloschen ist;



- im Falle des Satzes 1 Nummer 9 die häusliche Gemeinschaft nicht mehr besteht, sofern die Personen weiterhin wie Eltern und Kinder miteinander verbunden sind.
- (3) Dem Meisterprüfungsausschuss ist unverzüglich mitzuteilen, wenn
- ein Ausschlussgrund nach Absatz 1 vorliegt oder Zweifel bestehen, ob die dort genannten Voraussetzungen gegeben sind, oder
- ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Misstrauen gegen eine unparteiische Mitwirkung zu begründen, oder ein Prüfling das Vorliegen eines solchen Grundes vorbringt.

Der Meisterprüfungsausschuss entscheidet über den Ausschluss. Die betroffene Person darf an dieser Entscheidung nicht mitwirken und sich im Falle des Ausschlusses an dem weiteren Meisterprüfungsverfahren nicht mehr beteiligen.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn für einen Prüfling die Durchführung eines Teils der Meisterprüfung weder durch den Einsatz stellvertretender Mitglieder des Meisterprüfungsausschusses, durch die Bildung der Prüfungskommissionen noch durch einen anderen Meisterprüfungsausschuss sichergestellt werden kann. Der Meisterprüfungsausschuss entscheidet nach Anhörung der Handwerkskammer, an deren Sitz der Meisterprüfungsausschuss errichtet ist, einstimmig über die Nichtanwendung des Absatzes 1; die von dem Mitwirkungsverbot betroffene Person darf an der Beschlussfassung nicht teilnehmen.

§ 5

Verschwiegenheit

Die Mitglieder des Meisterprüfungsausschusses und der Prüfungskommissionen sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Diese Verpflichtung bleibt auch nach dem Ausscheiden aus dem Meisterprüfungsausschuss oder einer Prüfungskommission bestehen.

§ 6

Nichtöffentlichkeit

- (1) Die Meisterprüfung ist nicht öffentlich.
- (2) Vertreter der obersten Landesbehörde, der höheren Verwaltungsbehörde und der Handwerkskammer sowie der Vorsitzende des Meisterprüfungsausschusses sind berechtigt, bei der Abnahme von Prüfungsleistungen anwesend zu sein.
- (3) Der Vorsitzende des Meisterprüfungsausschusses kann nach Anhörung der jeweils befassten Prüfungskommission in begründeten Fällen zulassen, dass andere als die in Absatz 2 genannten Gäste bei der Abnahme von Prüfungsleistungen anwesend sind.

§ 7

Rücktritt. Nichtteilnahme

- (1) Von jedem Teil der Meisterprüfung kann der Prüfling bis zum Beginn der ersten Prüfungsleistung in diesem Teil durch schriftliche oder elektronische Erklärung zurücktreten. In diesem Fall gilt dieser Teil der Meisterprüfung als nicht abgelegt.
- (2) Tritt der Prüfling nach Beginn der ersten Prüfungsleistung eines Teils der Meisterprüfung aus einem

wichtigen Grund von einer Prüfungsleistung zurück oder erscheint aus einem wichtigen Grund nicht rechtzeitig oder nicht, ist Absatz 1 entsprechend anzuwenden. Liegt kein wichtiger Grund vor, wird für die betroffene Prüfungsleistung nach Maßgabe des § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 und 5 die Bewertung mit null Punkten festgesetzt. Für bereits erbrachte Prüfungsleistungen ist § 23 Absatz 2, im Falle des Satzes 1 entsprechend, anzuwenden.

(3) Der wichtige Grund nach Absatz 2 ist unverzüglich mitzuteilen und nachzuweisen. Im Krankheitsfall ist die Vorlage eines ärztlichen Attests erforderlich. Die Entscheidung über das Vorliegen eines wichtigen Grundes obliegt dem Vorsitzenden des Meisterprüfungsausschusses. Soweit er das Vorliegen eines wichtigen Grundes für nicht gegeben hält, entscheidet nach Maßgabe des § 3 Absatz 1 Satz 2 der Meisterprüfungsausschuss.

§ 8

Täuschungshandlungen, Ordnungsverstöße

- (1) Täuschungshandlungen sind untersagt. Eine Täuschungshandlung liegt vor, wenn ein Prüfling es unternimmt, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen oder Beihilfe zu einer Täuschung oder zu einem Täuschungsversuch zu leisten. Die endgültige Entscheidung über das Vorliegen einer Täuschungshandlung ist dem Meisterprüfungsausschuss nach Maßgabe des § 3 Absatz 1 Satz 2 vorbehalten. Er hat vor seiner Entscheidung den Prüfling anzuhören.
- (2) Wird während der Erbringung der Prüfungsleistung vorläufig festgestellt, dass ein Prüfling eine Täuschungshandlung begeht oder einen entsprechenden Verdacht hervorruft, ist der Sachverhalt von der Aufsichtsführung festzustellen und zu protokollieren. Der Prüfling setzt die Prüfungsleistung vorbehaltlich der Entscheidung des Meisterprüfungsausschusses über die Täuschungshandlung fort.
- (3) Wird ein Prüfling nachträglich einer Täuschungshandlung verdächtigt, entscheidet der Meisterprüfungsausschuss unverzüglich, spätestens jedoch ein Jahr nach Erbringung der betroffenen Prüfungsleistung, nach Maßgabe des § 3 Absatz 1 Satz 2 über das Vorliegen einer Täuschungshandlung.
- (4) Liegt eine Täuschungshandlung vor, setzt der Meisterprüfungsausschuss nach Maßgabe des § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 für die von der Täuschungshandlung betroffene Prüfungsleistung die Bewertung mit null Punkten fest. In schweren Fällen, insbesondere bei vorbereiteten Täuschungshandlungen, kann der Meisterprüfungsausschuss für den jeweiligen Teil der Meisterprüfung die Bewertung mit null Punkten und die Note "ungenügend" festsetzen.
- (5) Behindert ein Prüfling durch sein Verhalten die Prüfungsleistungen anderer Prüflinge so, dass diese nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden können, oder gefährdet sein Verhalten seine eigene Sicherheit oder die anderer Anwesender, hat die Aufsichtsführung ihn unter Androhung des Ausschlusses von der Teilnahme zur Ordnung zu rufen, soweit nicht ein sofortiger Ausschluss erforderlich ist. Stellt der Prüfling sein Verhalten nicht umgehend ein, hat ihn die Aufsichtsführung von der Teilnahme auszuschließen. Dabei hat

sie den Sachverhalt festzustellen und zu protokollieren. Die endgültige Entscheidung über die Folgen des Ausschlusses für den Prüfling hat der Meisterprüfungsausschuss nach Anhörung des Prüflings zu treffen. Absatz 4 gilt entsprechend.

Abschnitt 2 Organisation und Vorbereitung der Prüfungsleistungen

§ 9

Organisation der Meisterprüfung

- (1) Der Vorsitzende des Meisterprüfungsausschusses beraumt die Prüfungstermine für die in einem Teil der Meisterprüfung zu erbringenden Prüfungsleistungen nach Bedarf an. Die Termine werden für jeden Teil der Meisterprüfung im Regelfall zwei Monate und spätestens einen Monat vor der ersten Prüfungsleistung in diesem Teil unter Angabe einer angemessenen Frist bekannt gegeben, innerhalb derer sich die Prüflinge zu dem Teil der Meisterprüfung anzumelden haben.
- (2) Der Vorsitzende des Meisterprüfungsausschusses bestimmt Ort, Datum und Uhrzeit der in einem Teil der Meisterprüfung zu erbringenden Prüfungsleistungen. Im Ausnahmefall kann er Termin- und Ortswünsche des Prüflings berücksichtigen.
- (3) Der Vorsitzende des Meisterprüfungsausschusses regelt die Aufsicht während des Erbringens der Prüfungsleistungen.

§ 10

Bildung und Zusammensetzung von Prüfungskommissionen, Zuweisung von Prüfungsleistungen, Stellvertretung

- (1) Der Meisterprüfungsausschuss bildet für die anberaumten Prüfungstermine Prüfungskommissionen und weist ihnen folgende Aufgaben zu:
- die Abnahme und abschließende Bewertung der Prüfungsleistung für
 - a) Meisterprüfungsprojekte oder Meisterprüfungsarbeiten (§ 17),
 - b) Fachgespräche, Ergänzungsprüfungen und sonstige mündliche Prüfungen (§ 18) sowie
 - c) Situationsaufgaben oder Arbeitsproben in Teil I sowie Präsentationen oder praktische Durchführungen einer Ausbildungssituation in Teil IV der Meisterprüfung (§ 19 Absatz 1);
- 2. die abschließende Bewertung der Prüfungsleistung für schriftliche Prüfungen (§ 20).

Über die Bildung und Zuweisung entscheidet der Meisterprüfungsausschuss nach Maßgabe des § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 und einstimmig. Der Meisterprüfungsausschuss kann mehrere Prüfungskommissionen für einen Prüfungstermin bilden.

(2) Der Meisterprüfungsausschuss hat bei der Bildung der Prüfungskommissionen darauf zu achten, dass die Zuweisung der Abnahme und Bewertung der Prüfungsleistungen an die jeweilige Prüfungskommission so erfolgt, dass der inhaltliche Bezug einzelner Prüfungsleistungen im Rahmen der Teile I bis IV der

Meisterprüfung gewahrt bleibt. Der Meisterprüfungsausschuss kann einer Prüfungskommission die Abnahme und Bewertung mehrerer Prüfungsleistungen zuweisen.

- (3) Vorbehaltlich des Absatzes 4 sind Prüfungskommissionen aus dem Kreis der nach § 48a Absatz 2 und 3 oder § 51c Absatz 2 und 3 der Handwerksordnung berufenen prüfenden Personen mit zwei Personen zu besetzen. Bei der Besetzung ist zu beachten:
- in Prüfungskommissionen für Prüfungsleistungen in den Teilen I und II der Meisterprüfung müssen beide Mitglieder in dem Handwerk oder handwerksähnlichen Gewerbe, in dem der Prüfling geprüft wird, die Meisterprüfung abgelegt haben, das Recht zum Ausbilden von Lehrlingen besitzen oder, im Falle eines zulassungspflichtigen Handwerks, in ihm als Betriebsleiter tätig sein;
- Prüfungskommissionen für Prüfungsleistungen in Teil III der Meisterprüfung sollen mindestens ein Mitglied haben, das besonders sachkundig in der wirtschaftlichen Betriebsführung sowie in den kaufmännischen und rechtlichen Kenntnissen ist;
- Prüfungskommissionen für Prüfungsleistungen in Teil IV der Meisterprüfung sollen mindestens ein Mitglied haben, das besonders sachkundig in den berufserzieherischen Kenntnissen ist;
- jede Prüfungskommission soll mindestens ein Mitglied haben, das in einem Handwerk oder handwerksähnlichen Gewerbe die Meisterprüfung erfolgreich abgelegt hat oder das Recht zum Ausbilden von Lehrlingen besitzt und in ihm als Geselle tätig ist.

Im Falle des Satzes 2 Nummer 2 bis 4 braucht das Mitglied der Prüfungskommission nicht dem Handwerk anzugehören, in dem der Prüfling geprüft wird.

- (4) Nehmen Prüfungskommissionen aus zwei oder mehreren Teilleistungen bestehende Prüfungsleistungen in einer Stationenprüfung nach § 19 Absatz 1 Satz 2 ab, ist die Prüfungskommission mit der gleichen Anzahl an Personen zu besetzen wie Teilleistungen abzunehmen und zu bewerten sind. Für jede Teilleistung ist eine Person zu benennen, die den Anforderungen des Absatzes 3 Satz 2 Nummer 1 genügt. Insgesamt soll die Prüfungskommission möglichst ausgewogen sowohl mit Mitgliedern besetzt werden, die das Handwerk oder handwerksähnliche Gewerbe, in dem der Prüfling geprüft wird, als stehendes Gewerbe betreiben oder in ihm als Betriebsleiter tätig sind, als auch mit Mitgliedern, die in dem Handwerk oder handwerksähnlichen Gewerbe als Gesellen tätig sind. Aus dem Kreis der Mitglieder ist ein Vorsitzender der Prüfungskommission zu bestimmen.
- (5) Bei Bildung der Prüfungskommissionen kann der Meisterprüfungsausschuss für jedes Mitglied einen Stellvertreter benennen. Für den Stellvertreter gelten die Anforderungen für die Besetzung des Mitgliedes, als dessen Stellvertreter er benannt wird. Ist ein Mitglied einer Prüfungskommission aus persönlichen oder sachlichen Gründen verhindert, seine Befugnisse wahrzunehmen, kann es durch den Stellvertreter vertreten werden, sofern der inhaltliche Bezug einzelner Prüfungsleistungen nach Maßgabe des Absatzes 2 gewahrt bleibt.

§ 11

Zulassung zur Meisterprüfung, Anmeldung zu einer Prüfungsleistung

- (1) Der Antrag auf Zulassung zur Meisterprüfung ist schriftlich oder elektronisch zu stellen. Darin ist anzugeben, für welches Handwerk oder für welches handwerksähnliche Gewerbe die Zulassung zur Meisterprüfung beantragt wird. Dem Antrag sind beizufügen
- 1. der Nachweis, der die Zuständigkeit des Meisterprüfungsausschusses nach § 2 begründet, und
- die für die Zulassung nach § 49 Absatz 1 bis 4 oder § 51a Absatz 5 der Handwerksordnung erforderlichen Zeugnisse, Nachweise und Bescheide.
- (2) Die Zulassung zur Meisterprüfung obliegt dem Vorsitzenden des Meisterprüfungsausschusses. Soweit er die Zulassungsvoraussetzungen für nicht gegeben hält, entscheidet nach Maßgabe des § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 der Meisterprüfungsausschuss.
- (3) Werden unrichtige Unterlagen beim Antrag auf Zulassung zur Meisterprüfung vorgelegt, ist § 8 Absatz 4 entsprechend anzuwenden.
- (4) Bei der Anmeldung zu einem Teil der Meisterprüfung nach § 9 Absatz 1 Satz 2 hat der Prüfling vorzulegen
- 1. den Nachweis nach Absatz 1 Satz 3 Nummer 1,
- den Bescheid über die Zulassung zur Meisterprüfung und
- die Eigenerklärung, ob und bei welchen anderen Meisterprüfungsausschüssen sich der Prüfling bereits zu dem Teil der Meisterprüfung angemeldet hat.

§ 12

Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen oder Teilleistungsstörungen

- (1) Bei der Durchführung der Prüfungsleistung sind die besonderen Verhältnisse von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen. Insbesondere können individuelle Nachteilsausgleiche gewährt werden, etwa durch abweichende Zeitvorgaben für das Erbringen der Prüfungsleistung, die Zulassung von Hilfsmitteln und die Inanspruchnahme von Hilfeleistungen Dritter wie Gebärdensprachdolmetscher für Menschen mit Hörbehinderungen. Die Art und Schwere der Behinderung sind mit dem Antrag auf Zulassung zur Meisterprüfung durch ärztliches Attest nachzuweisen; Art und Schwere einer nach Zulassung auftretenden Behinderung sind spätestens mit der Anmeldung zur jeweiligen Prüfungsleistung nachzuweisen.
- (2) Absatz 1 findet in Bezug auf Menschen mit Teilleistungsstörungen mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, dass der Nachweis auch durch sonstige geeignete Bescheinigungen geführt werden kann.

§ 13

Befreiungen

(1) Anträge auf Befreiung von einzelnen Teilen der Meisterprüfung können zusammen mit dem Antrag auf Zulassung oder mit der Anmeldung zu einem Teil der Meisterprüfung gestellt werden; Gründe, die nach

- den §§ 46 und 51a Absatz 6 der Handwerksordnung zur Befreiung von Teilen der Meisterprüfung führen, sind hierbei geltend zu machen. Für Entscheidungen über Befreiungen von den Teilen I und II der Meisterprüfung muss auch die fachliche Zuständigkeit des Meisterprüfungsausschusses gegeben sein.
- (2) Anträge auf Befreiung von Prüfungsbereichen, Prüfungsfächern, Handlungsfeldern oder vom praktischen Teil der Prüfung im Teil IV der Meisterprüfung sind spätestens mit der Anmeldung für den jeweiligen Teil der Meisterprüfung zu stellen.
- (3) Anträge auf Befreiung sind schriftlich oder elektronisch zu stellen; die Nachweise über Befreiungsgründe sind beizufügen. Werden Gründe geltend gemacht, die nach der Handwerksordnung zur Befreiung von Teilen der Meisterprüfung führen, gilt Satz 1 entsprechend.

§ 14

Einladung zur Prüfung

Der Prüfling ist spätestens zwei Wochen vor der zu erbringenden Prüfungsleistung schriftlich oder elektronisch einzuladen. Die Einladung hat mindestens folgende Angaben zu enthalten:

- Bezeichnung des durchführenden Meisterprüfungsausschusses sowie der dem Prüfling zugeordneten Prüfungskommission,
- 2. Ort, Datum und Uhrzeit der Prüfungsleistung,
- 3. notwendige und zulässige Arbeits- und Hilfsmittel,
- 4. Hinweis auf § 7.

Abschnitt 3

Durchführung der Prüfungsleistungen

§ 15

Prüfungsaufgaben

- (1) Der Meisterprüfungsausschuss hat nach Maßgabe der jeweiligen Meisterprüfungsverordnung für die Teile I und II und der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung für die Teile III und IV der Meisterprüfung zu beschließen
- über die Anforderungen an die Meisterprüfungsprojekte oder Meisterprüfungsarbeiten,
- über die Prüfungsaufgaben für Situationsaufgaben oder Arbeitsproben in Teil I, für Präsentationen oder praktische Durchführungen einer Ausbildungssituation in Teil IV der Meisterprüfung sowie für schriftliche Prüfungsleistungen und
- 3. über Richtlinien für Fachgespräche, für Ergänzungsprüfungen und für sonstige mündliche Prüfungen.

Der Meisterprüfungsausschuss hat einheitliche Maßstäbe für die Bewertung der Prüfungsleistungen durch die Prüfungskommissionen festzulegen. Sofern die in Satz 1 genannten Rechtsverordnungen die Gewichtung der einzelnen Teilleistungen einer Prüfungsleistung zueinander nicht regeln, hat er auch diese Gewichtung nach Ermessen festzulegen.



- (2) Sofern der Meisterprüfungsausschuss nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Antwort-Wahl-Aufgaben in schriftlichen Prüfungsaufgaben stellt, hat er in den einheitlichen Maßstäben für die Bewertung nach Absatz 1 Satz 2 festzulegen, welche Antworten als zutreffend anzuerkennen sind und welche Punktzahl für die gestellten Antwort-Wahl-Aufgaben insgesamt erreicht werden kann. Bei der Gewichtung der einzelnen Aufgaben innerhalb der für die Antwort-Wahl-Aufgaben erreichbaren Gesamtpunktzahl hat der Prüfungskommission ein Bewertungsspielraum zu verbleiben. Ist die Prüfungskommission infolge der Bewertung der Auffassung, dass eine gestellte Antwort-Wahl-Aufgabe fehlerhaft gestellt war, hat sie zu entscheiden, ob und inwieweit Änderungen in der Bewertung veranlasst sind
- (3) An den Beschlüssen des Meisterprüfungsausschusses nach den Absätzen 1 und 2 wirken neben dem Vorsitzenden
- für die Teile I und II der Meisterprüfung jedenfalls die Beisitzer nach § 48 Absatz 3 und 4 oder § 51b Absatz 4 und 5 der Handwerksordnung mit und
- für die Teile III und IV der Meisterprüfung jedenfalls der Beisitzer nach § 48 Absatz 5 oder § 51b Absatz 6 der Handwerksordnung mit.

Der Meisterprüfungsausschuss kann in seinen Beschlüssen für nicht schriftliche Prüfungsleistungen Vorschläge der Prüfungskommission übernehmen. Ferner soll er die Vorschläge des Prüflings zum Meisterprüfungsprojekt oder zur Meisterprüfungsarbeit berücksichtigen, wenn sie den Prüfungsanforderungen der jeweiligen Meisterprüfungsverordnung entsprechen und ihre Durchführung oder Anfertigung keinen für die Prüfungskommission unangemessenen Aufwand erfordern.

- (4) Der Meisterprüfungsausschuss kann für alle Prüflinge einheitlich festlegen, dass die Durchführung des Meisterprüfungsprojekts, die Anfertigung der Meisterprüfungsarbeit, die Bearbeitung der Situationsaufgabe oder der Arbeitsprobe unter ständiger Aufsicht zum selben Zeitpunkt am gleichen Ort (Klausur) erfolgen.
 - (5) Die Prüfungssprache ist Deutsch.

§ 16

Ausweispflicht, Belehrung und Vorstellung

- (1) Der Prüfling hat sich auf Verlangen der mit der Aufsicht beauftragten Person oder eines Mitglieds des Meisterprüfungsausschusses oder der Prüfungskommission zur Person auszuweisen.
- (2) Der Meisterprüfungsausschuss hat sicherzustellen, dass der Prüfling vor Beginn der einzelnen zu erbringenden Prüfungsleistung über den Prüfungsablauf, die zur Verfügung stehende Zeit, die zugelassenen Arbeits- und Hilfsmittel, die Umsetzung von individuellen Nachteilsausgleichen für Menschen mit Behinderungen oder Teilleistungsstörungen und über die Folgen bei Rücktritt, Nichtteilnahme, Täuschungshandlungen und sonstigen Ordnungsverstößen belehrt wird. Die bei Abnahme der Prüfungsleistung anwesenden Aufsicht führenden Personen und Mitglieder der Prüfungskommission sollen dem Prüfling vorgestellt werden.

§ 17

Durchführung des Meisterprüfungsprojekts, Anfertigung der Meisterprüfungsarbeit, Bewertung

- (1) Anhand der Anforderungen nach § 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 hat der Prüfling dem Meisterprüfungsausschuss ein Umsetzungskonzept für die Durchführung des Meisterprüfungsprojekts oder die Anfertigung der Meisterprüfungsarbeit einschließlich einer Schätzung hinsichtlich der Zeit- und Materialbedarfe vorzulegen. Mit der Vorlage hat der Prüfling dem Meisterprüfungsausschuss den geplanten Beginn der Durchführung des Meisterprüfungsprojekts oder der Anfertigung der Meisterprüfungsarbeit mitzuteilen, sofern diese Prüfungsleistung nicht in Klausur erbracht wird. Entspricht das Umsetzungskonzept den in Satz 1 genannten Anforderungen, hat der Meisterprüfungsausschuss es zu billigen; anderenfalls fordert er den Prüfling zur erneuten Vorlage auf.
- (2) Der Vorsitzende des Meisterprüfungsausschusses kann eine Person, die nicht Mitglied einer Prüfungskommission sein muss, mit der Aufsicht beauftragen. Die Aufsicht führende Person hat eine Aufsichtsniederschrift anzufertigen, aus der auch hervorgehen muss, ob der Prüfling das Meisterprüfungsprojekt oder die Meisterprüfungsarbeit selbständig und nur unter Einsatz der erlaubten Arbeits- und Hilfsmittel durchgeführt oder angefertigt hat.
- (3) Der Prüfling hat das Meisterprüfungsprojekt oder die Meisterprüfungsarbeit mit den vorgeschriebenen Unterlagen am festgesetzten Ort zur festgesetzten Zeit der Prüfungskommission vorzustellen. Der Vorsitzende des Meisterprüfungsausschusses kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes auf Antrag eine Fristverlängerung gewähren. Soweit er das Vorliegen eines wichtigen Grundes für nicht gegeben hält, hat nach Maßgabe des § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 der Meisterprüfungsausschuss zu entscheiden.
- (4) Der Prüfling hat bei der Vorstellung des Meisterprüfungsprojekts oder der Meisterprüfungsarbeit schriftlich zu versichern, dass er das Meisterprüfungsprojekt oder die Meisterprüfungsarbeit selbständig durchgeführt oder angefertigt hat. Dies gilt auch für die vorgeschriebenen Unterlagen.
- (5) Die Mitglieder der Prüfungskommission haben nach Maßgabe des § 21 Absatz 1 die Prüfungsleistung jeweils einzeln zu bewerten und die Einzelbewertungen zu einer abschließenden Bewertung zusammenzuführen.
- (6) Die Prüfungskommission hat die wesentlichen Abläufe der Prüfung zu dokumentieren und die Einzelbewertungen, die nach den Verfahren des § 21 Absatz 1 festgelegte abschließende Bewertung sowie die für die Bewertung erheblichen Tatsachen in einer Prüfungsniederschrift festzuhalten. Dabei sind die Person des Prüflings, Ort und Zeit des Erbringens der Prüfungsleistung sowie die tragenden Gründe für die Einzelbewertungen und die abschließende Bewertung festzuhalten und die festgestellten Fehler und Mängel zu bezeichnen, soweit sich diese aus der Bewertung nicht ableiten lassen. Die Mitglieder der Prüfungskommission haben die Prüfungsniederschrift zu unterschreiben oder mit einer Namenswiedergabe zu ver-

sehen. Die Bewertung ist für das weitere Prüfungsverfahren bindend.

§ 18

Durchführung des Fachgesprächs, der Ergänzungsprüfung und sonstiger mündlicher Prüfungen, Bewertung

- (1) Das Fachgespräch nimmt die Prüfungskommission als Einzelgespräch ab.
- (2) Die Ergänzungsprüfung wird auf Antrag des Prüflings durchgeführt. Die Ergänzungsprüfung wird als Einzelgespräch von der Prüfungskommission abgenommen und soll je Prüfling höchstens 20 Minuten dauern. Das Ergebnis der jeweiligen schriftlichen Prüfung und der Ergänzungsprüfung ist im Verhältnis 2:1 zu gewichten.
- (3) Sonstige in Meisterprüfungsverordnungen vorgesehene mündliche Prüfungen nehmen die Prüfungskommissionen als Einzelgespräche ab, sofern nicht der Meisterprüfungsausschuss die Prüfungen einem Gruppengespräch zuweist.
- (4) Die Mitglieder einer nach den Absätzen 1 bis 3 befassten Prüfungskommission haben nach Maßgabe des § 21 Absatz 1 die Prüfungsleistung jeweils einzeln zu bewerten und die Einzelbewertungen zu einer abschließenden Bewertung zusammenzuführen.
- (5) Die Prüfungskommission hat die wesentlichen Abläufe der Prüfung zu dokumentieren und die Einzelbewertungen, die nach den Verfahren des § 21 Absatz 1 festgelegte abschließende Bewertung sowie die für die Bewertung erheblichen Tatsachen in einer Prüfungsniederschrift festzuhalten. Dabei sind die Person des Prüflings, Ort und Zeit des Erbringens der Prüfungsleistung sowie die tragenden Gründe für die Einzelbewertungen und die abschließende Bewertung festzuhalten und die festgestellten Fehler und Mängel zu bezeichnen, soweit sich diese aus der Bewertung nicht ableiten lassen. Die Mitglieder der Prüfungskommission haben die Prüfungsniederschrift zu unterschreiben oder mit einer Namenswiedergabe zu versehen. Die Bewertung ist für das weitere Prüfungsverfahren bindend.

§ 19

Durchführung der Situationsaufgabe oder Arbeitsprobe und der praktischen Prüfung, Bewertung

- (1) Die Prüfungskommission nimmt die Situationsaufgabe oder die Arbeitsprobe in Teil I und die Präsentation oder die praktische Durchführung einer Ausbildungssituation in Teil IV der Meisterprüfung ab. Besteht die Situationsaufgabe oder die Arbeitsprobe in Teil I aus zwei oder mehreren Teilleistungen und wird sie in Form einer Stationenprüfung abgenommen, ist jede Teilleistung durch das nach § 10 Absatz 4 Satz 2 dazu benannte Mitglied der Prüfungskommission unter Wahrung des § 10 Absatz 4 Satz 1 abzunehmen.
- (2) Vorbehaltlich des Satzes 2 haben die Mitglieder der Prüfungskommission nach Maßgabe des § 21 Absatz 1 die Prüfungsleistung jeweils einzeln zu bewerten und die Einzelbewertungen zu einer abschließenden Bewertung zusammenzuführen. Bei einer Stationenprüfung haben die Mitglieder nach Maßgabe des § 21

- Absatz 2 die abgenommenen Teilleistungen jeweils einzeln zu bewerten und zu einer abschließenden Bewertung für die Prüfungsleistung zusammenzuführen.
- (3) Die Prüfungskommission hat die wesentlichen Abläufe der Prüfung zu dokumentieren und die Einzelbewertungen oder Bewertungen der Teilleistungen, die nach den Verfahren des § 21 Absatz 1 oder 2 festgelegte abschließende Bewertung sowie die für die Bewertung erheblichen Tatsachen in einer Prüfungsniederschrift festzuhalten. Dabei sind die Person des Prüflings, Ort und Zeit des Erbringens der Prüfungsleistung sowie die tragenden Gründe für die Einzelbewertungen und die abschließende Bewertung festzuhalten und die festgestellten Fehler und Mängel zu bezeichnen, soweit sich diese aus der Bewertung nicht ableiten lassen. Die Mitglieder der Prüfungskommission haben die Prüfungsniederschrift zu unterschreiben oder mit einer Namenswiedergabe zu versehen. Die Bewertung ist für das weitere Prüfungsverfahren bindend.

§ 20

Durchführung schriftlicher Prüfungen, Bewertung

- (1) Für die Durchführung schriftlicher Prüfungen in den Teilen II, III und IV der Meisterprüfung kann der Vorsitzende des Meisterprüfungsausschusses eine Person mit der Aufsicht während der Erbringung der Prüfungsleistung beauftragen, die nicht Mitglied des Meisterprüfungsausschusses oder einer Prüfungskommission sein muss. Die Aufsicht führende Person hat die Prüfung in ihren wesentlichen Abläufen in einer Aufsichtsniederschrift zu dokumentieren.
- (2) Die Bewertung der schriftlichen Prüfung hat durch die Prüfungskommission zu erfolgen. Deren Mitglieder haben nach Maßgabe des § 21 Absatz 1 die Prüfungsleistung jeweils einzeln zu bewerten und die Einzelbewertungen zu einer abschließenden Bewertung zusammenzuführen.
- (3) Die Prüfungskommission hat die Einzelbewertungen und die nach den Verfahren des § 21 Absatz 1 festgelegte abschließende Bewertung sowie die für die Bewertung erheblichen Tatsachen in einer Bewertungsniederschrift festzuhalten. Dabei sind die Person des Prüflings, Ort und Zeit des Erbringens der Prüfungsleistung sowie die tragenden Gründe für die Einzelbewertungen und die abschließende Bewertung festzuhalten und die festgestellten Fehler und Mängel zu bezeichnen, soweit sich diese aus der Bewertung nicht ableiten lassen. Die Mitglieder der Prüfungskommission haben die Bewertungsniederschrift zu unterschreiben oder mit einer Namenswiedergabe zu versehen. Die Bewertung ist für das weitere Prüfungsverfahren bindend.
- (4) Der Meisterprüfungsausschuss kann in Abstimmung mit der Handwerkskammer bestimmen, dass schriftliche Prüfungen in von der Handwerkskammer zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten digital durchgeführt werden. Die vorstehenden Absätze gelten mit folgenden Maβgaben entsprechend:
- die Handwerkskammer hat die erforderlichen digitalen Endgeräte mit der erforderlichen digitalen Ausstattung (digitales Prüfungssystem) zur Verfügung zu stellen;

- den Prüflingen ist vor der Prüfung ausreichend Gelegenheit zu geben, sich mit dem digitalen Prüfungssystem vertraut zu machen;
- während der Prüfungsleistung hat eine für das digitale Prüfungssystem technisch sachkundige Person zur Verfügung zu stehen;
- bei nicht durch den Prüfling zu vertretenden technischen Störungen ist der damit verbundene Zeitverlust durch entsprechende Schreibzeitverlängerung auszugleichen;
- 5. es ist sicher zu stellen, dass nach dem jeweiligen Stand der Technik von den Prüflingen eingegebene Daten diesen, auch während der Bewertung, stets eindeutig und innerhalb der Aufbewahrungsfristen nach § 25 Absatz 2 dauerhaft zugeordnet werden können.

Die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der personenbezogenen Daten sind einzuhalten.

§ 21

Bewertung der Prüfungsleistungen und Berechnung der Prüfungsergebnisse in den Teilen der Meisterprüfung

- (1) Vorbehaltlich des Absatzes 2 haben die Mitglieder der Prüfungskommission anhand der einheitlichen Maßstäbe nach § 15 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 2 jeweils einzeln die Prüfungsleistung mit Punkten nach Maßgabe der Anlage 1 Spalte 1 zu bewerten. Sodann haben sie die Einzelbewertungen einvernehmlich zu einer abschließenden Bewertung zusammenzuführen. Können sich die Mitglieder der Prüfungskommission nicht auf eine abschließende Bewertung verständigen und
- weichen die Einzelbewertungen um bis zu 10 Prozent der erreichbaren Punkte voneinander ab, errechnet sich die abschließende Bewertung aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen,
- weichen die Einzelbewertungen um mehr als 10 Prozent der erreichbaren Punkte voneinander ab, ist die abschließende Bewertung nach dem Verfahren der Sätze 4 und 5 festzulegen.

Im Fall des Satzes 3 Nummer 2 haben sich die Mitglieder der Prüfungskommission unter Moderation des Vorsitzenden des Meisterprüfungsausschusses erneut zu beraten, um sich auf eine abschließende Bewertung zu verständigen. Wird erneut kein Einvernehmen über die abschließende Bewertung erzielt, hat der Vorsitzende des Meisterprüfungsausschusses das arithmetische Mittel der Einzelbewertungen als abschließende Bewertung festzulegen.

(2) Bei einer Stationenprüfung nach § 19 Absatz 1 Satz 2 hat jedes Mitglied die von ihm abgenommene Teilleistung anhand der einheitlichen Maßstäbe nach § 15 Absatz 1 Satz 2 mit Punkten nach Maßgabe der Anlage 1 Spalte 1 zu bewerten. Sodann hat der Vorsitzende der Prüfungskommission die abschließende Bewertung der Prüfungsleistung zu ermitteln, indem er aus den Bewertungen nach den in § 15 Absatz 1 Satz 3 genannten Vorgaben das gewichtete arithmetische Mittel berechnet und auf eine Nachkommastelle kaufmännisch rundet.

(3) Das Ergebnis für jeden Teil der Meisterprüfung wird durch arithmetische Mittelung der in den einzelnen Prüfungsleistungen erreichten Punkte anhand der Gewichtung berechnet, die die jeweilige Meisterprüfungsverordnung oder die Allgemeine Meisterprüfungsverordnung vorgibt. Das Ergebnis in Punkten wird kaufmännisch auf eine ganze Zahl gerundet und nach der Anlage 1 sowohl als Note als Dezimalzahl mit einer Nachkommastelle als auch als Note in Worten festgesetzt.

Abschnitt 4

Abschluss des Meisterprüfungsverfahrens, Wiederholung, Dokumentation

§ 22

Beschlüsse über die Noten und das Bestehen, Abschluss des Meisterprüfungsverfahrens, Bescheinigungen von Schwerpunkten sowie zum Gesamtergebnis

- (1) Die Beschlüsse über das Ergebnis und über das Bestehen oder Nichtbestehen des jeweiligen Teils der Meisterprüfung sowie über das Bestehen oder Nichtbestehen der Meisterprüfung insgesamt fasst nach Maßgabe des § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 und 5 der Meisterprüfungsausschuss auf Grundlage der abschließenden Bewertungen der Prüfungskommissionen. Über das Bestehen oder Nichtbestehen der Prüfung in jedem Teil der Meisterprüfung und über das dabei erzielte Ergebnis in Punkten als ganze Zahl sowie als Note als Dezimalzahl mit einer Nachkommastelle und als Note in Worten ist dem Prüfling unverzüglich, spätestens jedoch binnen eines Monats nach der abschließenden Bewertung der letzten Prüfungsleistung in diesem Teil, ein schriftlicher Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung zu erteilen.
- (2) Die Meisterprüfung ist bestanden, wenn jeder der vier Teile der Meisterprüfung bestanden ist. Hierfür sind in jedem Prüfungsteil insgesamt ausreichende Leistungen zu erbringen sowie die sonstigen in den jeweiligen Meisterprüfungsverordnungen und der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung vorgeschriebenen Mindestvoraussetzungen zu erfüllen. Die Befreiung von einem Teil der Meisterprüfung steht dem Bestehen dieses Teils gleich.
- (3) Über das Bestehen der Meisterprüfung insgesamt ist vom zuletzt tätig gewordenen nach § 2 Absatz 2 fachlich zuständigen Meisterprüfungsausschuss ein Zeugnis nach Anlage 2 zu erteilen. In dem Zeugnis mit den Inhalten nach Anlage 2 sind die in den Teilen der Meisterprüfung erzielten Ergebnisse als Noten als Dezimalzahlen mit einer Nachkommastelle und als Noten in Worten auszuweisen. Jede Befreiung ist mit Ort, Datum und der Bezeichnung des Prüfungsgremiums der anderen vergleichbaren Prüfung anzugeben. Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden des Meisterprüfungsausschusses zu unterschreiben oder mit einer Namenswiedergabe zu versehen und von der Handwerkskammer zu beglaubigen.
- (4) Wird die Meisterprüfung in einem Schwerpunkt abgelegt, so ist dem Prüfling auf Antrag hierüber eine Bescheinigung auszustellen.

(5) Auf Antrag ist dem Prüfling ein Gesamtergebnis der Meisterprüfung zu bescheinigen. Hierfür ist das arithmetische Mittel der in den einzelnen Teilen der Meisterprüfung als ganze Zahl erreichten Punkte zu errechnen und kaufmännisch auf eine ganze Zahl zu runden; Teile der Meisterprüfung, von denen der Prüfling befreit wurde, bleiben außer Betracht. Das Gesamtergebnis ist als Note als Dezimalzahl und als Note in Worten auszuweisen; Befreiungen sind in dem Ausweis anzugeben. Der Ausweis des Gesamtergebnisses kann in das Zeugnis nach Absatz 3 aufgenommen werden.

§ 23

Wiederholung der Meisterprüfung

- (1) Jeder nicht bestandene Teil der Meisterprüfung kann dreimal wiederholt werden.
- (2) Der Prüfling ist auf Antrag von der Wiederholung der Prüfungsleistungen in Prüfungsbereichen, in Prüfungsfächern, in Handlungsfeldern oder im praktischen Teil der Prüfung im Teil IV zu befreien, wenn seine Leistungen darin in einer vorangegangenen Prüfungsleistung mit mindestens 50 Punkten bewertet wurden und der inhaltliche Bezug der einzelnen Prüfungsleistungen im Rahmen der Teile I bis IV der Meisterprüfung gewahrt bleibt. Eine Befreiung ist nur möglich, wenn sich der Prüfling innerhalb von drei Jahren, gerechnet vom Tag der Bescheidung über den nicht bestandenen Prüfungsteil, zur Wiederholungsprüfung anmeldet und den Antrag auf Befreiung spätestens mit der Anmeldung stellt.

§ 24

Niederschrift

- (1) Über jeden Teil der Meisterprüfung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Mitgliedern des die Teilprüfung durchführenden Meisterprüfungsausschusses zu unterschreiben oder mit einer Namenswiedergabe ist. Aufsichts-, Prüfungs- und Bewertungsniederschriften sind der Niederschrift beizufügen.
 - (2) Die Niederschrift muss Angaben enthalten
- 1. zur Person des Prüflings,
- 2. über den abgelegten Teil der Meisterprüfung,
- über Ort und Zeit der Erbringung der Prüfungsleistung,
- über die Personen, die mit der Aufsicht beauftragt waren.
- über die Mitglieder der Prüfungskommissionen, die mit der Abnahme und Bewertung von Prüfungsleistungen befasst waren,

- über den Gegenstand des Meisterprüfungsprojekts oder der Meisterprüfungsarbeit, des Fachgesprächs, der Situationsaufgabe oder der Arbeitsprobe sowie über die sonstigen Prüfungsaufgaben,
- über die Bewertung der Prüfungsbereiche, der Prüfungsfächer, der Handlungsfelder, des praktischen Teils im Teil IV der Meisterprüfung und von Ergänzungsprüfungen.

§ 25

Prüfungsunterlagen

- (1) Auf schriftlichen oder elektronischen Antrag ist dem Prüfling binnen der gesetzlich vorgegebenen Frist zur Einlegung eines Rechtsbehelfs nach Abschluss eines jeden Teils der Meisterprüfung Einsicht in seine Prüfungsunterlagen zu gewähren. Danach kann innerhalb der in Absatz 2 genannten Aufbewahrungsfristen auf Antrag Einsicht gewährt werden.
- (2) Der Antrag auf Zulassung und die Zulassungsentscheidung, die schriftlichen Prüfungsarbeiten sowie die die Befreiungen begründenden Unterlagen sind ein Jahr und die Niederschriften nach § 24 Absatz 1 fünfzehn Jahre nach Abschluss der Meisterprüfung aufzubewahren.

Abschnitt 5

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 26

Übergangsvorschrift

- (1) Beschlüsse über das Ergebnis und über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Teils der Meisterprüfung, die nach den vor dem 1. Juli 2022 geltenden Vorschriften ergehen, genügen den Anforderungen der §§ 21 und 22 Absatz 1. In Beschlüssen nach § 22 sind nach Satz 1 festgesetzte Einzelergebnisse nach Anlage 1 sowohl als Note als Dezimalzahl als auch als Note in Worten auszudrücken.
- (2) Bei Meisterprüfungsverordnungen, die vor dem 1. April 1998 erlassen worden sind, gelten die Meisterprüfungsarbeit und die Arbeitsprobe als Prüfungsbereiche im Sinne dieser Verordnung.
- (3) Soweit Meisterprüfungsverordnungen, die vor dem 1. Juli 2022 erlassen worden sind, Vorschriften zur Durchführung des Meisterprüfungsprojekts oder zur Anfertigung der Meisterprüfungsarbeit enthalten, die inhaltlich dem Regelungsbereich des § 17 Absatz 1 zuzuordnen sind, sind diese Vorschriften nicht mehr anzuwenden.

Anlage 1 (zu § 21)

Bewertungsmaßstab und -schlüssel

Punkte	Note als Dezimalzahl	Note in Worten	Definition
100	1,0		eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maß entspricht
98 und 99	1,1	-	
96 und 97	1,2	sehr gut	
94 und 95	1,3		
92 und 93	1,4	-	
91	1,5		eine Leistung, die den Anforderungen voll
90	1,6	gut	
89	1,7		
88	1,8		
87	1,9		
85 und 86	2,0		entspricht
84	2,1		
83	2,2		
82	2,3		
81	2,4		
79 und 80	2,5		eine Leistung, die den Anforderungen im Allgemeinen entspricht
78	2,6		
77	2,7		
75 und 76	2,8		
74	2,9	Ī	
72 und 73	3,0	befriedigend	
71	3,1	-	
70	3,2	-	
68 und 69	3,3		
67	3,4		
65 und 66	3,5		eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht
63 und 64	3,6		
62	3,7		
60 und 61	3,8		
58 und 59	3,9		
56 und 57	4,0	ausreichend	
55	4,1		
53 und 54	4,2		
51 und 52	4,3	1	
50	4,4	1	



Punkte	Note als Dezimalzahl	Note in Worten	Definition	
48 und 49	4,5			
46 und 47	4,6	mangelhaft spricht, jedoch erkennen lässt, dass	eine Leistung, die den Anforderungen nicht ent- spricht, jedoch erkennen lässt, dass gewisse Grundkenntnisse noch vorhanden sind	
44 und 45	4,7			
42 und 43	4,8			
40 und 41	4,9			
38 und 39	5,0			
36 und 37	5,1			
34 und 35	5,2			
32 und 33	5,3			
30 und 31	5,4			
25 bis 29	5,5			
20 bis 24	5,6			
15 bis 19	15 bis 19 5,7		eine Leistung, die den Anforderungen nicht ent-	
10 bis 14	5,8	ungenügend	spricht und bei der selbst Grundkenntnisse fehlen	
5 bis 9	5,9			
0 bis 4	6,0			

Anlage 2

(zu § 22 Absatz 3)

Zeugnisinhalte

Teil A - Allgemeine Angaben:

- 1. Bezeichnung der ausstellenden Behörde
- 2. Name und Geburtsdatum des Prüflings
- 3. Datum des Bestehens der Meisterprüfung
- 4. Bezeichnung der bestandenen Meisterprüfung/Benennung des Meistertitels und der entsprechenden Abschlussbezeichnung Bachelor Professional
- 5. Bezeichnung und Fundstelle
 - a) der Meisterprüfungsverordnung nach den Angaben im Bundesgesetzblatt unter Berücksichtigung erfolgter Änderungen und
 - b) der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung nach den Angaben im Bundesgesetzblatt unter Berücksichtigung erfolgter Änderungen
- Datum der Ausstellung des Zeugnisses samt Unterschrift oder Namenswiedergabe des Vorsitzenden des Meisterprüfungsausschusses

Teil B - Prüfungsergebnisse:

- 1. Prüfungsteil I
 - Benennung und Bewertung mit Note
- 2. Prüfungsteil II
 - Benennung und Bewertung mit Note
- 3. Prüfungsteil III
 - Benennung und Bewertung mit Note
- 4. Prüfungsteil IV
 - Benennung und Bewertung mit Note
- 5. Befreiungen nach § 13
- 6. etwaige sonstige zu erbringende Nachweise



Artikel 2

Folgeänderungen

- (1) Die Büchsenmachermeisterverordnung vom 1. Oktober 1981 (BGBI. I S. 1117) wird wie folgt ge- ändert:
- 1. § 7 wird wie folgt gefasst:

..§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- 2. § 8 wird gestrichen.
- (2) Die Isolierermeisterverordnung vom 3. Juni 1982 (BGBI. I S. 663) wird wie folgt geändert:
- 1. § 7 wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- 2. § 8 wird gestrichen.
- (3) Die Textilreinigermeisterverordnung vom 16. September 1983 (BGBI. I S. 1179) wird wie folgt geändert:
- 1. § 7 wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- 2. § 8 wird gestrichen.
- (4) Die Druckermeisterverordnung vom 16. August 1984 (BGBI. I S. 1148) wird wie folgt geändert:
- 1. § 7 wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- 2. § 8 wird gestrichen.
- (5) Die Holzbildhauermeisterverordnung vom 10. April 1987 (BGBI. I S. 1192) wird wie folgt geändert:
- 1. § 7 wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

(1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.

- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- 2. § 8 wird gestrichen.
- (6) Die Wachsziehermeisterverordnung vom 23. Juni 1987 (BGBI. I S. 1553) wird wie folgt geändert:
- 1. § 7 wird wie folgt gefasst:

,§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- 2. § 8 wird gestrichen.
- (7) Die Thermometermachermeisterverordnung vom 20. Juni 1989 (BGBI. I S. 1131) wird wie folgt geändert:
- 1. § 7 wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- 2. § 8 wird gestrichen.
- (8) Die Glasapparatebauermeisterverordnung vom 11. Januar 1990 (BGBI. I S. 104) wird wie folgt geändert:
- 1. § 7 wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- 2. § 8 wird gestrichen.
- (9) Die Vergoldermeisterverordnung vom 12. Februar 1990 (BGBI. I S. 283) wird wie folgt geändert:
- 1. § 7 wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- 2. § 8 wird gestrichen.
- (10) § 7 der Edelsteingraveurmeisterverordnung vom 10. August 1992 (BGBI. I S. 1511) wird wie folgt gefacet.

"§ 7

Weitere Anforderungen

(1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.

- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (11) § 7 der Segelmachermeisterverordnung vom 5. Juli 1993 (BGBI. I S. 1138) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (12) § 7 der Korbmachermeisterverordnung vom 7. November 1993 (BGBI. I S. 1868) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (13) § 7 der Hörgeräteakustikermeisterverordnung vom 26. April 1994 (BGBI. I S. 895), die durch Artikel 54 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003 (BGBI. I S. 3022) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (14) § 7 der Orthopädiemechaniker- und Bandagistenmeisterverordnung vom 26. April 1994 (BGBl. I S. 904) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (15) In § 7 Absatz 2 der Glasveredlermeisterverordnung vom 2. Mai 1994 (BGBI. I S. 994), die durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. Februar 2020 (BGBI. I S. 246) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (16) § 7 der Flexografenmeisterverordnung vom 1. August 1994 (BGBI. I S. 2014) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

(1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.

- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (17) § 7 der Modistenmeisterverordnung vom 9. September 1994 (BGBI. I S. 2312) wird wie folgt gefasst:

..§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (18) § 7 der Kürschnermeisterverordnung vom 17. November 1994 (BGBI. I S. 3463), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 5. März 2019 (BGBI. I S. 191) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (19) In § 7 Absatz 2 der Estrichlegermeisterverordnung vom 16. Februar 1995 (BGBI. I S. 214), die durch Artikel 4 der Verordnung vom 28. Februar 2020 (BGBI. I S. 246) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (20) § 7 der Schriftsetzermeisterverordnung vom 13. Juni 1995 (BGBI. I S. 799) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (21) § 7 der Weinküfermeisterverordnung vom 16. Oktober 1995 (BGBI. I S. 1418) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (22) § 7 der Brauer- und Mälzermeisterverordnung vom 15. August 1996 (BGBl. I S. 1329) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

(1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.

- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (23) § 7 der Bäckermeisterverordnung vom 28. Februar 1997 (BGBl. I S. 393) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (24) § 7 der Seilermeisterverordnung vom 28. Mai 1997 (BGBI. I S. 1257) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (25) In § 7 Absatz 2 der Orgel- und Harmoniumbauermeisterverordnung vom 23. Juli 1997 (BGBI. I S. 1915), die durch Artikel 5 der Verordnung vom 28. Februar 2020 (BGBI. I S. 246) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (26) § 7 der Holzblasinstrumentenmachermeisterverordnung vom 7. Oktober 1997 (BGBI. I S. 2455) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (27) § 7 der Zupfinstrumentenmachermeisterverordnung vom 7. Oktober 1997 (BGBI. I S. 2458) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (28) § 7 der Geigenbauermeisterverordnung vom 26. Januar 1998 (BGBI. I S. 219) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."

(29) § 7 der Bogenmachermeisterverordnung vom 26. Januar 1998 (BGBI. I S. 221) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (30) § 7 der Handzuginstrumentenmachermeisterverordnung vom 6. März 1998 (BGBl. I S. 431) wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Weitere Anforderungen

- (1) Die Vorschriften der Meisterprüfungsverfahrensverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Prüfung in den Teilen III und IV der Meisterprüfung bestimmt sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung."
- (31) In § 8 Absatz 1 der Gerüstbauermeisterverordnung vom 12. Dezember 2000 (BGBI. I S. 1694), die durch Artikel 2 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (32) In § 7 Absatz 1 der Feinwerkmechanikermeisterverordnung vom 5. April 2001 (BGBI. I S. 487), die durch Artikel 3 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (33) In § 8 Absatz 1 der Landmaschinenmechanikermeisterverordnung vom 5. April 2001 (BGBI. I S. 490), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 23. November 2021 (BGBI. I S. 4952) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (34) In § 8 Absatz 1 der Friseurmeisterverordnung vom 19. April 2001 (BGBI. I S. 638), die durch Artikel 5 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (35) In § 8 Absatz 1 der Metallbildnermeisterverordnung vom 17. September 2001 (BGBI. I S. 2432), die durch Artikel 6 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (36) In § 8 Absatz 1 der Drechsler- (Elfenbeinschnitzer-) und Holzspielzeugmachermeisterverordnung vom



- 5. November 2001 (BGBI. I S. 2985), die zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 28. Februar 2020 (BGBI. I S. 246) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (37) In § 8 Absatz 1 der Metallbauermeisterverordnung vom 22. März 2002 (BGBI. I S. 1224), die durch Artikel 8 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (38) In § 7 Absatz 1 der Elektromaschinenbauermeisterverordnung vom 17. Juni 2002 (BGBI. I S. 2325), die durch Artikel 10 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (39) In § 7 Absatz 1 der Informationstechnikermeisterverordnung vom 17. Juni 2002 (BGBI. I S. 2328), die durch Artikel 11 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (40) In § 8 Absatz 1 der Elektrotechnikermeisterverordnung vom 17. Juni 2002 (BGBI. I S. 2331), die durch Artikel 12 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (41) In § 7 Absatz 1 der Installateur- und Heizungsbauermeisterverordnung vom 17. Juli 2002 (BGBI. I S. 2693), die durch Artikel 13 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (42) In § 8 Absatz 1 der Gold- und Silberschmiedemeisterverordnung vom 8. Mai 2003 (BGBI. I S. 672), die durch Artikel 15 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (43) In § 8 Absatz 1 der Maurer- und Betonbauermeisterverordnung vom 30. August 2004 (BGBI. I S. 2307), die durch Artikel 16 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.

- (44) In § 8 Absatz 1 der Stuckateurmeisterverordnung vom 30. August 2004 (BGBI. I S. 2311), die durch Artikel 17 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (45) In § 8 Absatz 1 der Maler- und Lackierermeisterverordnung vom 13. Juni 2005 (BGBI. I S. 1659), die durch Artikel 18 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (46) In § 9 Absatz 1 der Zweiradmechanikermeisterverordnung vom 29. August 2005 (BGBI. I S. 2562), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 29. März 2012 (BGBI. I S. 603) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (47) In § 8 Absatz 1 der Augenoptikermeisterverordnung vom 29. August 2005 (BGBI. I S. 2610), die durch Artikel 20 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (48) In § 8 Absatz 1 der Brunnenbauermeisterverordnung vom 14. Oktober 2005 (BGBI. I S. 3024), die durch Artikel 21 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (49) In § 8 Absatz 1 der Uhrmachermeisterverordnung vom 1. November 2005 (BGBI. I S. 3122), die durch Artikel 22 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (50) In § 9 Absatz 1 der Graveurmeisterverordnung vom 16. November 2005 (BGBI. I S. 3182), die durch Artikel 23 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (51) In § 9 Absatz 1 der Keramikermeisterverordnung vom 13. Januar 2006 (BGBI. I S. 148), die durch Artikel 24 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.

- (52) In § 9 Absatz 1 der Buchbindermeisterverordnung vom 5. Mai 2006 (BGBI. I S. 1152), die durch Artikel 25 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (53) In § 9 Absatz 1 der Vulkaniseur- und Reifenmechanikermeisterverordnung vom 5. Mai 2006 (BGBI. I S. 1156), die durch Artikel 26 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (54) In § 9 Absatz 1 der Dachdeckermeisterverordnung vom 23. Mai 2006 (BGBI. I S. 1263), die durch Artikel 27 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (55) In § 9 Absatz 1 der Klempnermeisterverordnung vom 23. Mai 2006 (BGBI. I S. 1267), die zuletzt durch Artikel 28 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (56) In § 9 Absatz 1 der Chirurgiemechanikermeisterverordnung vom 27. Juli 2006 (BGBI. I S. 1731), die durch Artikel 29 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (57) In § 9 Absatz 1 der Damen- und Herrenschneidermeisterverordnung vom 5. September 2006 (BGBI. I S. 2122), die durch Artikel 30 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (58) In § 9 Absatz 1 der Siebdruckermeisterverordnung vom 5. September 2006 (BGBI. I S. 2126), die durch Artikel 31 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (59) In § 9 Absatz 1 der Konditormeisterverordnung vom 12. Oktober 2006 (BGBI. I S. 2278), die durch Artikel 32 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.

- (60) In § 9 Absatz 1 der Rollladen- und Sonnenschutztechniker-Meisterverordnung vom 22. Januar 2007 (BGBI. I S. 51), die zuletzt durch Artikel 7 der Verordnung vom 28. Februar 2020 (BGBI. I S. 246) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (61) In § 8 Absatz 1 der Zahntechnikermeisterverordnung vom 8. Mai 2007 (BGBI. I S. 687), die durch Artikel 34 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (62) In § 9 Absatz 1 der Schilder- und Lichtreklameherstellermeisterverordnung vom 18. Juni 2007 (BGBI. I S. 1173), die zuletzt durch Artikel 8 der Verordnung vom 28. Februar 2020 (BGBI. I S. 246) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (63) In § 9 Absatz 1 der Fliesen-, Platten- und Mosaiklegermeisterverordnung vom 10. März 2008 (BGBI. I S. 378), die zuletzt durch Artikel 9 der Verordnung vom 28. Februar 2020 (BGBI. I S. 246) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (64) In § 9 Absatz 1 der Zimmerermeisterverordnung vom 16. April 2008 (BGBI. I S. 743), die durch Artikel 37 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (65) In § 9 Absatz 1 der Tischlermeisterverordnung vom 13. Mai 2008 (BGBI. I S. 826), die durch Artikel 38 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (66) In § 8 Absatz 1 der Raumausstattermeisterverordnung vom 18. Juni 2008 (BGBI. I S. 1087), die zuletzt durch Artikel 10 der Verordnung vom 28. Februar 2020 (BGBI. I S. 246) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (67) In § 9 Absatz 1 der Orthopädieschuhmachermeisterverordnung vom 24. Juni 2008 (BGBI. I S. 1096), die durch Artikel 40 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.

- (68) In § 9 Absatz 1 der Steinmetz- und Steinbildhauermeisterverordnung vom 11. Juli 2008 (BGBI. I S. 1281), die durch Artikel 41 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (69) In § 8 Absatz 1 der Sattler- und Feintäschnermeisterverordnung vom 15. August 2008 (BGBI. I S. 1733), die durch Artikel 42 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (70) In § 9 Absatz 1 der Straßenbauermeisterverordnung vom 17. Februar 2009 (BGBI. I S. 390), die durch Artikel 43 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (71) In § 9 Absatz 1 der Ofen- und Luftheizungsbauermeisterverordnung vom 5. März 2009 (BGBI. I S. 456), die durch Artikel 44 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (72) In § 9 Absatz 1 der Bestattermeisterverordnung vom 15. September 2009 (BGBI. I S. 3036), die durch Artikel 45 der Verordnung vom 17. November 2011 (BGBI. I S. 2234) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (73) In § 10 Absatz 1 der Schneidwerkzeugmechanikermeisterverordnung vom 22. November 2011 (BGBI. I S. 2315), die durch Artikel 2 der Verordnung vom 23. November 2021 (BGBI. I S. 4952) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154), in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (74) In § 9 Absatz 1 der Holz- und Bautenschutzmeisterverordnung vom 10. September 2012 (BGBI. I S. 1891) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (75) In § 9 Absatz 1 der Fleischermeisterverordnung vom 4. Oktober 2012 (BGBI. I S. 2109) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (76) In § 10 Absatz 1 der Müllermeisterverordnung vom 11. Oktober 2012 (BGBI. I S. 2138) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom

- 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (77) In § 10 Absatz 1 der Modellbauermeisterverordnung vom 27. Dezember 2012 (BGBI. 2013 I S. 27) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (78) In § 9 Absatz 1 der Textilgestaltermeisterverordnung vom 26. April 2013 (BGBI. I S. 1169) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (79) In § 10 Absatz 1 der Behälter- und Apparate-bauermeisterverordnung vom 30. April 2013 (BGBI. I S. 1203), die durch Artikel 11 der Verordnung vom 28. Februar 2020 (BGBI. I S. 246) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (80) In § 10 Absatz 1 der Schuhmachermeisterverordnung vom 3. März 2014 (BGBI. I S. 220) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (81) In § 10 Absatz 1 der Galvaniseurmeisterverordnung vom 12. September 2014 (BGBI. I S. 1522) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (82) In § 10 Absatz 1 der Glasermeisterverordnung vom 19. Dezember 2014 (BGBI. I S. 2331) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (83) In § 10 Absatz 1 der Kosmetikermeisterverordnung vom 16. Januar 2015 (BGBI. I S. 17) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (84) In § 10 Absatz 1 der Kälteanlagenbauermeisterverordnung vom 16. Juli 2015 (BGBI. I S. 1276) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (85) In § 10 Absatz 1 der Schornsteinfegermeisterverordnung vom 11. November 2015 (BGBI. I S. 1987) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (86) In § 10 Absatz 1 der Bootsbauermeisterverordnung vom 26. April 2016 (BGBI. I S. 974) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom

- 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (87) In § 13 Absatz 1 der Fotografenmeisterverordnung vom 30. September 2019 (BGBI. I S. 1404) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (88) In § 13 Absatz 1 der Kraftfahrzeugtechnikermeisterverordnung vom 28. November 2019 (BGBI. I S. 1987), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 18. Dezember 2020 (BGBI. I S. 3043) geändert worden ist, werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (89) In § 13 Absatz 1 der Karosserie- und Fahrzeugbauermeisterverordnung vom 17. Dezember 2019 (BGBI. I S. 2836) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (90) In § 13 Absatz 1 der Klavier- und Cembalobauermeisterverordnung vom 17. Dezember 2019 (BGBI. I S. 2842) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (91) In § 13 Absatz 1 der Parkettlegermeisterverordnung vom 25. Mai 2020 (BGBI. I S. 1078, 1542) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (92) In § 13 Absatz 1 der Metallblasinstrumentenmachermeisterverordnung vom 26. Mai 2020 (BGBl. I S. 1162) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBl. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (93) In § 13 Absatz 1 der Gebäudereinigermeisterverordnung vom 17. November 2020 (BGBI. I S. 2437)

- werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (94) In § 12 Absatz 1 der Bürsten- und Pinselmachermeisterverordnung vom 17. November 2020 (BGBI. I S. 2443) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (95) In § 13 Absatz 1 der Zweiradmechanikermeisterverordnung vom 28. Januar 2021 (BGBI. I S. 117) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.
- (96) In der Betonstein- und Terrazzoherstellermeisterverordnung vom 16. Februar 2021 (BGBI. I S. 250), die durch Artikel 3 der Verordnung vom 23. November 2021 (BGBI. I S. 4952) geändert worden ist, werden in § 4 Absatz 3 die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt und in § 12 Absatz 1 die Wörter "in der jeweils geltenden Fassung" gestrichen.
- (97) In § 6 Absatz 1 der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung vom 26. Oktober 2011 (BGBI. I S. 2149) werden die Wörter "Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154) in der jeweils geltenden Fassung" durch das Wort "Meisterprüfungsverfahrensverordnung" ersetzt.

Artikel 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Meisterprüfungsverfahrensverordnung vom 17. Dezember 2001 (BGBI. I S. 4154), die zuletzt durch Artikel 106 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBI. I S. 626) geändert worden ist, außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 18. Januar 2022

Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck



Zweite Verordnung zur Durchführung des Windenergie-auf-See-Gesetzes (Zweite Windenergie-auf-See-Verordnung – 2. WindSeeV)

Vom 18. Januar 2022

Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie verordnet auf Grund des § 15 der Erneuerbare-Energien-Verordnung vom 17. Februar 2015 (BGBI. I S. 146), der durch Artikel 3 Nummer 2 des Gesetzes vom 25. Mai 2020 (BGBI. I S. 1070) eingefügt worden ist, in Verbindung mit § 11 Absatz 2 des Windenergie-auf-See-Gesetzes vom 13. Oktober 2016 (BGBI. I S. 2258, 2310) im Einvernehmen mit der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt:

Inhaltsübersicht

Teil 1

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Anwendungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen

Teil 2

Feststellung der Eignung

Kapitel 1

Eignungsfeststellung

§ 3 Feststellung der Eignung

Kapitel 2

Vorgaben für das spätere Vorhaben

Abschnitt 1

Allgemeines

Unterabschnitt 1

Auswirkungen des Vorhabens auf die Meeresumwelt

- § 4 Monitoring
- § 5 Verlegung und Dimensionierung von parkinternen Seekabelsystemen
- § 6 Vermeidung oder Verminderung von Emissionen
- § 7 Vermeidung von Schallemissionen bei der Gründung, der Installation und dem Betrieb von Anlagen
- § 8 Zeitliche Koordination von Rammarbeiten
- § 9 Abfälle

- § 10 Korrosionsschutz
- § 11 Anlagenkühlung
- § 12 Abwasser
- § 13 Ölgehalt des Drainagewassers
- § 14 Löschschaum auf Hubschrauberlandedecks
- § 15 Dieselgeneratoren
- § 16 Kolk- und Kabelschutz

Unterabschnitt 2

Allgemeine Vorschriften für die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffs- und Luftverkehrs

§ 17 Kennzeichnung

Unterabschnitt 3

Besondere Vorschriften für die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs

- § 18 Seeraumbeobachtung
- § 19 Bauweise
- § 20 Verkehrssicherung während der Bauphase
- § 21 Anforderungen an Fahrzeuge und Arbeitsgeräte
- § 22 Risikomindernde Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs

Unterabschnitt 4

Besondere Vorschriften für die Sicherheit und Leichtigkeit des Luftverkehrs

- § 23 Hubschrauberwindenbetrieb und Windenbetriebsflächen
- § 24 Hubschrauberlandedeck
- § 25 Flugkorridore
- § 26 Turmanstrahlung
- § 27 Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen

Unterabschnitt 5

Sicherheit der Landes- und Bündnisverteidigung

§ 28 Vorgaben zur Gewährleistung der Sicherheit der Landesund Bündnisverteidigung



Unterabschnitt 6

Sicherheit und Gesundheitsschutz

- § 29 Grundsatz
- § 30 Evakuierung, Rettung und notfallmedizinische Versorgung sowie Brand- und Explosionsschutz
- § 31 Eingriff in den Baugrund
- § 32 Überwachung der Einhaltung der Vorschriften zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz
- § 33 Sonstige Pflichten

Unterabschnitt 7

Vereinbarkeit mit bestehenden und geplanten Kabeln, Rohrleitungen sowie Einrichtungen

- § 34 Vereinbarkeit mit bestehenden und geplanten Seekabeln sowie Rohrleitungen und Einrichtungen
- § 35 Abstand zu Windenergieanlagen benachbarter Flächen
- § 36 Einspeisung am Netzanschlusspunkt

Unterabschnitt 8

Sonstige Verpflichtungen des Trägers des Vorhabens

- § 37 Konstruktion
- § 38 Ermittlung, Dokumentation und Meldung von Objekten und errichteten Anlagen

Abschnitt 2

Besondere

Vorgaben für die Fläche N-7.2

§ 39 Besondere Bestimmungen zur Vereinbarkeit mit Kulturgütern

Teil 3

Feststellung der zu installierenden Leistung

§ 40 Feststellung der zu installierenden Leistung

Teil 4

Schlussbestimmungen

§ 41 Inkrafttreten

Teil 1

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Anwendungsbereich

Für die im Flächenentwicklungsplan vom 18. Dezember 2020¹ festgelegten Flächen N-3.5, N-3.6 und N-7.2 in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone der Nordsee werden durch diese Verordnung

- die Eignung nach § 12 Absatz 5 Satz 1 des Windenergie-auf-See-Gesetzes vom 13. Oktober 2016 (BGBI. I S. 2258, 2310), das zuletzt durch Artikel 12a des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBI. I S. 3026) geändert worden ist, festgestellt,
- Vorgaben für das spätere Vorhaben nach § 12 Absatz 5 Satz 2 und 3 des Windenergie-auf-See-Gesetzes festgelegt und

 die auf den Flächen zu installierende Leistung nach § 12 Absatz 5 Satz 1 in Verbindung mit § 10 Absatz 3 des Windenergie-auf-See-Gesetzes festgestellt.

§ 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Verordnung ist oder sind

- "Abfälle" Abfälle im Sinne des § 3 Absatz 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBI. I S. 212), das zuletzt durch Artikel 20 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBI. I S. 3436) geändert worden ist,
- "Anlage" eine Einrichtung im Sinne des § 44 Absatz 1 des Windenergie-auf-See-Gesetzes mit Ausnahme von Konverterplattformen und Offshore-Anbindungsleitungen,
- Basisaufnahmen die der Umweltverträglichkeitsstudie für das Planfeststellungsverfahren zur Errichtung und zum Betrieb eines Offshore-Windparks zugrundeliegenden Untersuchungen gemäß dem "Standard Untersuchung der Auswirkungen von Offshore-Windenergieanlagen auf die Meeresumwelt"²,
- "Emissionen" unmittelbar oder mittelbar der Meeresumwelt zugeführte Stoffe oder Energie, etwa Wärme, Schall, Erschütterung, Licht, elektrische oder elektromagnetische Strahlung,
- "FATO" die festgelegte Endanflug- und Startfläche, über der das Endanflugverfahren zum Schweben oder Landen eines Luftfahrzeugs beendet wird und von der das Startverfahren eines Luftfahrzeugs begonnen wird,
- "Flugkorridor" der Bereich des Luftraums, der für den Anflug auf und den Abflug von Offshore-Plattformen durch Hubschrauber genutzt wird,
- "Fundmunition" Fundmunition im Sinne des § 3
 Absatz 1 Nummer 16 des Sprengstoffgesetzes in
 der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2002 (BGBI. I S. 3518), das zuletzt durch
 Artikel 232 der Verordnung vom 19. Juni 2020
 (BGBI. I S. 1328) geändert worden ist,
- "MARPOL" das Internationale Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe mit seinen sechs Anlagen (BGBI. 1977 II, S. 1492),
- "Offshore-Plattform" eine Anlage im Sinne der Nummer 2, die eine künstliche Standfläche im Meer mit allen erforderlichen Infrastrukturkomponenten und Sicherheitsausrüstungen unabhängig von ihrer Konstruktionsform und der Art ihrer Nutzung, aber keine Windenergieanlage ist,
- "TLOF" die festgelegte Aufsetz- und Abhebefläche, auf der ein Hubschrauber aufsetzen oder von der ein Hubschrauber abheben kann; dabei sind auf einem Hubschrauberlandedeck FATO und TLOF deckungsgleich,

² Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg und in der Deutschen Nationalbibliothek archivmäßig gesichert niedergelegt.



¹ Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg.

- "Träger des Vorhabens" unbeschadet der Regelung des § 56 des Windenergie-auf-See-Gesetzes
 - a) die natürliche oder juristische Person, die in der Ausschreibung der Bundesnetzagentur nach § 23 des Windenergie-auf-See-Gesetzes den Zuschlag und damit nach § 24 des Windenergie-auf-See-Gesetzes das Recht erhält, ein Planfeststellungsverfahren auf der jeweiligen Fläche zu führen,
 - b) der Adressat des Planfeststellungsbeschlusses oder der Plangenehmigung im Sinne des § 56 Absatz 1 Nummer 1 des Windenergie-auf-See-Gesetzes oder
 - c) der Rechtsnachfolger der natürlichen oder juristischen Person nach Buchstabe a oder Buchstabe b.

Teil 2

Feststellung der Eignung

Kapitel 1 Eignungsfeststellung

§ 3

Feststellung der Eignung

Die im Flächenentwicklungsplan vom 18. Dezember 2020 festgelegten Flächen N-3.5, N-3.6 und N-7.2 in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone der Nordsee sind nach dem Ergebnis der Voruntersuchung dieser Flächen nach Teil 2 Abschnitt 2 des Windenergie-auf-See-Gesetzes zur Ausschreibung für voruntersuchte Flächen nach Teil 3 Abschnitt 2 des Windenergie-auf-See-Gesetzes geeignet.

Kapitel 2 Vorgaben für das spätere Vorhaben

Abschnitt 1
Allgemeines

Unterabschnitt 1 Auswirkungen des Vorhabens auf die Meeresumwelt

§ 4

Monitoring

- (1) Der Träger des Vorhabens hat während der Bauphase und mindestens während der drei ersten Jahre des Betriebes der Anlagen ein Monitoring zu den bauund betriebsbedingten Auswirkungen der Anlagen als Grundlage für durch die Planfeststellungsbehörde oder das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie als zuständige Überwachungsbehörde gegebenenfalls anzuordnenden Maßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt nach § 48 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 des Windenergie-auf-See-Gesetzes oder nach § 57 Absatz 2, 3 oder Absatz 5 des Windenergie-auf-See-Gesetzes durchzuführen.
- (2) Als Grundlage für das Monitoring ist das Ergebnis der Basisaufnahme auf der Grundlage der Ergeb-

nisse eines vor Baubeginn durchzuführenden dritten Untersuchungsjahres zu aktualisieren, wenn zwischen dem Ende der Basisaufnahme und dem Baubeginn nicht mehr als fünf Jahre liegen. Liegen zwischen dem Ende der Basisaufnahme und dem Baubeginn mehr als fünf Jahre, so ist die Basisaufnahme vor Baubeginn vollständig zu wiederholen. Die dazu gemäß Abschnitt 10.1 des "Standard Untersuchung der Auswirkungen von Offshore-Windenergieanlagen auf die Meeresumwelt" bestehende Möglichkeit, einen Antrag auf Verkürzung der Untersuchungen zu stellen, bleibt unberührt.

(3) Die Untersuchungen der Meeresumwelt sind nach dem Stand der Wissenschaft und Technik durchzuführen. Die Einhaltung des Stands der Wissenschaft und Technik wird vermutet, wenn die Untersuchungen unter Beachtung des "Standard Untersuchung der Auswirkungen von Offshore-Windenergieanlagen auf die Meeresumwelt"³ durchgeführt werden.

§ 5

Verlegung und Dimensionierung von parkinternen Seekabelsystemen

- (1) Der Träger des Vorhabens hat bei der Dimensionierung und Verlegung der parkinternen Seekabelsysteme den Planungsgrundsatz des Flächenentwicklungsplans zur Sedimenterwärmung zu beachten.
- (2) Das Verfahren zur Verlegung der parkinternen Seekabelsysteme ist so zu wählen, dass die Überdeckung, die zur Einhaltung der maximalen Sedimenterwärmung nach Absatz 1 erforderlich ist, mit möglichst geringen Umweltauswirkungen erreicht wird.

§ 6

Vermeidung oder Verminderung von Emissionen

- (1) Der Träger des Vorhabens hat Emissionen zu vermeiden oder, soweit sie unvermeidlich sind, zu vermindern.
- (2) Hierfür hat der Träger des Vorhabens insbesondere
- die Anlagen in einer Weise zu planen und umzusetzen, dass weder bei der Errichtung noch bei dem Betrieb nach dem Stand der Technik vermeidbare Emissionen verursacht werden oder, soweit die Verursachung von Emissionen durch die zur Erfüllung der Sicherheitsanforderungen des Schiffs- und Luftverkehrs zwingend gebotenen Handlungen unvermeidlich ist, möglichst geringe Beeinträchtigungen der Meeresumwelt hervorgerufen werden,
- zum Betrieb der Anlage möglichst umweltverträgliche Betriebsstoffe einzusetzen und biologisch abbaubare Betriebsstoffe, soweit verfügbar, zu bevorzugen,
- sämtliche auf der Anlage eingesetzten technischen Installationen durch bauliche Sicherheitssysteme und -maßnahmen nach dem Stand der Technik so abzusichern und so zu überwachen, dass Schadstoffunfälle und Umwelteinträge vermieden werden

³ Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg und in der Deutschen Nationalbibliothek archivmäßig gesichert hinterlegt.



und dass im Schadensfall sichergestellt ist, dass der Träger des Vorhabens jederzeit unmittelbar eingreifen kann, sowie

 für Betriebsstoffwechsel und Betankungsmaßnahmen organisatorische und technische Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um Schadstoffunfälle und Umwelteinträge zu vermeiden.

§ 7

Vermeidung von Schallemissionen bei der Gründung, der Installation und dem Betrieb von Anlagen

- (1) Bei der Gründung und Installation einer Anlage hat der Träger des Vorhabens diejenige Arbeitsmethode nach dem Stand der Technik anzuwenden, die nach den vorgefundenen Umständen so geräuscharm wie möglich ist.
- (2) Die durch Rammarbeiten verursachten Schallemissionen dürfen für den Schalldruck⁴ den Wert von 160 Dezibel und für den Spitzenschalldruckpegel⁵ den Wert von 190 Dezibel in einer Entfernung von 750 Metern nicht überschreiten.
- (3) Bei Rammarbeiten ist die Dauer des Rammvorgangs einschließlich der Vergrämung auf ein Mindestmaß zu begrenzen.
- (4) Der Träger des Vorhabens hat diejenige Anlagenkonstruktion zu wählen, die nach dem Stand der Technik so betriebsschallarm wie möglich ist.
- (5) Sprengungen sind unzulässig. § 38 Absatz 2 Satz 3 und 4 bleiben unberührt.

§ 8

Zeitliche Koordination von Rammarbeiten

- (1) Der Träger des Vorhabens hat die Durchführung von Rammarbeiten mit den Trägern der Vorhaben parallel fertigzustellender Offshore-Windparks und Offshore-Plattformen in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone der Nordsee vorab zeitlich abzustimmen.
- (2) Die Planfeststellungsbehörde kann dem Träger des Vorhabens zeitliche Vorgaben zur Durchführung von Rammarbeiten machen, soweit dies trotz erfolgter Abstimmung im Vorfeld zur Einhaltung der Grenzwerte des Schallschutzkonzeptes notwendig ist.

§ 9

Abfälle

Das Einbringen und Einleiten von Abfällen in die Meeresumwelt ist verboten, es sei denn, dies ist nach den Vorschriften dieser Verordnung zulässig.

- 4 Physikalische Einheit des Schalldrucks in Wasser: (dB re 1 µPa² s); db = Dezibel; re = in reference to; 1 µPa = 1 MikroPascal; 1 µPa² s = 1 MikroPascal zum Quadrat pro Sekunde; Der Bezugspegel für Wasser ist 1 µPa, für Luft ist er 20 µPa.
- 5 Physikalische Einheit des Spitzenschalldruckpegels in Wasser: (dB re 1 µPa); db = Dezibel; re = in reference to; 1 µPa = 1 MikroPascal; 1 µPa^2 s = 1 MikroPascal zum Quadrat pro Sekunde; Der Bezugspegel für Wasser ist 1 µPa, für Luft ist er 20 µPa.

§ 10

Korrosionsschutz

- (1) Der vom Träger des Vorhabens eingesetzte Korrosionsschutz der Anlage muss möglichst schadstofffrei und emissionsarm sein.
- (2) An Gründungsstrukturen sind nach Möglichkeit Fremdstromsysteme als kathodischer Korrosionsschutz einzusetzen.
- (3) Sollte der Einsatz von galvanischen Anoden unvermeidbar sein, ist dieser nur in Kombination mit Beschichtungen an den Gründungsstrukturen zulässig. Der Gehalt an Nebenbestandteilen der Anodenlegierungen, insbesondere von Cadmium, Blei, Kupfer und Quecksilber, ist so weit wie möglich zu reduzieren. Der Einsatz von Zinkanoden ist untersagt.
- (4) Die Verwendung von Bioziden zum Schutz der technischen Oberflächen vor der unerwünschten Ansiedlung von Organismen ist untersagt.
- (5) Der Träger des Vorhabens hat die Anlage im Bereich der Spritzwasserzone mit einem ölabweisenden Anstrich zu versehen.

§ 11

Anlagenkühlung

Zur Anlagenkühlung soll ein geschlossenes Kühlsystem eingesetzt werden, bei dem es nicht zu Kühlwassereinleitungen oder sonstigen stofflichen Einleitungen in die Meeresumwelt kommt.

§ 12

Abwasser

- (1) Der Träger des Vorhabens hat das Abwasser aus sanitären Einrichtungen, Sanitätseinrichtungen, Küchen und Wäschereien vorbehaltlich des Absatzes 3 fachgerecht zu sammeln, an Land zu verbringen und dort nach den geltenden abfallrechtlichen Bestimmungen zu entsorgen.
- (2) Die Installation und der Betrieb einer Abwasserbehandlungsanlage zur Behandlung von Abwasser im Sinne von Absatz 1 auf einer Offshore-Plattform sind nicht zulässig.
- (3) Auf einer dauerhaft bemannten Offshore-Plattform ist eine Abwasserbehandlungsanlage entgegen Absatz 2 im Einzelfall zulässig, insbesondere dann, wenn die mit dem Verbringen des Abwassers an Land verbundenen negativen Auswirkungen auf die Meeresumwelt die mit dem Einleiten des behandelten Abwassers verbundenen Auswirkungen übersteigen. Der Nachweis, dass ein Einzelfall nach Satz 1 vorliegt, ist durch den Träger des Vorhabens im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zu führen. Die Abwasserbehandlungsanlage muss dem Stand der Technik entsprechen.
- (4) Bei nach Absatz 3 zulässigen Abwasserbehandlungsanlagen hat der Träger des Vorhabens
- sämtliches Abwasser aus sanitären Einrichtungen, Sanitätseinrichtungen, Küchen und Wäschereien zu behandeln,
- geeignete Probenahmestellen an Zu- und Ablauf vorzusehen und



das Abwasser regelmäßig zu beproben und zu analysieren.

Die Chlorierung von Abwässern ist nicht zulässig.

§ 13

Ölgehalt des Drainagewassers

- (1) Bei Einsatz eines Leichtflüssigkeitsabscheiders darf anfallendes Drainagewasser einen Ölgehalt von 5 Milligramm je Liter nicht überschreiten.
- (2) Der Träger des Vorhabens hat den Ölgehalt des Drainagewassers im Ablauf mittels Sensoren kontinuierlich zu überwachen. Die mit den Sensoren gemessenen aktuellen Werte müssen aus der Ferne auslesbar sein.
- (3) Der Träger des Vorhabens hat durch automatische Ventile sicherzustellen, dass bei einem Überschreiten des Grenzwerts nach Absatz 1 das Drainagewasser nicht in die Meeresumwelt eingeleitet wird.

§ 14

Löschschaum auf Hubschrauberlandedecks

- (1) Auf Hubschrauberlandedecks dürfen Schaummittel zur Löschschaumproduktion keine per- und polyfluorierten Chemikalien enthalten.
- (2) An Hubschrauberlandedecks angeschlossene Drainagesysteme müssen Bypass-Systeme besitzen, die sicherstellen, dass der anfallende Löschschaum unter Umgehung der Leichtflüssigkeitsabscheider automatisch in einen Sammeltank abgeleitet wird. Der Löschschaum darf nicht über das Drainagesystem in die Meeresumwelt eingeleitet werden.
- (3) Feuerlöschübungen sind ausschließlich mit Wasser durchzuführen.

§ 15

Dieselgeneratoren

- (1) Auf Offshore-Plattformen eingesetzte Dieselgeneratoren müssen bezüglich der Emissionsgrenzwerte nach Stufe III der MARPOL Anlage VI Regel 13 Absatz 5.1.1 zertifiziert sein oder nach Emissionsstandards, die den in MARPOL Anlage VI Regel 13 Absatz 5.1. definierten Emissionsstandards entsprechen.
- (2) Auf Windenergieanlagen ist der Einsatz von Dieselgeneratoren für die Notstromversorgung zu vermeiden.
- (3) Für den Betrieb von Dieselgeneratoren ist möglichst schwefelarmer Kraftstoff einzusetzen.

§ 16

Kolk- und Kabelschutz

- (1) Bei Kolk- und Kabelschutzmaßnahmen hat der Träger des Vorhabens das Einbringen von Hartsubstrat auf das zur Herstellung des Schutzes der jeweiligen Anlage erforderliche Mindestmaß zu begrenzen.
- (2) Als Kolkschutz sind ausschließlich Schüttungen aus Natursteinen oder inerten und natürlichen Materialien einzusetzen. Der Einsatz von Kunststoff oder kunststoffähnlichen Materialien ist nicht zulässig.
- (3) Als Kabelschutz sind grundsätzlich Schüttungen aus Natursteinen oder inerten und natürlichen Materia-

lien einzusetzen. Der Einsatz von Kabelschutzsystemen, die Kunststoff enthalten, ist nur im Ausnahmefall zulässig und auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

Unterabschnitt 2

Allgemeine Vorschriften für die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffs- und Luftverkehrs

§ 17

Kennzeichnung

- (1) Der Träger des Vorhabens hat die Anlagen bis zu ihrer Entfernung aus dem Seegebiet nach den geltenden Regelwerken der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes und nach dem Stand der Technik mit Einrichtungen auszustatten, die die Sicherheit des Schiffs- und Luftverkehrs gewährleisten. Die Einhaltung des Stands der Technik wird vermutet, wenn bei der Planung, der Realisierung und im Normalbetrieb der visuellen und funktechnischen Kennzeichnung der Einrichtungen des Offshore-Windparks die folgenden Regelwerke eingehalten werden:
- "Richtlinie Offshore-Anlagen zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs"⁶,
- "WSV-Rahmenvorgaben Kennzeichnung Offshore-Anlagen"⁷ und
- Recommendation O-139 "The Marking of Man-Made Offshore Structures" und Recommendation A-126 "The Use of the Automatic Identification System (AIS) in Marine Aids to Navigation Services" der International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities⁸.
- (2) Bei der Errichtung weiterer Offshore-Windparks unmittelbar angrenzend an die Fläche hat der Träger des Vorhabens die Kennzeichnung zur Sicherung des Schiffs- und Luftverkehrs nach Absatz 1 in Abstimmung mit den Trägern der angrenzenden Vorhaben entsprechend der gesamten Bebauungssituation im Verkehrsraum anzupassen.

Unterabschnitt 3

Besondere Vorschriften für die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs

§ 18

Seeraumbeobachtung

Der Träger des Vorhabens hat eine Seeraumbeobachtung für die Fläche nach dem Stand der Technik durchzuführen und die erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Kollisionen zu ergreifen. Die Einhaltung des Stands der Technik wird vermutet, wenn die Vorgaben der Durchführungsrichtlinie "Seeraumbeob-

⁶ Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Am Propsthof 51, 53121 Bonn.

⁷ Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Am Propsthof 51, 53121 Bonn.

⁸ Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen über: International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities, IALA-AISM HEADQUARTERS, 10 rue des Gaudines, 78100, St Germain en Laye, France.

achtung Offshore-Windparks" des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur⁹ eingehalten werden.

§ 19

Bauweise

- (1) Der Träger des Vorhabens hat die Anlage nach dem Stand der Technik in einer Weise zu konstruieren und zu errichten, dass im Fall einer Schiffskollision der Schiffskörper so wenig wie möglich beschädigt wird. Die Einhaltung des Stands der Technik wird vermutet, wenn die Anforderungen des "Standard Konstruktion Mindestanforderungen an die konstruktive Ausführung von Offshore-Bauwerken in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ)"10 erfüllt werden.
- (2) Die Bebauung der Fläche soll zusammenhängend erfolgen. Die zu errichtenden Anlagen sollen sich in die Bebauungssituation des Gebiets, in dem die Fläche liegt, integrieren.

§ 20

Verkehrssicherung während der Bauphase

- (1) Zur Sicherung des Umfeldes der Baustelle und zur Vermeidung von Kollisionen mit Schiffen hat der Träger des Vorhabens ab Installationsbeginn und soweit zu Verkehrssicherungszwecken erforderlich, bereits ab Beginn erforderlicher bauvorbereitender Maßnahmen und während der gesamten Bauphase ein Verkehrssicherungsfahrzeug im Baustellenumfeld einzusetzen, um bei Bedarf verkehrssichernde Maßnahmen ergreifen zu können. Das Verkehrssicherungsfahrzeug ist ausschließlich für diesen Zweck einzusetzen. Das Verkehrssicherungsfahrzeug und seine Nutzung haben dem Stand der Technik zu entsprechen. Die Einhaltung des Stands der Technik wird vermutet, wenn die Anforderungen an Verkehrssicherungsfahrzeuge der "Richtlinie Offshore-Anlagen zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs"11 erfüllt werden.
- (2) Bis zur Inbetriebnahme der regulären Kennzeichnung hat der Träger des Vorhabens die Anlagen nach dem Stand der Technik behelfsmäßig visuell und funktechnisch zu kennzeichnen. Die Einhaltung des Stands der Technik wird vermutet, wenn die Anforderungen an die behelfsmäßige visuelle Kennzeichnung und an die Automatic Identification System (AIS)-Kennzeichnung der "Richtlinie Offshore-Anlagen zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs"12 erfüllt werden.
- (3) Der Träger des Vorhabens hat das Baufeld nach dem Stand der Technik durch Auslegung befeuerter Kardinaltonnen als allgemeine Gefahrenstelle zu kenn-

⁹ Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Invalidenstraße 44, zeichnen. Die Einhaltung des Stands der Technik wird vermutet, wenn die Anforderungen an die Auslegung schwimmender Schifffahrtszeichen der "Richtlinie Offshore-Anlagen zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs"¹³ erfüllt werden.

§ 21

Anforderungen an Fahrzeuge und Arbeitsgeräte

Alle eingesetzten Arbeitsgeräte und Fahrzeuge einschließlich des Verkehrssicherungsfahrzeugs müssen

- in Bezug auf ihre Kennzeichnung und ihr Verkehrsverhalten der Verordnung zu den Internationalen Regeln von 1972 zur Verhütung von Zusammenstößen auf See vom 13. Juni 1977 (BGBI. I S. 813), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 7. Dezember 2021 (BGBI. I S. 5188) geändert worden ist, entsprechen,
- in Bezug auf Ausrüstung und Besatzung dem für die Bundesflagge erforderlichen oder einem nachweislich gleichen Sicherheitsstandard genügen.

§ 22

Risikomindernde Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs

- (1) Zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs kann die Planfeststellungsbehörde Maßnahmen, insbesondere die Vorhaltung zusätzlicher Schleppkapazität durch den Träger des Vorhabens, anordnen, um das Risiko für die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs zu mindern.
- (2) Der Träger des Vorhabens hat der Planfeststellungsbehörde als Grundlage für die Zulassungsentscheidung mit den Planunterlagen ein Gutachten einzureichen, welches die der Eignungsfeststellung nach dieser Verordnung zugrundeliegende flächenbezogene quantitative Risikoanalyse auf der Grundlage aktueller Zahlen zum Aufkommen des Schiffsverkehrs sowie gegebenenfalls anderer aktueller für die Risikobewertung wesentlicher Rahmenbedingungen aktualisiert. Auf der Grundlage dieses Gutachtens ordnet die Planfeststellungsbehörde die zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs erforderlichen risikomindernden Maßnahmen an. Anderweitige Verpflichtungen zur Erweiterung, Aktualisierung oder Vertiefung von Untersuchungen nach § 45 Absatz 3 in Verbindung mit § 48 Absatz 2 Satz 3 und Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 oder § 57 Absatz 2, 3 und 5 des Windenergie-auf-See-Gesetzes oder nach § 57 Absatz 2 und 3 des Windenergie-auf-See-Gesetzes bleiben unberührt.

¹³ Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Am Propsthof 51, 53121 Bonn.



¹⁰ Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg und in der Deutschen Nationalbibliothek archivmäßig gesichert niedergelegt.

¹¹ Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Am Propsthof 51, 53121 Bonn.

¹² Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Am Probsthof 51, 53121 Bonn.

Unterabschnitt 4 Besondere Vorschriften für die Sicherheit und Leichtigkeit des Luftverkehrs

§ 23

Hubschrauberwindenbetrieb und Windenbetriebsflächen

- (1) Auf einer Windenergieanlage ist die Windenbetriebsfläche durch den Träger des Vorhabens nach den folgenden Vorschriften auszugestalten, zu kennzeichnen und zu betreiben:
- bis zum Inkrafttreten des "Standard Offshore-Luftfahrt für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone"¹⁴ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr gemäß den Regelungen der "Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder über Windenbetriebsflächen auf Windenergieanlagen" vom 18. Januar 2012 (BAnz. Nr. 16, S. 338),
- nach dem Inkrafttreten des "Standard Offshore-Luftfahrt für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone"¹⁵ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr gemäß dessen Bestimmungen.
- (2) Auf einer Offshore-Plattform kann eine Windenbetriebsfläche für den Notfall als Rettungsfläche eingerichtet werden. Ihre Nutzung ist grundsätzlich auf die Abwehr von Gefahren für Leib und Leben von Personen (Notfall) oder auf erforderliche hoheitliche Maßnahmen beschränkt.
- (3) Eine über Absatz 2 hinausgehende Nutzung der Windenbetriebsfläche als Rettungsfläche auf einer Offshore-Plattform ist ausnahmsweise zulässig, wenn bei einem technischen Störfall
- das Gefahrenpotential innerhalb eines kurzen Zeitraums reduziert werden muss, um den Eintritt eines Notfalls zu verhindern.
- eine Einflussnahme von Land aus nicht möglich ist oder eingeleitete Gegenmaßnahmen ohne Erfolg geblieben sind und
- temporär keine geeigneteren Zugangsmöglichkeiten zur Offshore-Plattform zur Verfügung stehen.
- (4) Ein Regelzugang von Personen zur Offshore-Plattform mittels Hubschrauberwindenbetrieb ist nicht gestattet.
- (5) Eine Windenbetriebsfläche für den Notfall als Rettungsfläche einer Offshore-Plattform ist durch den Träger des Vorhabens nach den folgenden Vorschriften auszugestalten und zu kennzeichnen:
- bis zum Inkrafttreten des "Standard Offshore-Luftfahrt für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone"¹⁶ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr gemäß Kapitel 7 des ICAO-Dokuments 9261 Leitfaden für Hubschrauberlandeplätze in der Fassung von 2021 zu Anhang 14 Band II zum Ab-

- kommen über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 (BGBI. 1956 II S. 411, 412), das zuletzt durch die Protokolle vom 6. Oktober 2016 (BGBI. 2018 II S. 306, 307) geändert worden ist,
- nach dem Inkrafttreten des "Standard Offshore-Luftfahrt für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone"¹⁷ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr gemäß dessen Bestimmungen.

§ 24

Hubschrauberlandedeck

- (1) Wenn ein Hubschrauberlandedeck auf einer Offshore-Plattform des Offshore-Windparks eingerichtet wird, sind für dessen Einrichtung und Betrieb die folgenden Vorschriften einzuhalten:
- bis zum Inkrafttreten des "Standard Offshore-Luftfahrt für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone"¹⁸ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr die Regelungen des Anhangs 14 Band II zum Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt in seiner jeweils geltenden Fassung,
- nach dem Inkrafttreten des "Standard Offshore-Luftfahrt für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone"¹⁹ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr dessen Bestimmungen.
- (2) Der Träger des Vorhabens hat durch bauliche und betriebliche Maßnahmen den sicheren Betrieb des Hubschrauberlandedecks zu gewährleisten.

§ 25

Flugkorridore

- (1) Der Träger des Vorhabens hat für ein Hubschrauberlandedeck nach § 24 in der jeweiligen Fläche Flugkorridore nach Absatz 2 und den Absätzen 5 bis 11 vorzusehen, wenn die nach Kapitel 4 Anhang 14 Band II zum Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt jeweils erforderliche Hindernisfreiheit in der Fläche nicht gewährleistet werden kann.
- (2) Flugkorridore sind so zu planen, dass die im Flächenentwicklungsplan festgelegten benachbarten Flächen möglichst wenig beeinträchtigt werden. Die Anzahl der Flugkorridore ist so zu bemessen, dass jeweils ein sicherer Betrieb des Hubschrauberlandedecks gewährleistet ist.
- (3) Der Träger des Vorhabens hat sicherzustellen, dass dem Dritten entsprechend dem Absatz 1 die Einrichtung von Flugkorridoren auf der Fläche möglich ist, wenn durch die mit dem Offshore-Windpark des Trägers des Vorhabens geschaffenen Hindernisse
- Hindernisbegrenzungsflächen eines Hubschrauberlandedecks einer im Flächenentwicklungsplan festgelegten Konverter- oder Umspannplattform eines Dritten beeinträchtigt werden können oder

¹⁴ Amtlicher Hinweis: Nach Veröffentlichung zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg.

¹⁵ Amtlicher Hinweis: Nach Veröffentlichung zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg.

¹⁶ Amtlicher Hinweis: Nach Veröffentlichung zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg.

¹⁷ Amtlicher Hinweis: Nach Veröffentlichung zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg.

¹⁸ Amtlicher Hinweis: Nach Veröffentlichung zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg.

¹⁹ Amtlicher Hinweis: Nach Veröffentlichung zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg.

 Hindernisbegrenzungsflächen eines in den Planunterlagen eines Planfeststellungsverfahrens zum Stand der ortsüblichen Bekanntmachung der Planauslegung nach § 73 Absatz 5 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes festgelegten Hubschrauberlandedecks eines Dritten beeinträchtigt werden können

Der Träger des Vorhabens hat sich hinsichtlich der Ausrichtung und Dimensionierung der Flugkorridore des Dritten mit diesem abzustimmen.

- (4) Befinden sich bereits Flugkorridore des Hubschrauberlandedecks eines Dritten auf der jeweiligen Fläche oder sind entsprechende Vorhaben bereits planfestgestellt, hat der Träger des Vorhabens für die betreffenden Bereiche die Hindernisfreiheit nach Absatz 5 und nach den Absätzen 8 bis 11 sicherzustellen.
- (5) Für die Einrichtung der Flugkorridore sind die folgenden Vorschriften einzuhalten:
- bis zum Inkrafttreten des "Standard Offshore-Luftfahrt für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone"²⁰ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr die Regelungen der Sätze 2 bis 5 sowie der Absätze 6 bis 11,
- nach dem Inkrafttreten des "Standard Offshore-Luftfahrt für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone"²¹ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr dessen Bestimmungen.

Die Flugkorridore sind grundsätzlich von jeglicher Bebauung oberhalb der Wasseroberfläche freizuhalten. In die Flugkorridore dürfen grundsätzlich keine Teile von Bauwerken hineinragen. In begründeten Ausnahmefällen kann die Errichtung von Hindernissen im Flugkorridor oder die Einrichtung eines Flugkorridors trotz vorhandener Hindernisse durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie mit Zustimmung des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr zugelassen werden. Flugkorridore dürfen nicht über die Grenzen der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone hinaus angelegt werden.

- (6) Die Korridorachse eines Flugkorridors zu oder von einer Offshore-Plattform soll derart ausgerichtet werden, dass An- und Abflüge mit Rückenwind vermieden und Querwindbedingungen minimiert werden können sowie ein sicheres Durchstarten möglich ist. Ein Flugkorridor ist auf seiner gesamten Länge geradlinig zu planen; dabei sind Überschneidungen mit benachbarten Flugkorridoren grundsätzlich nicht zulässig. Die jeweilige Korridorachse beginnt im Mittelpunkt der FATO.
- (7) Die An- und Abfluggrundlinien entsprechen dem Verlauf der jeweiligen Korridorachse.
- (8) Die Länge des Flugkorridors ist entlang der jeweiligen Korridorachse auf Höhe der FATO zu bestimmen. Diese Strecke beginnt am Innenrand nach Absatz 10 Nummer 1 und endet an dem Punkt, an dem eine ebenfalls an dieser Stelle beginnende und

²⁰ Amtlicher Hinweis: Nach Veröffentlichung zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg. mit einer konstanten Neigung von 4,5 Prozent ansteigende Gerade einen der folgenden Vertikalabstände von der Korridorachse aufweist, der größere der beiden Überhöhungswerte ist maßgeblich:

- 1. eine Überhöhung von 152 Metern oder
- eine Überhöhung, die der Summe aus dem höchsten Hindernis in dem für den An- oder Abflug relevanten Bereich und einem Sicherheitszuschlag von mindestens 61 Metern entspricht.
- (9) Flugkorridore bestehen aus jeweils einem Innenkorridor und zwei diesen flankierenden Außenkorridoren.
- (10) Die Begrenzungen des Innenkorridors bestehen aus
- einem horizontalen Innenrand in der Breite der FATO, der am Außenrand der FATO beginnt und rechtwinklig zur Korridorachse verläuft,
- zwei Seitenrändern, die mit einer Divergenz von 15 Prozent bis zu einer Breite von 200 Metern auseinanderlaufen.
- einem horizontalen Außenrand, der in einer festgelegten Höhe relativ zur FATO rechtwinklig zur Korridorachse verläuft.
- (11) Die Breite der Außenkorridore beträgt jeweils mindestens 200 Meter. Besteht die Hinderniskulisse entlang der Flugkorridore aus Windenergieanlagen, so beträgt die Breite der beiden Außenkorridore jeweils drei Rotorradien der größten an den Flugkorridor angrenzenden Windenergieanlage, unabhängig davon, an welcher Flanke des Flugkorridors diese steht.

§ 26

Turmanstrahlung

- (1) Wenn das Hubschrauberlandedeck nachts betrieben werden soll, hat der Träger des Vorhabens die eigenen Windenergieanlagen entlang der Flugkorridore mit einer Turmanstrahlung gemäß den "WSV-Rahmenvorgaben Kennzeichnung Offshore-Anlagen"²² zu versehen. Es sind Vorkehrungen zu treffen, die die Aktivierung und Deaktivierung der Turmanstrahlung zusammen mit der übrigen aeronautischen Befeuerung des Hubschrauberlandedecks sicherstellen.
- (2) Soweit Flugkorridore Dritter in der Fläche liegen oder unmittelbar an diese angrenzen, hat der Träger des Vorhabens die Installation von Turmanstrahlungen an den betroffenen Windenergieanlagen zu dulden und den Fernzugriff zum Zweck der Steuerung der Turmanstrahlung zu ermöglichen. Dem Dritten ist als Betreiber der Turmanstrahlung zum Zweck des geregelten Betriebs, zur Wartung während der üblichen Betriebsund Geschäftszeiten und zur Störungsbehebung Zugang zu den betreffenden Windenergieanlagen zu gewähren, soweit keine anderweitigen Vereinbarungen über Wartung und Betrieb einschließlich der Störungsbehebung getroffen wurden.

²² Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Am Propsthof 51, 53121 Bonn.



²¹ Amtlicher Hinweis: Nach Veröffentlichung zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg.

§ 27

Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen

Der Träger des Vorhabens hat die Anlagen als Luftfahrthindernisse sowie sonstige Hindernisse in der Umgebung des Hubschrauberlandedecks gemäß den folgenden Vorschriften zu kennzeichnen:

- bis zum Inkrafttreten des "Standard Offshore-Luftfahrt für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone"²³ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr gemäß dem "Standard Offshore-Luftfahrt, Teil 5: Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen in der AWZ"²⁴ vom 17. August 2020,
- nach Inkrafttreten des "Standard Offshore-Luftfahrt für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone"²⁵ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr gemäß dessen Bestimmungen.

Unterabschnitt 5

Sicherheit der Landes- und Bündnisverteidigung

§ 28

Vorgaben zur Gewährleistung der Sicherheit der Landes- und Bündnisverteidigung

- (1) Der Träger des Vorhabens hat die errichteten Anlagen an geeigneten Eckpositionen mit Sonartranspondern zu kennzeichnen. § 17 Absatz 2 ist entsprechend anzuwenden.
- (2) Der Träger des Vorhabens hat den Einsatz von akustischen, optischen, optronischen, magnetsensorischen, elektrischen, elektronischen, elektromagnetischen oder seismischen Sensoren in Messgeräten an unbemannten Unterwasserfahrzeugen oder an stationären Unterwasser-Messeinrichtungen auf das erforderliche Maß zu beschränken und rechtzeitig, mindestens jedoch 20 Werktage im Voraus, dem Marinekommando anzuzeigen.

Unterabschnitt 6

Sicherheit und Gesundheitsschutz

§ 29

Grundsatz

Bei Planung, Errichtung, Betrieb und Rückbau jeder Anlage hat der Träger des Vorhabens sicherzustellen, dass die deutschen Vorschriften zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz bei der Arbeit eingehalten werden können.

- ²³ Amtlicher Hinweis: Nach Veröffentlichung zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg.
- ²⁴ Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg und in der Deutschen Nationalbibliothek archivmäßig gesichert niedergelegt.
- ²⁵ Amtlicher Hinweis: Nach Veröffentlichung zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg.

§ 30

Evakuierung, Rettung und notfallmedizinische Versorgung sowie Brand- und Explosionsschutz

- (1) Der Träger des Vorhabens hat ein projektspezifisches Flucht- und Rettungskonzept sowie ein bauliches, anlagentechnisches und organisatorisches Brand- und Explosionsschutzkonzept zu erstellen, regelmäßig zu aktualisieren und umzusetzen. Die Konzepte und deren Umsetzung sind so aufeinander abzustimmen, dass eine rechtzeitige Evakuierung und Rettung sichergestellt ist.
- (2) Der Träger des Vorhabens hat nachzuweisen, dass er bei der Erstellung und Umsetzung der Konzepte nach Absatz 1 fachkundig beraten wird. Die Anforderungen des § 3 Absatz 2 und 3 der Arbeitsstättenverordnung vom 12. August 2004 (BGBI. I S. 2179), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2020 (BGBI. I S. 3334) geändert worden ist, sind entsprechend anzuwenden.
- (3) Der Träger des Vorhabens hat sicherzustellen, dass notfallmedizinische Maßnahmen unverzüglich nach Eintritt eines Notfalls umgesetzt werden können. Der Träger des Vorhabens hat die Rettungskette bis zu dem nächsten geeigneten Krankenhaus sicherzustellen, soweit die Rettungskette nicht anderweitig sichergestellt ist.
- (4) Für eine Anlage sind mindestens zwei für den Zweck der Flucht und Rettung geeignete, voneinander unabhängige Zu- und Abgangsmöglichkeiten vorzusehen, die unterschiedliche Verkehrssysteme nutzen sollen.

§ 31

Eingriff in den Baugrund

Vor der Ausführung von Arbeiten, die einen Eingriff in den Baugrund erfordern, hat der Träger des Vorhabens sicherzustellen, dass mögliche Gefährdungen von Beschäftigten durch Fundmunition ermittelt und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen des Arbeitsschutzes ergriffen werden. Satz 1 ist auch anzuwenden, wenn während der Planung oder der Errichtung der Windenergieanlagen, der Offshore-Plattformen oder der parkinternen Verkabelung bislang nicht bekannte Fundmunition aufgefunden wird.

§ 32

Überwachung der Einhaltung der Vorschriften zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz

- (1) Zur Überwachung der Pflichten aus den §§ 29 bis 31 hat der Träger des Vorhabens der zuständigen Behörde und ihren Beauftragten die für die Überwachung erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die erforderlichen Unterlagen einzureichen.
- (2) Zur Wahrnehmung der Überwachungsaufgaben dürfen Betriebsstätten und Anlagen von den Beauftragten der zuständigen Behörden während der üblichen Betriebs- und Geschäftszeiten betreten werden.



(3) Der Träger des Vorhabens hat den Transport der Beauftragten der zuständigen Behörden zu den Anlagen auf See vorzunehmen oder die Kosten für den Transport zu übernehmen.

§ 33

Sonstige Pflichten

Die Pflichten des Trägers des Vorhabens zur Gewährleistung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber bleiben unberührt.

Unterabschnitt 7

Vereinbarkeit mit bestehenden und geplanten Kabeln, Rohrleitungen sowie Einrichtungen

§ 34

Vereinbarkeit mit bestehenden und geplanten Seekabeln sowie Rohrleitungen und Einrichtungen

- (1) Bei der Planung und Durchführung von Arbeiten im Umfeld von bestehenden und geplanten Seekabeln oder Rohrleitungen sowie sonstiger Einrichtungen Dritter hat der Träger des Vorhabens die Sicherheit dieser Seekabel, Rohrleitungen und Einrichtungen zu berücksichtigen. Kreuzungen der parkinternen Seekabel mit Seekabeln oder Rohrleitungen Dritter sind, wenn möglich, zu vermeiden.
- (2) In einem Schutzbereich von 500 Metern beidseits von Seekabeln und Rohrleitungen Dritter dürfen grundsätzlich keinerlei Einwirkungen auf den Meeresboden vorgenommen werden. Abweichendes kann mit dem Eigentümer des Seekabels oder der Rohrleitung vereinbart werden.
- (3) Der Träger des Vorhabens hat die im Flächenentwicklungsplan festgelegten Trassen zur Anbindung von Konverterplattformen sowie einen Schutzbereich von 500 Metern beidseits dieser Trassen von einer Bebauung freizuhalten. Innerhalb des Schutzbereichs dürfen keine parkinternen Seekabelsysteme verlegt werden. Der Träger des Vorhabens hat sicherzustellen, dass die parkinternen Seekabelsysteme die Trasse derjenigen Anbindungsleitung des Übertragungsnetzbetreibers, die die jeweilige Fläche anbindet, nicht kreuzen.
- (4) In einem Schutzbereich von 1 000 Metern um den im Flächenentwicklungsplan festgelegten Standort der Konverterplattform des Netzbetreibers dürfen grundsätzlich keine Windenergieanlagen errichtet werden. Ausnahmen hiervon sind im Einvernehmen mit dem Netzbetreiber in einem Bereich von 500 bis 1 000 Metern um den Standort möglich. Arbeiten innerhalb des gesamten Schutzbereichs von 1 000 Metern dürfen nur im Einvernehmen mit dem Netzbetreiber erfolgen.

§ 35

Abstand zu Windenergieanlagen benachbarter Flächen

Die auf der Fläche zu errichtenden Windenergieanlagen müssen einen Abstand von mindestens dem Fünffachen des jeweils größeren Rotordurchmessers zu Windenergieanlagen jeder benachbarten Fläche einhalten. Die Planfeststellungsbehörde kann auf Antrag des Trägers des Vorhabens der jeweiligen Fläche einen geringeren Abstand zulassen, wenn der Träger des Vorhabens der benachbarten Fläche zustimmt und die Standsicherheit der Anlagen gewährleistet ist.

§ 36

Einspeisung am Netzanschlusspunkt

Nach § 24 Absatz 1 Nummer 3 des Windenergieauf-See-Gesetzes besteht im Umfang der bezuschlagten Gebotsmenge ein Anspruch auf Anschluss der Windenergieanlagen auf See und die zugewiesene Netzanbindungskapazität auf der im Flächenentwicklungsplan festgelegten Offshore-Anbindungsleitung.

Unterabschnitt 8

Sonstige Verpflichtungen des Trägers des Vorhabens

§ 37

Konstruktion

- (1) Die Planung, die Errichtung, der Betrieb und der Rückbau sowie die Konstruktion und Ausstattung der Anlagen müssen dem Stand der Technik oder hilfsweise dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen. Die Einhaltung des Stands der Technik oder des Stands von Wissenschaft und Technik wird für die dort geregelten Bereiche vermutet, wenn folgende Standards eingehalten werden:
- "Standard Konstruktion Mindestanforderungen an die konstruktive Ausführung von Offshore-Bauwerken in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ)"²⁶,
- "Standard Baugrunderkundung Mindestanforderungen an die Baugrunderkundung und -untersuchung für Offshore-Windenergieanlagen, Offshore-Stationen und Stromkabel"²⁷.
- (2) Der Träger des Vorhabens hat mindestens die Systeme, deren Ausfall oder Fehlfunktion die Integrität der Anlagen, die Sicherheit des Verkehrs oder die Meeresumwelt gefährden können, so auszuführen, dass bei einem Ausfall oder einer Fehlfunktion sowohl eine Überwachung als auch ein vollständiger Zugriff auch vom Land aus möglich sind.

§ 38

Ermittlung, Dokumentation und Meldung von Objekten und errichteten Anlagen

(1) Der Träger des Vorhabens hat vor Beginn der Planung und Realisierung der Anlagen vorhandene Kabel, Leitungen, Wracks, Fundmunition, Kultur- und Sachgüter sowie sonstige Objekte auf der Fläche zu ermitteln und alle daraus gegebenenfalls resultierenden Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Das Auffinden von Objekten ist unverzüglich zu dokumentieren und

²⁶ Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg und in der Deutschen Nationalbibliothek archivmäßig niedergelegt.

²⁷ Amtlicher Hinweis: Herausgegeben von und zu beziehen beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg und in der Deutschen Nationalbibliothek archivmäßig niedergelegt.

der Planfeststellungsbehörde zu melden. Bei der Standort- oder Trassenwahl sind etwaige Fundstellen von Objekten zu berücksichtigen.

- (2) Wird bei der Planung oder Errichtung der Anlagen Fundmunition aufgefunden, hat der Träger des Vorhabens entsprechende Schutzmaßnahmen zu ergreifen. In diesem Rahmen ist der Träger des Vorhabens auch für erforderliche Bergungen oder Beseitigungen von Fundmunition verantwortlich. Sprengungen sind unzulässig, sofern sie nicht zur Beseitigung nicht transportfähiger Munition unvermeidlich sind. In diesem Fall hat der Träger des Vorhabens der Planfeststellungsbehörde rechtzeitig im Voraus ein Schallschutzkonzept vorzulegen. Munitionsfunde und den weiteren Umgang mit der Fundmunition hat der Träger des Vorhabens dem Maritimen Sicherheitszentrum Cuxhaven zu melden.
- (3) Der Träger des Vorhabens hat der Planfeststellungsbehörde auf deren Anforderung als Grundlage für die Zulassungsentscheidung mit den Planunterlagen eine Auswertung der in der Voruntersuchung gewonnenen Daten über Verdachtsfälle von Kulturgütern in der jeweiligen Fläche einzureichen.
- (4) Der Träger des Vorhabens hat die genauen Positionen aller tatsächlich gebauten Anlagen innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss der Errichtung einzumessen und an das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie zu übermitteln.

Abschnitt 2

Besondere Vorgaben für die Fläche N-7.2

§ 39

Besondere Bestimmungen zur Vereinbarkeit mit Kulturgütern

(1) Um das Schiffswrack mit dem Wrackmittelpunkt 54°16.2354'N; 006°18.5607'E; WGS84 ist eine Ausschlusszone mit einem Radius von 50 Metern um den Wrackmittelpunkt einzuhalten.

- (2) Um das Schiffswrack mit dem Wrackmittelpunkt 54°16.9768'N; 006°15.8848'E; WGS84 ist eine Ausschlusszone mit einem Radius von 30 Metern um den Wrackmittelpunkt einzuhalten, bis eine nähere Einordnung der Wrackstelle möglich ist.
- (3) Die Planfeststellungsbehörde kann anordnen, dass der Träger des Vorhabens durch geeignete Maßnahmen und unter Einbindung von Denkmalschutzund Denkmalfachbehörden sicherzustellen hat, dass weitere wissenschaftliche Untersuchungen und Dokumentationen der Kulturgüter und archäologischen Kulturgüter durchgeführt und die dazugehörigen Gegenstände entweder an Ort und Stelle oder durch Bergung erhalten und bewahrt werden können.

Teil 3

Feststellung der zu installierenden Leistung

§ 40

Feststellung der zu installierenden Leistung

- (1) Die auf der Fläche N-3.5 zu installierende Leistung beträgt 420 Megawatt.
- (2) Die auf der Fläche N-3.6 zu installierende Leistung beträgt 480 Megawatt.
- (3) Die auf der Fläche N-7.2 zu installierende Leistung beträgt 980 Megawatt.

Teil 4

Schlussbestimmungen

§ 41

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Hamburg, den 18. Januar 2022

Die Präsidentin des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie Dr. Karin Kammann-Klippstein

Verordnung zur Änderung der Wahlordnung zum Sprecherausschussgesetz

Vom 20. Januar 2022

Auf Grund des § 38 Nummer 1 bis 6 des Sprecherausschussgesetzes, der zuletzt durch Artikel 222 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBI. I S. 2407) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

Artikel 1

Die Wahlordnung zum Sprecherausschussgesetz vom 28. September 1989 (BGBI. I S. 1798) wird wie folgt geändert:

- 1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:
 - "Die Sitzungen des Wahlvorstands finden als Präsenzsitzung statt."
 - b) Die folgenden Absätze 4 und 5 werden angefügt:
 - "(4) Abweichend von Absatz 3 Satz 2 kann der Wahlvorstand beschließen, dass die Teilnahme an einer nicht öffentlichen Sitzung des Wahlvorstands mittels Video- und Telefonkonferenz erfolgen kann. Dies gilt nicht für Sitzungen des Wahlvorstands
 - 1. zur Prüfung eingereichter Vorschlagslisten nach § 6 Absatz 2 Satz 2,
 - zur Durchführung eines Losverfahrens nach § 9 Absatz 1.

Es muss sichergestellt sein, dass Dritte vom Inhalt der Sitzung keine Kenntnis nehmen können. Eine Aufzeichnung der Sitzung ist unzulässig. Die mittels Video- und Telefonkonferenz Teilnehmenden bestätigen ihre Teilnahme gegenüber dem Vorsitzenden in Textform. Die Bestätigung ist der Niederschrift nach Absatz 3 beizufügen.

(5) Erfolgt die Sitzung des Wahlvorstands mit der zusätzlichen Möglichkeit der Teilnahme mittels Video- und Telefonkonferenz, gilt auch eine Teilnahme vor Ort als erforderlich."

- Dem § 2 Absatz 4 werden die folgenden Sätze angefügt:
 - "Ergänzend können der Abdruck der Wählerliste und die Verordnung mittels der im Betrieb vorhandenen Informations- und Kommunikationstechnik bekannt gemacht werden. Die Bekanntmachung ausschließlich in elektronischer Form ist nur zulässig, wenn alle leitenden Angestellten von der Bekanntmachung Kenntnis erlangen können und Vorkehrungen getroffen werden, dass Änderungen der Bekanntmachung nur vom Wahlvorstand vorgenommen werden können."
- 3. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 2 werden nach dem Wort "ausliegen" die Wörter ", sowie im Fall der Bekanntmachung in elektronischer Form (§ 2 Absatz 4 Satz 3 und 4) wo und wie von der Wählerliste und der Verordnung Kenntnis genommen werden kann" eingefügt.
 - bb) In Nummer 3 werden die Wörter "ist anzugeben" durch die Wörter "und im Fall des § 40 Absatz 2 zusätzlich die Uhrzeit sind anzugeben" ersetzt.
 - cc) In Nummer 6 werden die Wörter "ist anzugeben" durch die Wörter "und im Fall des § 40 Absatz 2 zusätzlich die Uhrzeit sind anzugeben" ersetzt.
 - dd) In Nummer 10 wird die Angabe "(§ 23 Abs. 2)" durch die Wörter "nach § 23 Absatz 3" ersetzt.
 - b) Dem Absatz 4 werden folgende Sätze angefügt: "Ergänzend kann das Wahlausschreiben mittels der im Betrieb vorhandenen Informations- und Kommunikationstechnik bekannt gemacht werden. § 2 Absatz 4 Satz 4 gilt entsprechend. Ergänzend hat der Wahlvorstand das Wahlausschreiben den Personen nach § 23 Absatz 2 postalisch oder elektronisch zu übermitteln; der Arbeitgeber hat dem Wahlvorstand die dazu

- erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen "
- In § 4 Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter "Tage vor dem Beginn" durch das Wort "Abschluss" ersetzt.
- In § 9 Absatz 2 wird die Angabe "(§ 3 Abs. 4)" durch die Wörter "nach § 3 Absatz 4 Satz 1 bis 3" ersetzt.
- 6. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter "in den hierfür bestimmten Umschlägen (Wahlumschlägen)" gestrichen.
 - b) Absatz 2 Satz 3 wird aufgehoben.
 - c) In Absatz 3 werden nach dem Wort "Stelle" die Wörter "und faltet ihn in der Weise, dass seine Stimme nicht erkennbar ist" eingefügt.
- 7. § 11 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter "und in den Wahlumschlag legen" gestrichen.
 - bb) In den Sätzen 2 und 4 wird jeweils das Wort "Wahlumschläge" durch das Wort "Stimmzettel" ersetzt.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
 - "(3) Der Wähler gibt seinen Namen an und wirft den gefalteten Stimmzettel in die Wahlurne ein, nachdem die Stimmabgabe in der Wählerliste vermerkt worden ist."
 - Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:
 - "(4) Wer infolge seiner Behinderung bei der Stimmabgabe beeinträchtigt ist, kann eine Person seines Vertrauens bestimmen, die ihm bei der Stimmabgabe behilflich sein soll, und teilt dies dem Wahlvorstand mit. Wahlbewerber, Mitglieder des Wahlvorstands sowie Wahlhelfer dürfen nicht zur Hilfeleistung herangezogen werden. Die Hilfeleistung beschränkt sich auf die Erfüllung der Wünsche des Wählers zur Stimmabgabe; die Person des Vertrauens darf gemeinsam mit dem Wähler die Wahlzelle aufsuchen. Sie ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung zur Stimmabgabe erlangt hat. Die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für des Lesens unkundige Wähler."
 - d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.
- 8. § 12 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
 "Sofern eine schriftliche Stimmabgabe erfolgt ist, führt der Wahlvorstand vor Beginn der

Stimmauszählung das Verfahren nach § 25 durch."

- b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter "den Wahlumschlägen" gestrichen.
- c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
 - "(3) Befindet sich in der Wahlurne ein Wahlumschlag mit mehreren gekennzeichneten Stimmzetteln (§ 25 Absatz 1 Satz 3), so werden die Stimmzettel, wenn sie vollständig überein-

- stimmen, nur einfach gezählt, andernfalls als ungültig angesehen."
- 9. In § 14 Absatz 1 Nummer 1 wird das Wort "Wahlumschläge" durch das Wort "Stimmen" ersetzt.
- 10. In § 16 Satz 1 wird die Angabe "(§ 3 Abs. 4)" durch die Wörter "nach § 3 Absatz 4 Satz 1 bis 3" ersetzt.
- 11. § 18 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden nach dem Wort "Stelle" die Wörter "und faltet ihn in der Weise, dass seine Stimme nicht erkennbar ist" eingefügt.
 - b) In Satz 2 wird die Angabe "und 3" gestrichen.
- 12. In § 19 werden die Wörter "den Wahlumschlägen" gestrichen.
- 13. § 23 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:
 - "Die Wahlumschläge müssen sämtlich die gleiche Größe, Farbe, Beschaffenheit und Beschriftung haben."
 - b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:
 - "(2) Wahlberechtigte, von denen dem Wahlvorstand bekannt ist, dass sie
 - im Zeitpunkt der Wahl nach der Eigenart ihres Beschäftigungsverhältnisses, insbesondere im Außendienst oder mit Telearbeit Beschäftigte, oder
 - vom Erlass des Wahlausschreibens bis zum Zeitpunkt der Wahl aus anderen Gründen, insbesondere bei Ruhen des Arbeitsverhältnisses oder Arbeitsunfähigkeit,

voraussichtlich nicht im Betrieb anwesend sein werden, erhalten die in Absatz 1 bezeichneten Unterlagen, ohne dass es eines Verlangens der Wahlberechtigten bedarf. Der Arbeitgeber hat dem Wahlvorstand die dazu erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen."

- c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.
- 14. § 24 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
 - "1. den Stimmzettel unbeobachtet persönlich kennzeichnet und so faltet und in dem Wahlumschlag verschließt, dass die Stimmabgabe erst nach Auseinanderfalten des Stimmzettels erkennbar ist,".
 - b) Folgender Satz wird angefügt:

"Der Wähler kann unter den Voraussetzungen des § 11 Absatz 4 die in den Nummern 1 bis 3 bezeichneten Tätigkeiten durch eine Person des Vertrauens verrichten lassen."

- 15. § 25 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
 - "(1) Zu Beginn der öffentlichen Sitzung zur Stimmauszählung nach § 12 öffnet der Wahlvorstand die bis zum Ende der Stimmabgabe (§ 3 Absatz 2 Nummer 9) eingegangenen Freiumschläge und entnimmt ihnen die Wahlumschläge sowie die vorgedruckten Erklärungen. Ist die schriftliche Stimmabgabe ordnungsgemäß erfolgt (§ 24), so vermerkt der Wahlvorstand die Stimmabgabe in

der Wählerliste, öffnet die Wahlumschläge und legt die Stimmzettel in die Wahlurne. Befinden sich in einem Wahlumschlag mehrere gekennzeichnete Stimmzettel, werden sie in dem Wahlumschlag in die Wahlurne gelegt."

- In § 26 Absatz 2 Satz 4 werden die Wörter "Tage vor dem Beginn" durch das Wort "Abschluss" ersetzt.
- 17. In § 27 Absatz 3 werden nach dem Wort "bekanntzumachen" die Wörter "mit der Maßgabe, dass die Übermittlung nach § 3 Absatz 4 Satz 4 an die in § 30 Absatz 2 genannten Personen zu erfolgen hat" angefügt.
- 18. § 28 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Wörter "in den hierfür bestimmten Umschlägen (Abstimmungsumschlägen)" durch die Wörter ", die so gefaltet sind, dass die Stimmabgabe erst nach Auseinanderfalten der Abstimmungszettel erkennbar ist" ersetzt.
 - b) Satz 5 wird aufgehoben.
- 19. § 29 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Wörter "in den Abstimmungsumschlag legen" durch das Wort "falten" ersetzt.
 - b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:"§ 11 Absatz 1 Satz 2 bis 4 sowie Absatz 2 bis 5 gilt entsprechend."
- 20. § 30 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt: "Die Abstimmungsumschläge müssen die gleiche Größe, Farbe, Beschaffenheit und Beschriftung haben."
 - bb) In dem neuen Satz 3 wird die Angabe "(Absatz 2)" durch die Angabe "(Absatz 3)" ersetzt.
 - b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:
 - "(2) Abstimmungsberechtigte, von denen dem Wahlvorstand bekannt ist, dass sie
 - im Zeitpunkt der Versammlung nach der Eigenart ihres Beschäftigungsverhältnisses, insbesondere im Außendienst oder mit Telearbeit Beschäftigte, oder
 - vom Erlass des Abstimmungsausschreibens bis zum Zeitpunkt der Versammlung aus anderen Gründen, insbesondere bei Ruhen des Arbeitsverhältnisses oder Arbeitsunfähigkeit,

voraussichtlich nicht im Betrieb anwesend sein werden, erhalten die in Absatz 1 bezeichneten Unterlagen, ohne dass es eines Verlangens der Abstimmungsberechtigten bedarf. Der Arbeitgeber hat dem Wahlvorstand die dazu erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen."

- c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.
- d) Im neuen Absatz 3 werden in Nummer 1 nach den Wörtern "kennzeichnet und" die Wörter "so faltet und" sowie nach dem Wort "verschließt" die Wörter ", dass die Stimmabgabe erst nach

- Auseinanderfalten des Abstimmungszettels erkennbar ist" eingefügt.
- e) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter "vor Abschluß" durch die Wörter "nach Abschluss" ersetzt.
 - bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

"Ist die schriftliche Stimmabgabe ordnungsgemäß erfolgt (Absatz 3), so vermerkt der Wahlvorstand die Stimmabgabe in der Abstimmungsliste, öffnet die Abstimmungsumschläge und legt die Abstimmungszettel in die Wahlurne."

- cc) Folgender Satz wird angefügt:
 - "Befinden sich in einem Abstimmungsumschlag mehrere gekennzeichnete Abstimmungszettel, werden sie in dem Abstimmungsumschlag in die Wahlurne gelegt."
- f) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.
- 21. § 31 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt: "Sofern eine schriftliche Stimmabgabe erfolgt ist, führt der Wahlvorstand vor Beginn der Stimmauszählung das Verfahren nach § 30 Absatz 4 durch."
 - b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter "den Abstimmungsumschlägen" gestrichen.
- 22. In § 32 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe "(§ 3 Abs. 4)" durch die Wörter "nach § 3 Absatz 4 Satz 1 bis 3" ersetzt.
- 23. § 33 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe "Wahlausschreiben (§ 3 Abs. 4)" durch die Wörter "Abstimmungsausschreiben nach § 27 Absatz 3" ersetzt.
 - b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
 - "Für die schriftliche Stimmabgabe gelten § 28 Absatz 1 Satz 2 bis 4 und Absatz 2 sowie § 11 Absatz 4 entsprechend."
 - bb) In Satz 2 wird die Angabe "§ 30 Abs. 2" durch die Angabe "§ 30 Absatz 3" ersetzt.
 - c) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

"Ist die schriftliche Stimmabgabe ordnungsgemäß erfolgt (Absatz 4 Satz 2), so vermerkt der Wahlvorstand die Stimmabgabe in der Abstimmungsliste, öffnet die Abstimmungsumschläge und legt die Abstimmungszettel in die Wahlurne."

- bb) Satz 3 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 11 Absatz 1 Satz 3 und 4 sowie Absatz 5, § 30 Absatz 5, § 31 Absatz 1 Satz 1 und § 32 gelten entsprechend."
- 24. In § 34 Nummer 5 wird die Angabe "(§ 23 Abs. 2 Satz 1)" durch die Wörter "(§ 23 Absatz 3 Satz 1)" ersetzt.

- 25. § 40 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Wortlaut wird Absatz 1.
 - b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:
 - "(2) Mit der Bestimmung des letzten Tages einer Frist nach Absatz 1 kann der Wahlvorstand eine Uhrzeit festlegen, bis zu der ihm Erklärungen nach § 4 Absatz 1, § 5 Absatz 1 und 7 Satz 2, § 7 Absatz 2 sowie § 8 Absatz 1 Satz 1

zugehen müssen. Diese Uhrzeit darf nicht vor dem Ende der Arbeitszeit der Mehrheit der Wähler an diesem Tag liegen."

26. § 41 wird aufgehoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 20. Januar 2022

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil



Verordnung zur Änderung der Atomrechtlichen Deckungsvorsorge-Verordnung

Vom 20. Januar 2022

Auf Grund der §§ 12a, 13 Absatz 3 in Verbindung mit § 54 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 des Atomgesetzes, von denen § 12a zuletzt durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes vom 29. August 2008 (BGBI. I S. 1793; 2022 I S. 14), § 13 Absatz 3 Satz 2 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 15 des Gesetzes vom 22. April 2002 (BGBI. I S. 1351) und § 54 Absatz 1 Satz 1 zuletzt durch Artikel 3 Nummer 20 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBI. I S. 1966) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Änderung der Atomrechtlichen Deckungsvorsorge-Verordnung

Die Atomrechtliche Deckungsvorsorge-Verordnung vom 25. Januar 1977 (BGBI. I S. 220), die zuletzt durch Artikel 13 der Verordnung vom 29. November 2018 (BGBI. I S. 2034; 2021 I S. 5261) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 8 werden die folgenden Angaben eingefügt:

"Beförderung von Kernmaterialien § 8a

Deckung bei Schäden gemäß § 26 Absatz 1a des Atomgesetzes § 8b".

b) Die Angabe zu § 11 wird wie folgt gefasst:

"Sonstige Kernanlagen § 11".

c) Die Angabe zu § 12 wird wie folgt gefasst:

"Stilllegung von Kernanlagen § 12".

 d) Nach der Angabe zu § 12 wird folgende Angabe eingefügt:

"Kernanlagen in fortgeschrittener Stilllegung

§ 12a".

- e) Die Angabe zu § 20 wird wie folgt gefasst:
 - "Neufestsetzung der Deckungsvorsorge § 20".
- f) Die Angabe zu § 21 wird wie folgt gefasst:

"(weggefallen)

§ 21".

g) Nach der Angabe zu § 22 werden die folgenden Angaben eingefügt:

"Anlage 1

Anlage 2

Anlage 3

Anlage 4

Anlage 5

Anlage 6".

- 2. § 3 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
 - "Von einem Dritten, der seinen Hauptwohnsitz oder seine geschäftliche Hauptniederlassung im Ausland hat, kann eine sonstige finanzielle Sicherheit nur übernommen werden, wenn der Dritte entweder für die Dauer seiner Verpflichtung im Inland hinreichende Vermögenswerte zur Abdeckung seiner Verpflichtung besitzt oder wenn sichergestellt ist, dass die Entscheidung eines deutschen Gerichts über die Verpflichtung auf Grund einer völkerrechtlichen Vereinbarung in dem Staat vollstreckt werden kann, in dem sich hinreichendes Vermögen des Dritten befindet."
- 3. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
 - "(1) Bei einer Kernanlage muss sich die Deckungsvorsorge auf die gesetzlichen Schadensersatzverpflichtungen im Sinne des § 13 Absatz 5 des Atomgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBI. I S. 1565), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBI. I S. 3530) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fas-



sung erstrecken, die sich für den Inhaber der Kernanlage infolge eines nuklearen Ereignisses ergeben."

- b) In Absatz 3 werden jeweils die Wörter "außerhalb des Geltungsbereichs des Atomgesetzes" durch die Wörter "im Ausland" ersetzt.
- 4. In § 6 Nummer 4 werden die Wörter "1 vom Hundert" durch die Angabe "1 Prozent" ersetzt.
- 5. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Wortlaut wird Absatz 1.
 - b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:
 - "(2) Die Deckungssumme beträgt
 - im Fall des § 8a Absatz 1 nicht weniger als 80 Millionen Euro und höchstens 125 Millionen Euro.
 - im Fall des § 8b höchstens 125 Millionen Euro,
 - im Fall des § 9 Absatz 1 nicht weniger als 70 Millionen Euro und höchstens 2,5 Milliarden Euro,
 - in den Fällen des § 11 Absatz 1 und des § 12 Absatz 1 nicht weniger als 70 Millionen Euro und höchstens 500 Millionen Euro und
 - im Fall des § 11 Absatz 2 nicht weniger als 70 Millionen Euro und höchstens 700 Millionen Euro."
- 6. § 8 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden nach dem Wort "Euro" die Wörter ", sofern es sich bei der Landessammelstelle oder der sonstigen Einrichtung nicht um eine Kernanlage im Sinne von § 2 Absatz 4 des Atomgesetzes handelt" eingefügt.
 - bb) In Satz 2 werden nach dem Wort "Einrichtung" die Wörter "nach Satz 1" eingefügt.
 - b) Absatz 5 wird aufgehoben.
 - c) Absatz 6 wird Absatz 5.
 - d) Absatz 7 wird aufgehoben.
- 7. Nach § 8 werden die folgenden §§ 8a und 8b eingefügt:

"§ 8a

Beförderung von Kernmaterialien

- (1) Für die Beförderung von Kernmaterialien, die nicht auf Grund von Absatz 2 von der Anwendung des Pariser Übereinkommens ausgenommen sind, beträgt die Regeldeckungssumme 80 Millionen Euro und sie erhöht sich
- gemäß Anlage 3, wenn Kernbrennstoffe im Sinne des § 2 Absatz 1 Satz 2 des Atomgesetzes mit einer genehmigten Masse von mehr als 250 Kilogramm befördert werden,
- gemäß Anlage 4, wenn die genehmigte Gesamtaktivität im Verlauf der Beförderung das 10¹²fache der Freigrenzen nach Anlage 4 Tabelle 1 Spalte 2 der Strahlenschutzverordnung vom 29. November 2018 (BGBI. I S. 2034, 2036), die zuletzt durch Artikel 83 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBI. I S. 3436) geändert

worden ist, in der jeweils geltenden Fassung überschreitet.

Die Erhöhungsbeträge nach Anlage 3 und Anlage 4 sind getrennt zu ermitteln und sodann mit dem Betrag von 80 Millionen Euro zu einer Regeldeckungssumme von höchstens 125 Millionen Euro zusammenzurechnen.

- (2) Kernmaterialien, die von einem Inhaber einer Kernanlage an einen Empfänger zur Verwendung versandt werden, sind für den Zeitraum, in dem sie sich außerhalb einer Kernanlage befinden, von der Anwendung des Pariser Übereinkommens ausgenommen, wenn
- die Sendung die Festlegungen gemäß Anlage 5 erfüllt und
- die Kernmaterialien unter Beachtung der für den jeweiligen Verkehrsträger geltenden Rechtsvorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter befördert werden oder, falls solche Vorschriften fehlen, auf andere Weise die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Beförderung der Kernmaterialien getroffen ist.

Für die Anwendung der Anlage 5 sind die Begriffsbestimmungen der für den jeweiligen Verkehrsträger geltenden Rechtsvorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter zugrunde zu legen.

(3) Für die Beförderung von Kernmaterialien, die auf Grund von Absatz 2 von der Anwendung des Pariser Übereinkommens ausgenommen sind, ist § 8 Absatz 4 und 5 anzuwenden.

§ 8b

Deckung bei Schäden gemäß § 26 Absatz 1a des Atomgesetzes

Für die Bestimmung der Deckungsvorsorge bei Schäden gemäß § 26 Absatz 1a des Atomgesetzes gilt § 8a Absatz 1 entsprechend."

- 8. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Sätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

"Die Regeldeckungssumme beträgt für Reaktoren mit einer Höchstleistung von bis zu 25 Megawatt 70 Millionen Euro und für jedes weitere Megawatt 2,5 Millionen Euro bis zum Höchstbetrag von 2,5 Milliarden Euro. Die Regeldeckungssumme beträgt für Reaktoren 70 Millionen Euro erhöht um den auf Grund der genehmigten Masse der Kernbrennstoffe nach Anlage 3 ermittelten Betrag, sofern diese Berechnung einen höheren Wert als die Berechnung der Regeldeckungssumme nach Satz 1 ergibt."

- bb) Satz 4 wird aufgehoben.
- b) In Absatz 2 werden die Wörter "sofern die Anlagen eine gemeinsame Kernanlage im Sinne der Anlage 1 Abs. 1 Nr. 2, letzter Halbsatz, zum Atomgesetz bilden" durch die Wörter "sofern die Anlagen als eine Kernanlage im Sinne von § 2 Absatz 4 Satz 3 des Atomgesetzes gelten" ersetzt.



- c) In Absatz 3 wird die Angabe "oder 4" gestrichen und werden die Wörter "sofern die Anlagen eine gemeinsame Kernanlage im Sinne der Anlage 1 Abs. 1 Nr. 2 letzter Halbsatz zum Atomgesetz bilden" durch die Wörter "sofern die Anlagen als eine Kernanlage im Sinne von § 2 Absatz 4 Satz 3 des Atomgesetzes gelten" ersetzt.
- 9. Die §§ 11 und 12 werden wie folgt gefasst:

"§ 11

Sonstige Kernanlagen

- (1) Für Kernanlagen, die keine Reaktoren sind, beträgt die Regeldeckungssumme 70 Millionen Euro und sie erhöht sich
- gemäß Anlage 3, wenn in der Anlage mit Kernbrennstoffen im Sinne des § 2 Absatz 1 Satz 2 des Atomgesetzes mit einer genehmigten Masse von mehr als 250 Kilogramm umgegangen werden darf,
- gemäß Anlage 4, wenn die genehmigte Gesamtaktivität der Anlage das 10¹²fache der Freigrenzen nach Anlage 4 Tabelle 1 Spalte 2 der Strahlenschutzverordnung überschreitet.

Die Erhöhungsbeträge nach Anlage 3 und Anlage 4 sind getrennt zu ermitteln und sodann mit dem Betrag in Höhe von 70 Millionen Euro zu einer Regeldeckungssumme von höchstens 500 Millionen Euro zusammenzurechnen.

- (2) Darf der Inhaber einer Kernanlage bestrahlte Kernbrennstoffe aus Anlagen zur Spaltung von Kernbrennstoffen zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität lagern, gilt Absatz 1 mit der Maßgabe, dass die Regeldeckungssumme der Kernanlage höchstens 700 Millionen Euro beträgt.
- (3) Für Anlagen zur Erzeugung oder zur Bearbeitung oder Verarbeitung von Kernbrennstoffen, deren Regeldeckungssumme sich nach Absatz 1 bestimmt, gilt § 9 Absatz 2 entsprechend.

§ 12

Stilllegung von Kernanlagen

- (1) Wird eine Kernanlage stillgelegt oder in sonstiger Weise außer Betrieb gesetzt und befinden sich in der Anlage nur noch die aktivierten und kontaminierten Anlagenteile sowie radioaktive Stoffe zu Prüfzwecken, so beträgt die Regeldeckungssumme 70 Millionen Euro erhöht um den Betrag, der sich nach Maßgabe der in der Anlage noch vorhandenen Aktivität nach Anlage 4 bestimmt.
- (2) Sofern die Bestimmung der Aktivität wegen der Besonderheit des Einzelfalls nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, kann die Verwaltungsbehörde die Deckungssumme bis auf 5 Prozent der zuletzt vor der Stilllegung oder sonstigen Außerbetriebsetzung festgesetzten Deckungssumme ermäßigen, wenn die ermäßigte Deckungssumme nicht weniger als 70 Millionen Euro beträgt."

10. Nach § 12 wird folgender § 12a eingefügt:

"§ 12a

Kernanlagen in fortgeschrittener Stilllegung

- (1) Die zuständige Behörde nimmt auf Antrag des Inhabers eine Kernanlage in Stilllegung, in der sich nur noch die aktivierten und kontaminierten Anlagenteile und radioaktive Stoffe zu Prüfzwecken befinden, von der Anwendung des Pariser Übereinkommens aus, wenn
- die Anlage die aktivitätsbezogenen Festlegungen gemäß Anlage 6 einhält und
- die mit der Anlage verbundene Exposition einer repräsentativen Person der Bevölkerung bei einem Ereignis, das zu einer unbeabsichtigten Exposition führt, ohne weitere Schutzmaßnahmen eine effektive Dosis von 1 Millisievert im Kalenderjahr nicht überschreitet.
- (2) Für Kernanlagen, die auf Grund von Absatz 1 von der Anwendung des Pariser Übereinkommens ausgenommen sind, bestimmt sich die Regeldeckungssumme nach Maßgabe der in der Anlage noch vorhandenen Aktivität nach Anlage 2 Spalte 3. Sofern die Bestimmung der Aktivität wegen der Besonderheit des Einzelfalls nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, kann die Verwaltungsbehörde die Deckungssumme bis auf 3,5 Millionen Euro ermäßigen."
- 11. In § 13 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort "Positronen-Emissionen-Tomographie" durch die Wörter "Erzeugung von Radioisotopen zur Verwendung für die Positronen-Emissions-Tomographie oder Einzel-Photonen-Emissions-Tomographie" ersetzt.
- 12. § 16 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
 - "(1) Ist die Regeldeckungssumme nach den Umständen des Einzelfalls nicht angemessen, so kann die Verwaltungsbehörde die Deckungssumme im Rahmen der Höchstgrenze des § 13 Absatz 3 Satz 2 des Atomgesetzes und unter Beachtung der Höchst- und Mindestgrenzen nach § 7 Absatz 2 bis auf das Zweifache der Regeldeckungssumme erhöhen oder bis auf ein Drittel der Regeldeckungssumme ermäßigen."
- 13. § 20 wird wie folgt gefasst:

"§ 20

Neufestsetzung der Deckungsvorsorge

Entspricht die Deckungsvorsorge für eine vor Inkrafttreten dieser Verordnung genehmigte Tätigkeit nicht mehr den Anforderungen dieser Verordnung, so ist die Deckungsvorsorge bei der nächsten Festsetzung nach § 13 Absatz 1 Satz 2 des Atomgesetzes neu festzusetzen, wobei die Neufestsetzung für Kernanlagen und für die Beförderung von Kernmaterialien spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung und in den sonstigen Fällen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung zu erfolgen hat."

14. Der Anlage 2 werden die folgenden Anlagen 3 bis 6 angefügt:

"Anlage 3

(zu § 8a Absatz 1, § 9 Absatz 1, § 11 Absatz 1 und 2)

Massenabhängige Erhöhungsbeträge zur Ermittlung der Regeldeckungssumme für die Beförderung von Kernmaterialien und für Kernanlagen in Millionen Euro

Masse der Kernbrennstoffe ¹ im Sinne von § 2 Absatz 1 Satz 2 des Atomgesetzes	Erhöhungsbeträge
über 250 bis 1 000 Kilogramm für jedes weitere angefangene Kilogramm	0,0064
über 1 000 bis 5 000 Kilogramm für jedes weitere angefangene Kilogramm	0,0056
über 5 000 bis 10 000 Kilogramm für jedes weitere angefangene Kilogramm	0,0048
über 10 000 Kilogramm bis 30 000 Kilogramm für jedes weitere angefangene Kilogramm	0,004
über 30 000 Kilogramm bis 60 000 Kilogramm für jedes weitere angefangene Kilogramm	0,0032
über 60 000 Kilogramm für jedes weitere angefangene Kilogramm	0,0024

¹ Bei der Berechnung der Masse der Kernbrennstoffe ist nur der Massengehalt von Plutonium 239, Plutonium 241, Uran 233 und Uran 235 zu berücksichtigen. Bei bestrahlten Kernbrennstoffen ist bei der Berechnung der vor der Bestrahlung vorhandene Massengehalt dieser Stoffe maßgeblich.

Anlage 4

(zu § 8a Absatz 1, § 11 Absatz 1 und 2, § 12 Absatz 1)

Aktivitätsabhängige Erhöhungsbeträge zur Ermittlung der Regeldeckungssumme für die Beförderung von Kernmaterialien, für sonstige Kernanlagen und Kernanlagen in Stilllegung in Millionen Euro

Gesamtaktivität, angegeben in Vielfachen der Freigrenzen ¹ nach Anlage 4 Tabelle 1 Spalte 2 der Strahlenschutzverordnung	Erhöhungsbeträge
vom 10 ¹² fachen bis zum 10 ¹³ fachen	bis 10
vom 10 ¹³ fachen bis zum 10 ¹⁴ fachen	10 bis 30
vom 10 ¹⁴ fachen bis zum 10 ¹⁵ fachen	30 bis 70
vom 10 ¹⁵ fachen bis zum 10 ¹⁶ fachen	70 bis 140
vom 10 ¹⁶ fachen bis zum 10 ¹⁷ fachen	140 bis 280
über dem 10 ¹⁷ fachen	280 bis 460

¹ Ist die Bestimmung des Vielfachen der Freigrenzen wegen der Besonderheit des Einzelfalls nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich, so beträgt die Freigrenze für die Ermittlung der Gesamtaktivität 5 Kilobecquerel.

Anlage 5

(zu § 8a Absatz 2)

Festlegungen zum Ausschluss kleiner Mengen

von Kernmaterialien außerhalb einer Kernanlage von der Anwendung des Pariser Übereinkommens

Teil A: Allgemeines

Für Sendungen, die Radionuklide enthalten, gilt, vorbehaltlich des für Sendungen spaltbarer Stoffe ergänzend anzuwendenden Teils B, Folgendes:

1. Enthält eine Sendung ein Radionuklid, so darf die Gesamtaktivität je Beförderungsmittel das Hundertfache des A₂-Wertes des Radionuklids nicht überschreiten. Für das Radionuklid ist der jeweilige A₂-Wert gemäß Tabelle 1 zugrunde zu legen, sofern die Art und die Aktivität des Radionuklids bekannt sind. Andernfalls ist für das vorkommende Radionuklid der jeweilige A₂-Wert gemäß Tabelle 2 zugrunde zu legen.



 Enthält eine Sendung mehrere Radionuklide, so darf die Summe der Verhältniszahlen aus der Aktivität B(i) und dem Hundertfachen der jeweiligen A₂(i)-Werte der einzelnen Radionuklide (Summenformel) den Wert 1 je Beförderungsmittel nicht überschreiten:

$$\sum_{i} \frac{B(i)}{100 \times A_2(i)} < 1,$$

wobei B(i) die Aktivität des Radionuklids i und A_2 (i) der A_2 Wert des Radionuklids i ist. Für die Berechnung sind für die Radionuklide die jeweiligen A_2 -Werte gemäß Tabelle 1 zugrunde zu legen, sofern die Art und die Aktivität der Radionuklide bekannt sind. Andernfalls sind für die vorkommenden Radionuklide die jeweiligen A_2 -Werte gemäß Tabelle 2 zugrunde zu legen.

Teil B: Sendungen spaltbarer Stoffe

Eine Sendung, die spaltbare Stoffe enthält, muss die Voraussetzungen gemäß Teil A erfüllen und die spaltbaren Stoffe müssen auf Grund der für den jeweiligen Verkehrsträger geltenden Rechtsvorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter von der Klassifizierung "SPALTBAR" freigestellt sein.

Tabelle 1

Tubelle 1		
Radionuklid (Atomzahl)	A ₂ (TBq)	
Actinium (89) Ac-225 Ac-227 Ac-228	6 × 10 ⁻³ 9 × 10 ⁻⁵ 5 × 10 ⁻¹	
Silber (47) Ag-105 Ag-108m Ag-110m Ag-111	2 × 10 ⁰ 7 × 10 ⁻¹ 4 × 10 ⁻¹ 6 × 10 ⁻¹	
Aluminium (13) Al-26	1 × 10 ⁻¹	
Americium (95) Am-241 Am-242m Am-243	1 × 10 ⁻³ 1 × 10 ⁻³ 1 × 10 ⁻³	
Argon (18) Ar-37 Ar-39 Ar-41	4 × 10 ¹ 2 × 10 ¹ 3 × 10 ⁻¹	
Arsen (33)	3 × 10 ⁻¹ 4 × 10 ¹ 9 × 10 ⁻¹ 3 × 10 ⁻¹ 7 × 10 ⁻¹	
Astat (85) At-211	5 × 10 ⁻¹	
Gold (79) Au-193 Au-194 Au-195 Au-198 Au-199	2 × 10 ⁰ 1 × 10 ⁰ 6 × 10 ⁰ 6 × 10 ⁻¹ 6 × 10 ⁻¹	
Barium (56) Ba-131 Ba-133 Ba-133m Ba-140	2 × 10 ⁰ 3 × 10 ⁰ 6 × 10 ⁻¹ 3 × 10 ⁻¹	
Beryllium (4) Be-7 Be-10	2 × 10 ¹ 6 × 10 ⁻¹	

Radionuklid (Atomzahl)	A ₂ (TBq)
Bismut (83) Bi-205 Bi-206 Bi-207 Bi-210 Bi-210m Bi-212	7 × 10 ⁻¹ 3 × 10 ⁻¹ 7 × 10 ⁻¹ 6 × 10 ⁻¹ 2 × 10 ⁻² 6 × 10 ⁻¹
Berkelium (97) Bk-247 Bk-249	8 × 10 ⁻⁴ 3 × 10 ⁻¹
Brom (35) Br-76 Br-77 Br-82	4 × 10 ⁻¹ 3 × 10 ⁰ 4 × 10 ⁻¹
Kohlenstoff (6) C-11 C-14	6×10^{-1} 3×10^{0}
Calcium (20) Ca-41 Ca-45 Ca-47	unbegrenzt 1 × 10 ⁰ 3 × 10 ⁻¹
Cadmium (48) Cd-109 Cd-113m Cd-115 Cd-115m	2 × 10 ⁰ 5 × 10 ⁻¹ 4 × 10 ⁻¹ 5 × 10 ⁻¹
Cerium (58) Ce-139 Ce-141 Ce-143 Ce-144	2 × 10 ⁰ 6 × 10 ⁻¹ 6 × 10 ⁻¹ 2 × 10 ⁻¹
Californium (98)	6 × 10 ⁻³ 8 × 10 ⁻⁴ 2 × 10 ⁻³ 7 × 10 ⁻⁴ 3 × 10 ⁻³ 4 × 10 ⁻² 1 × 10 ⁻³
Chlor (17) Cl-36 Cl-38	6 × 10 ⁻¹ 2 × 10 ⁻¹
Curium (96)	2 × 10 ⁻² 1 × 10 ⁰ 1 × 10 ⁻² 1 × 10 ⁻³ 2 × 10 ⁻³ 9 × 10 ⁻⁴ 9 × 10 ⁻⁴ 1 × 10 ⁻³ 3 × 10 ⁻⁴
Cobalt (27)	5×10^{-1} 3×10^{-1} 1×10^{1} 1×10^{0} 4×10^{1} 4×10^{-1}

Radionuklid (Atomzahl)	A ₂ (TBq)
Chrom (24) Cr-51	3 × 10¹
Caesium (55)	4 × 10 ⁰ 3 × 10 ¹ 1 × 10 ⁰ 7 × 10 ⁻¹ 6 × 10 ⁻¹ 1 × 10 ⁰ 5 × 10 ⁻¹ 6 × 10 ⁻¹
Kupfer (29) Cu-64 Cu-67	1 × 10 ⁰ 7 × 10 ⁻¹
Dysprosium (66) Dy-159 Dy-165 Dy-166	2 × 10 ⁻¹ 6 × 10 ⁻¹ 3 × 10 ⁻¹
Erbium (68) Er-169 Er-171	1 × 10 ⁰ 5 × 10 ⁻¹
Europium (63) Eu-147 Eu-148 Eu-149 Eu-150 (kurzlebig) Eu-150 (langlebig) Eu-152 Eu-152m Eu-154 Eu-155 Eu-156	2×10^{0} 5×10^{-1} 2×10^{1} 7×10^{-1} 7×10^{-1} 1×10^{0} 8×10^{-1} 6×10^{-1} 3×10^{0} 7×10^{-1}
Fluor (9) F-18	6 × 10 ⁻¹
Eisen (26) Fe-52 Fe-55 Fe-59 Fe-60	3 × 10 ⁻¹ 4 × 10 ¹ 9 × 10 ⁻¹ 2 × 10 ⁻¹
Gallium (31) Ga-67 Ga-68 Ga-72	3 × 10 ⁰ 5 × 10 ⁻¹ 4 × 10 ⁻¹
Gadolinium (64) Gd-146 Gd-148 Gd-153 Gd-159	5 × 10 ⁻¹ 2 × 10 ⁻³ 9 × 10 ⁰ 6 × 10 ⁻¹
Germanium (32) Ge-68 Ge-71 Ge-77	5 × 10 ⁻¹ 4 × 10 ¹ 3 × 10 ⁻¹
Hafnium (72) Hf-172 Hf-175 Hf-181 Hf-182	6×10^{-1} 3×10^{0} 5×10^{-1} unbegrenzt
Quecksilber (80) Hg-194 Hg-195m	1 × 10 ⁰ 7 × 10 ⁻¹

Radionuklid (Atomzahl)	A ₂ (TBq)
Hg-197	1 × 10 ¹
Hg-197m	4 × 10 ⁻¹
Hg-203	1 × 10°
Holmium (67)	
Ho-166	4×10^{-1}
Ho-166m	5 × 10 ⁻¹
lod (53)	
I-123	3×10^{0}
I-124 I-125	1 × 10 ⁰ 3 × 10 ⁰
I-125	1 × 10°
I-129	unbegrenzt
I-131	7 × 10 ⁻¹
I-132 I-133	4 × 10 ^{−1} 6 × 10 ^{−1}
I-134	3 × 10 ⁻¹
I-135	6×10^{-1}
Indium (49)	
In-111	3 × 10 ⁰
In-113m	2×10^{0}
In-114m In-115m	5 × 10 ^{−1} 1 × 10 ⁰
	1 × 10-
Iridium (77)	4 401
Ir-189 Ir-190	1 × 10 ¹ 7 × 10 ⁻¹
Ir-192	6 × 10 ⁻¹
lr-194	3 × 10 ⁻¹
Kalium (19)	
K-40	9 × 10 ⁻¹
K-42	2 × 10 ⁻¹
K-43	6 × 10 ⁻¹
Krypton (36)	
Kr-79	2 x 10 ⁰
Kr-81 Kr-85	4×10^{1} 1×10^{1}
Kr-85m	$3 \times 10^{\circ}$
Kr-87	2 × 10 ⁻¹
Lanthan (57)	
La-137	6 × 10 ⁰
La-140	4 × 10 ⁻¹
Lutetium (71)	
Lu-172	6×10^{-1}
Lu-173 Lu-174	8 × 10 ⁰ 9 × 10 ⁰
Lu-174 Lu-174m	9 × 10° 1 × 10¹
Lu-177	7×10^{-1}
Magnesium (12)	
Mg-28	3 × 10 ⁻¹
Mangan (25) Mn-52	3 × 10 ⁻¹
Mn-53	unbegrenzt
Mn-54	1 × 10 ⁰
Mn-56	3 × 10 ⁻¹
Molybdän (42)	
Mo-93 Mo-99	2 × 10 ¹ 6 × 10 ⁻¹
	0 x 10 ·
Stickstoff (7)	6 10-1
N-13	6 × 10 ⁻¹

Radionuklid (Atomzahl)	A ₂ (TBq)
Natrium (11) Na-22 Na-24	5 × 10 ⁻¹ 2 × 10 ⁻¹
Niob (41) Nb-93m Nb-94 Nb-95 Nb-97	3 × 10 ¹ 7 × 10 ⁻¹ 1 × 10 ⁰ 6 × 10 ⁻¹
Neodym (60) Nd-147 Nd-149	6 × 10 ⁻¹ 5 × 10 ⁻¹
Nickel (28) Ni-59 Ni-63 Ni-65	unbegrenzt 3 × 10 ¹ 4 × 10 ⁻¹
Neptunium (93) Np-235 Np-236 (kurzlebig) Np-236 (langlebig) Np-237 Np-239	4×10^{1} 2×10^{0} 2×10^{-2} 2×10^{-3} 4×10^{-1}
Osmium (76)	$\begin{array}{c} 1 \times 10^{0} \\ 2 \times 10^{0} \\ 3 \times 10^{1} \\ 6 \times 10^{-1} \\ 3 \times 10^{-1} \end{array}$
Phosphor (15) P-32 P-33	5 × 10 ⁻¹ 1 × 10 ⁰
Protactinium (91) Pa-230 Pa-231 Pa-233	7 × 10 ⁻² 4 × 10 ⁻⁴ 7 × 10 ⁻¹
Blei (82) Pb-201 Pb-202 Pb-203 Pb-205 Pb-210 Pb-212	1×10^{0} 2×10^{1} 3×10^{0} unbegrenzt 5×10^{-2} 2×10^{-1}
Palladium (46) Pd-103 Pd-107 Pd-109	4×10^{1} unbegrenzt 5×10^{-1}
Promethium (61) Pm-143 Pm-144 Pm-145 Pm-147 Pm-148m Pm-149 Pm-151	3×10^{0} 7×10^{-1} 1×10^{1} 2×10^{0} 7×10^{-1} 6×10^{-1} 6×10^{-1}
Polonium (84) Po-210	2 × 10 ⁻²
Praseodym (59) Pr-142 Pr-143	4 × 10 ⁻¹ 6 × 10 ⁻¹

Radionuklid (Atomzahl)	A ₂ (TBq)
Platin (78)	
Pt-188	8 × 10 ⁻¹
Pt-191	3 × 10°
Pt-193	4×10^{1}
Pt-193m	5 × 10 ⁻¹
Pt-195m	5 × 10 ⁻¹
Pt-197	6 × 10 ⁻¹
Pt-197m	6 × 10 ⁻¹
1110/111	0 × 10
Plutonium (94)	
Pu-236	3 × 10 ⁻³
Pu-237	2 × 10 ¹
Pu-238	1 × 10 ⁻³
Pu-239	1 × 10 ⁻³
Pu-240	1 × 10 ⁻³
Pu-241	6 × 10 ⁻²
Pu-242	1 × 10 ⁻³
	1 × 10 ⁻³
Pu-244	1 x 10 °
Radium (88)	
Ra-223	7 × 10 ⁻³
Ra-224	2 × 10 ⁻²
Ra-225	4 × 10 ⁻³
Ra-226	3 × 10 ⁻³
Ra-228	2 × 10 ⁻²
114 225	
Rubidium (37)	
Rb-81	8 × 10 ⁻¹
Rb-83	2 × 10 ⁰
Rb-84	1 × 10°
Rb-86	5 × 10 ⁻¹
Rb-87	unbegrenzt
Rb (natürlich)	unbegrenzt
no (naturion)	unbegrenzt
Rhenium (75)	
Re-184	1 × 10°
Re-184m	1 × 10°
Re-186	6 × 10 ⁻¹
Re-187	unbegrenzt
Re-188	4×10^{-1}
Re-189	6 × 10 ⁻¹
_ ,	_
Re (natürlich)	unbegrenzt
Rhodium (45)	
Rh-99	2 × 10 ⁰
Rh-101	3 × 10 ⁰
Rh-102	5 × 10 ⁻¹
Rh-102m	2 × 10 ⁰
Rh-103m	4×10^{1}
Rh-105	8 × 10 ⁻¹
1111-100	0 ^ 10
Radon (86)	
Rn-222	4 × 10 ⁻³
1 111 222	1 7 10
Ruthenium (44)	
Ru-97	5 × 10°
Ru-103	2 × 10°
Ru-105	6 × 10 ⁻¹
Ru-106	2 × 10 ⁻¹
110 100	2 ~ 10
Schwefel (16)	
S-35	3 × 10 ⁰
	0 ^ 10
Antimon (51)	
Sb-122	4 × 10 ⁻¹
Sb-122 Sb-124	6 × 10 ⁻¹
Sb-125	1 × 10°
Sb-125 Sb-126	4 × 10 ⁻¹
JU-120	4 × 10 ·

Radionuklid (Atomzahl)	A ₂
	(TBq)
Scandium (21) Sc-44 Sc-46 Sc-47	5 × 10 ⁻¹ 5 × 10 ⁻¹ 7 × 10 ⁻¹
Sc-48	3 × 10 ⁻¹
Selen (34) Se-75 Se-79	3 × 10 ⁰ 2 × 10 ⁰
Silicium (14) Si-31 Si-32	6 × 10 ⁻¹ 5 × 10 ⁻¹
Samarium (62) Sm-145 Sm-147 Sm-151 Sm-153	1 × 10 ¹ unbegrenzt 1 × 10 ¹ 6 × 10 ⁻¹
Zinn (50) Sn-113 Sn-117m Sn-119m Sn-121m Sn-123 Sn-125 Sn-126	2×10^{0} 4×10^{-1} 3×10^{1} 9×10^{-1} 6×10^{-1} 4×10^{-1} 4×10^{-1}
Strontium (38)	2 × 10 ⁻¹ 2 × 10 ⁰ 5 × 10 ⁰ 3 × 10 ⁰ 6 × 10 ⁻¹ 3 × 10 ⁻¹ 3 × 10 ⁻¹ 3 × 10 ⁻¹
Tritium (1) T(H-3)	4 × 10¹
Tantal (73) Ta-178 (langlebig) Ta-179 Ta-182	8 × 10 ⁻¹ 3 × 10 ¹ 5 × 10 ⁻¹
Terbium (65) Tb-157 Tb-158 Tb-160	4×10^{1} 1×10^{0} 6×10^{-1}
Technetium (43)	2×10^{0} 4×10^{-1} 4×10^{-1} unbegrenzt 1×10^{0} 7×10^{-1} 9×10^{-1} 4×10^{0}
Tellur (52) Te-121 Te-121m Te-123m Te-125m Te-127 Te-127m Te-129	2×10^{0} 3×10^{0} 1×10^{0} 9×10^{-1} 7×10^{-1} 5×10^{-1} 6×10^{-1}

Te-129m	Radionuklid (Atomzahl)	A ₂
Te-131m Te-132 Thorium (90) Th-227 Th-228 Th-229 Th-229 Th-230 Th-230 Th-230 Th-231 Th-231 Th-231 Th-232 Th-231 Th-232 Th-232 Th-232 Th-234 Th-34 Th (natulich) unbegrenzt Tata (22) Ti-44 Thallium (81) Ti-200 Ti-201 Ti-201 Ti-201 Ti-201 Ti-204 Ti-201 Ti-204 Ti-201 Ti-204 Ti-101 Ti-202 Ti-204 Ti-101 Ti-203 (schnelle Lungenabsorption) ^(a) U-230 (schnelle Lungenabsorption) ^(b) U-232 (intitiere Lungenabsorption) ^(b) U-232 (intitiere Lungenabsorption) ^(b) U-232 (intigenabsorption) ^(b) U-232 (intitiere Lungenabsorption) ^(b) U-233 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-234 (schnelle Lungenabsorption) ^(b) U-235 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-236 (schnelle Lungenabsorption) ^(b) U-237 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-238 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-238 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-239 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-230 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-236 (schnelle Lungenabsorption) ^(b) U-236 (schnelle Lungenabsorption) ^(b) U-236 (schnelle Lungenabsorption) ^(b) U-236 (schnelle Lungenabsorption) ^(b) U-238 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-239 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-230 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-231 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-232 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-235 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-236 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-237 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-238 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-239 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-230 (intitlere Lungenabsorption) ^(b) U-230 (intitlere Lungenabsorption)		(TBq)
Te-132 Thorium (90) Th-227 Th-227 Th-227 Th-228 Th-229 Th-239 Th-231 Th-231 Th-231 Th-231 Th-232 Th-232 Th-234 Th (nattritch) Transcript (1 at 10 at 1		
Th-228 Th-228 Th-229 Th-230 Th-230 Th-231 Th-231 Th-232 Th-234 Th-232 Th-234 Th (nattrich) Thattrich) Titan (22) Ti-44 Thallum (81) Titan (22) Ti-44 Thallum (81) Titan (82) Ti-201 Titan (81) Titan (82) Ti-201 Titan (81) Titan (81) Titan (82) Titan (81) Titan (81) Titan (82) Titan (81) Titan (81) Titan (81) Titan (81) Titan (82) Titan (81) Titan (82) Titan (81) Titan (81) Titan (82) Titan (83) Titan (84) Titan (85) Titan (86) Titan (87) Titan (88) Titan (89) Titan (89) Titan (80) Titan (80) Titan (81) Titan (82) Titan (84)		
Th-228 Th-228 Th-229 Th-230 Th-230 Th-231 Th-231 Th-232 Th-234 Th-232 Th-234 Th (nattrich) Thattrich) Titan (22) Ti-44 Thallum (81) Titan (22) Ti-44 Thallum (81) Titan (82) Ti-201 Titan (81) Titan (82) Ti-201 Titan (81) Titan (81) Titan (82) Titan (81) Titan (81) Titan (82) Titan (81) Titan (81) Titan (81) Titan (81) Titan (82) Titan (81) Titan (82) Titan (81) Titan (81) Titan (82) Titan (83) Titan (84) Titan (85) Titan (86) Titan (87) Titan (88) Titan (89) Titan (89) Titan (80) Titan (80) Titan (81) Titan (82) Titan (84)	Thorium (90)	
Th-239 Th-230 Th-231 Th-232 Th-234 Th-234 Th (naturich) Thating(2) Ti-44 Thallium (81) Ti-200 Ti-201 Ti-201 Ti-201 Ti-202 Ti-204 Ti-202 Ti-204 Ti-205 Ti-207 Ti-107 Ti-17		5 × 10 ⁻³
Th-230 Th-231 Th-232 Th-232 Th-232 Th-232 Th-232 Th-234 Th (natürlich) Titan (22) Tit-44 Thallium (81) T1-200 T1-201 T1-201 T1-201 T1-202 T1-204 Th-230 Th-1-204 Thulium (69) Tm-167 Tm-170 Tm-177 Thulium (69) Tm-167 Tm-170 Uran (92) U-230 (schnelle Lungenabsorption)(6) U-230 (intitlere Lungenabsorption)(6) U-233 (schnelle Lungenabsorption)(6) U-233 (intitlere Lungenabsorption)(6) U-233 (schnelle Lungenabsorption)(6) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(6) U-235 (schnelle Lungenabsorption)(6) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(7) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(8) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(Th-228	
Th-231 Th-232 Th-234 Th-234 Th (natürlich) The discrete form of the property o		
Th-232 Th-234 Th (natürlich) Titan (22) Tit-44 Th (natürlich) Titan (22) Tit-44 Thallium (81) Ti-200 Tit-201 Tit-201 Tit-201 Tit-201 Tit-202 Tit-204 Tit-202 Tit-204 Tit-201 Tit-204 Thullium (69) Tit-104 Thullium (69) Tit-170 Thullium (69) Tit-171 Tut-171 Tut-171 Tut-171 Tut-171 Tut-171 Tut-171 Tut-171 Tut-171 Tut-230 (sharelle Lungenabsorption)(s) U-230 (schelle Lungenabsorption)(s) U-232 (schelle Lungenabsorption)(s) Tut-232 (gargame Lungenabsorption)(s) Tut-233 (mittlere Lungenabsorption)(s) Tut-233 (mittlere Lungenabsorption)(s) Tut-233 (mittlere Lungenabsorption)(s) Tut-234 (schnelle Lungenabsorption)(s) Tut-234 (schnelle Lungenabsorption)(s) Tut-235 (alle Lungenabsorption)(s) Tut-234 (schnelle Lungenabsorption)(s) Tut-234 (schnelle Lungenabsorption)(s) Tut-235 (alle Lungenabsorption)(s) Tut-236 (schnelle Lungenabsorpti		
Titan (22) Titan (22) Tita4		
Titan (22) Ti-44 Thallium (81) Ti-200 Ti-201 Ti-201 Ti-201 Ti-202 Ti-204 Ti-204 Ti-204 Ti-204 Ti-204 Ti-205 Ti-204 Ti-204 Ti-207 Ti-207 Ti-204 Ti-207 Ti-167 Tim-167 Tim-170		
Ti-44 Thallium (811) Ti-200 Ti-201 Ti-201 Ti-202 Ti-204 Ti-204 Ti-202 Ti-204 Ti-207 Ti-207 Ti-207 Ti-207 Ti-207 Ti-208 Ti-208 Ti-209 Ti	In (naturiicn)	unbegrenzt
T1-200		4 × 10 ⁻¹
TI-200 TI-201 TI-201 TI-202 TI-202 TI-204 TI-203 TI-204 TThillium (69) Tm-167 Tm-170 Tm-177 Tm-177 Uran (92) U-230 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-230 (inittiere Lungenabsorption)(a) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(b) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(b) U-232 (inittiere Lungenabsorption)(b) U-232 (inittiere Lungenabsorption)(b) U-233 (inittiere Lungenabsorption)(b) U-233 (inittiere Lungenabsorption)(c) U-233 (inittiere Lungenabsorption)(c) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-235 (initiere Lungenabsorption)(c) U-236	Thallium (81)	
TI-202 TI-204 TI-204 TI-204 TI-204 TI-204 TI-204 TI-204 TI-207 TI	TI-200	
Th-Iulium (69) Tm-167 Tm-170 Tm-170 Tm-171 Uran (92) U-230 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(b) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(b) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(b) U-232 (inittlere Lungenabsorption)(b) U-232 (inittlere Lungenabsorption)(b) U-233 (schnelle Lungenabsorption)(b) U-233 (schnelle Lungenabsorption)(b) U-234 (inittlere Lungenabsorption)(c) U-233 (inittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-235 (alle Lungenabsorption)(c) U-236 (schnelle Lungenabsorpti		
Thullium (69)		
Tm-167		3
Tm-170		8 × 10 ⁻¹
Uran (92) U-230 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-230 (mittlere Lungenabsorption)(b) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(b) U-232 (mittlere Lungenabsorption)(b) U-232 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-232 (langsame Lungenabsorption)(c) U-233 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-233 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-233 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-233 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-235 (alle Lungenabsorption)(c) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-236 (alngsame Lungenabsorption)(c) U-236 (alngsame Lungenabsorption)(c) U-238 (alle Lungenabsorption)(c) U-238 (alle Lungenabsorption)(c) U-238 (alle Lungenabsorption)(c) U (natürlich) U (natürlich) U (angereichert bis maximal 20 %)(d) U (angereichert) U (abgereichert)	Tm-170	6 × 10 ⁻¹
U-230 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-230 (mittlere Lungenabsorption)(b) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-232 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-232 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-232 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-233 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-233 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-233 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-233 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-235 (alle Lungenabsorption)(c) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-238 (alle Lungenabsorption)(c) U-240 (angenetation)(c) U-250 (angenetation)(c) U-26 (angenetation)(c) U-270 (angenetation)(c) U-280 (angenetation)(c) U-290	Tm-171	4 × 10 ¹
U-230 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-232 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-232 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-232 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-233 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-233 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-233 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-233 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (langsame Lungenabsorption)(c) U-235 (alle Lungenabsorption)(c) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-238 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-237 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-238 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-235 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-24 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-25 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-25 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-26 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-27 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-28 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-24 (unbegrenzt U-25 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-25 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-26 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-27 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-28 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-28 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-29 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-24 (unbegrenzt U-25 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-26 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-27 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-28 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-29 (mittlere Lungenabsorption)(c)		
U-230 (langsame Lungenabsorption)(c) U-232 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-232 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-232 (langsame Lungenabsorption)(c) U-233 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-233 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-233 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-235 (alle Lungenabsorption)(c) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-238 (langsame Lungenabsorption)(c) U-238 (alle Lungenabsorption)(c) U-248 (alle Lungenabsorption)(c) U-248 (alle Lungenabsorption)(c) U-258 (alle Lungenabsorption)(c) U-26 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-27 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-28 (langsame Lungenabsorption)(c) U-296 (schnelle		
U-232 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-232 (langsame Lungenabsorption)(c) U-233 (schnelle Lungenabsorption)(d) U-233 (mittlere Lungenabsorption)(d) U-233 (mittlere Lungenabsorption)(d) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(d) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(d) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(d) U-234 (langsame Lungenabsorption)(d) U-235 (alle Lungenabsorption)(d) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(d) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(d) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(d) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(d) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(d) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(d) U-236 (langsame Lungenabsorption)(d) U-236 (langsame Lungenabsorption)(d) U-238 (alle Lungenabsorption)(d) U-236 (mittlere Lungenab		
U-232 (langsame Lungenabsorption)(c) U-233 (schnelle Lungenabsorption)(d) U-233 (langsame Lungenabsorption)(d) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(d) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(d) U-234 (langsame Lungenabsorption)(d) U-234 (langsame Lungenabsorption)(d) U-234 (langsame Lungenabsorption)(d) U-234 (langsame Lungenabsorption)(d) U-235 (alle Lungenabsorption)(d) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(d) U-236 (langsame Lungenabsorption)(d) U-236 (langsame Lungenabsorption)(d) U-236 (langsame Lungenabsorption)(d) U-238 (alle Lungenabsorption)(d) U-236 (langsame Lungenabsorption)		
U-233 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-233 (mittlere Lungenabsorption)(b) U-233 (langsame Lungenabsorption)(c) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(b) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (langsame Lungenabsorption)(c) U-235 (alle Lungenabsorption)(c) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-238 (alle Lungenabsorption)(c) U (natürlich) U (natürlich) U (angereichert bis maximal 20 %)(d) U (abgereichert) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U (angereichert bis maximal 20 %)(d) U (angereichert) U (angereichert) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U (angereichert) U (angereichert) U (angereichert) U (angereichert) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U (angereichert bis maximal 20 %)(d) U (angereichert) U (angereicher		
U-233 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-235 (alle Lungenabsorption)(c) U-235 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-238 (alle Lungenabsorption)(c) U-238 (alle Lungenabsorptionsklassen)(a) (b) (c) U (angereichert bis maximal 20 %)(c) U (angereichert bis maximal 20 %)(d) U (abgereichert) Vanadium (23) V-48 V-49 W-178 W-178 W-181 W-185 W-181 W-185 W-187 W-188 Xenon (54) Xe-122 Xe-123 V-10-2 U (10-2 U		
U-233 (langsame Lungenabsorption)(c) U-234 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-234 (langsame Lungenabsorption)(c) U-234 (langsame Lungenabsorption)(c) U-235 (alle Lungenabsorptionsklassen)(a) (b) (c) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) unbegrenzt Unbegrenzt U (augerenzt unbegrenzt U (angereichert) U (angereichert		
U-234 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-234 (mittlere Lungenabsorption)(b) U-234 (langsame Lungenabsorption)(c) U-235 (alle Lungenabsorptionsklassen)(a) (b) (c) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(b) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(c) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-238 (alle Lungenabsorptionsklassen)(a) (b) (c) U (natürlich) U (natürlich) U (angereichert bis maximal 20 %)(d) U (abgereichert) Vanadium (23) V-48 V-49 W-178 W-181 W-181 W-185 W-181 W-185 W-187 W-188 Xenon (54) Xe-122 Xe-123 V-10-2 Unbegrenzt Unb		
U-234 (mittlere Lungenabsorption)(b) U-234 (langsame Lungenabsorption)(c) U-235 (alle Lungenabsorption)(a) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(b) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-238 (alle Lungenabsorption)(c) U (natürlich) U (natürlich) U (angereichert bis maximal 20 %)(d) U (abgereichert) Vanadium (23) V-48 V-49 W-178 W-178 W-178 W-181 W-185 W-181 W-185 W-187 W-187 W-188 Xenon (54) Xe-122 Xe-123 V 10-2 Unbegrenzt Unbeg		Q v 10-2
U-234 (langsame Lungenabsorption)(c) U-235 (alle Lungenabsorptionsklassen)(a) (b) (c) U-236 (schnelle Lungenabsorption)(a) U-236 (mittlere Lungenabsorption)(b) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-238 (alle Lungenabsorptionsklassen)(a) (b) (c) U (natürlich) U (angereichert bis maximal 20 %)(d) U (abgereichert) Vanadium (23) V-48 V-49 W-178 W-181 W-185 W-181 W-185 W-187 W-187 W-188 Xenon (54) Xenon (54) Xe-122 Xe-123 U unbegrenzt Unbegrenz Unbegrenzt Unbegrenzt Unbegrenzt Unbegrenzt Unbegrenzt Unbegrenz		
U-236 (schnelle Lungenabsorption) ^(a) U-236 (mittlere Lungenabsorption) ^(b) U-236 (langsame Lungenabsorption) ^(c) U-238 (alle Lungenabsorptionsklassen) ^(a) (b) (c) U (natürlich) U (angereichert bis maximal 20 %) ^(d) U (abgereichert) Vanadium (23) V-48 V-49 W-178 W-178 W-181 W-185 W-181 W-185 W-187 W-188 Xenon (54) Xe-122 Xe-123 U unbegrenzt 2 x 10 ⁻² 6 x 10 ⁻³ unbegrenzt unbegrenzt unbegrenzt unbegrenzt 4 x 10 ⁻¹ 5 x 10 ⁰ 5 x 10 ⁰ 3 x 10 ⁻¹ 8 x 10 ⁻¹ 6 x 10 ⁻¹ 7 x 10 ⁻¹		6 × 10 ⁻³
U-236 (mittlere Lungenabsorption)(b) U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-238 (alle Lungenabsorptionsklassen)(a) (b) (c) U (natürlich) U (angereichert bis maximal 20 %)(d) U (abgereichert) Vanadium (23) V-48 V-49 W-178 W-178 W-178 W-181 W-185 W-185 W-187 W-187 W-188 Xenon (54) Xe-122 Xe-123 V-10-2 unbegrenzt unbegrenzt unbegrenzt unbegrenzt 4 × 10-1 5 × 100 5 × 100 8 × 10-1 8 × 10-1 8 × 10-1 8 × 10-1 8 × 10-1 8 × 10-1 7 × 10-1	U-235 (alle Lungenabsorptionsklassen) ^{(a) (b) (c)}	unbegrenzt
U-236 (langsame Lungenabsorption)(c) U-238 (alle Lungenabsorptionsklassen)(a) (b) (c) U (natürlich) U (angereichert bis maximal 20 %)(d) U (abgereichert) Vanadium (23) V-48 V-49 W-178 W-178 W-181 W-185 W-187 W-187 W-188 Xenon (54) Xe-122 Xe-123 U (natürlich) U unbegrenzt unbegrenzt unbegrenzt unbegrenzt 4 × 10 ⁻¹ 4 × 10 ⁻¹ 5 × 10 ⁰ 3 × 10 ⁻¹ 8 × 10 ⁻¹ 6 × 10 ⁻¹ 4 × 10 ⁻¹ 4 × 10 ⁻¹ 4 × 10 ⁻¹ 4 × 10 ⁻¹ 7 × 10 ⁻¹		
U-238 (alle Lungenabsorptionsklassen)(a) (b) (c) U (natürlich) U (angereichert bis maximal 20 %)(d) U (abgereichert) Vanadium (23) V-48 V-49 V-49 Wolfram (74) W-178 W-178 W-181 W-185 W-187 W-187 W-188 Xenon (54) Xe-122 Xe-123 U (natürlich) U unbegrenzt unbegrenzt unbegrenzt unbegrenzt 4 × 10 ⁻¹ 5 × 10 ⁰ 5 × 10 ⁰ 8 × 10 ⁻¹ 8 × 10 ⁻¹ 8 × 10 ⁻¹ 7 × 10 ⁻¹ Xenon (54) Xe-122 Ye-123 Unbegrenzt Vanbegrenzt		
U (natürlich) U (angereichert bis maximal 20 %) ^(d) U (abgereichert) Vanadium (23) V-48 V-49 Wolfram (74) W-178 W-185 W-185 W-187 W-187 W-188 Xenon (54) Xe-122 Xe-123 U (abgereichert) U (abgerei		
U (angereichert bis maximal 20 %) ^(d) U (abgereichert) Vanadium (23) V-48 V-49 V-49 Wolfram (74) W-178 W-181 W-185 W-185 W-187 W-187 W-188 Xenon (54) Xe-122 Xe-123 U (angereichert bis maximal 20 %) ^(d) unbegrenzt u		
U (abgereichert) Vanadium (23) V-48 V-49 Wolfram (74) W-178 W-181 W-185 W-187 W-187 W-188 Xenon (54) Xe-122 Xe-123 U (abgereichert) unbegrenzt unbegrenzt unbegrenzt unbegrenzt 4 × 10 ⁻¹ 5 × 10 ⁰ 3 × 10 ¹ 8 × 10 ⁻¹ 8 × 10 ⁻¹ 6 × 10 ⁻¹ 7 × 10 ⁻¹ 4 × 10 ⁻¹ 7 × 10 ⁻¹		9
$\begin{array}{c} V-48 \\ V-49 \\ \end{array} \qquad \qquad$		
$\begin{array}{c} V-48 \\ V-49 \\ \end{array} \qquad \qquad$	Vanadium (23)	
Wolfram (74) W-178 W-181 S-100 W-185 W-185 W-187 W-187 W-188 Senon (54) Xe-122 Xe-123 4×10^{-1} X to 4×10^{-1} X to 4×10^{-1}		
$\begin{array}{c} W-178 \\ W-181 \\ W-185 \\ W-187 \\ W-188 \\ Xenon (54) \\ Xe-122 \\ Xe-123 \\ \end{array} \qquad \begin{array}{c} 5\times 10^{0} \\ 3\times 10^{1} \\ 8\times 10^{-1} \\ 6\times 10^{-1} \\ 3\times 10^{-1} \\ 4\times 10^{-1} \\ 7\times 10^{-1} \end{array}$		4 × 10'
		F 100
$\begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$		
W-188 3×10^{-1} Xenon (54) Xe-122 4×10^{-1} Xe-123 7×10^{-1}		8 × 10 ⁻¹
Xenon (54) $Xe-122$ 4×10^{-1} $Xe-123$ 7×10^{-1}		
Xe^{-1} 22 4×10^{-1} Xe^{-1} 23 7×10^{-1}	W-188	3 × 10 ⁻¹
$Xe-123$ 7×10^{-1}		410.1
Xe-127	Xe-127	2 × 10 ⁰

Radionuklid (Atomzahl)	A ₂ (TBq)
Xe-131m Xe-133 Xe-135	4 × 10 ¹ 1 × 10 ¹ 2 × 10 ⁰
Yttrium (39) Y-87 Y-88 Y-90 Y-91 Y-91m Y-92 Y-93	$ \begin{array}{c} 1 \times 10^{0} \\ 4 \times 10^{-1} \\ 3 \times 10^{-1} \\ 6 \times 10^{-1} \\ 2 \times 10^{0} \\ 2 \times 10^{-1} \\ 3 \times 10^{-1} \end{array} $
Ytterbium (70) Yb-169 Yb-175	1 × 10 ⁰ 9 × 10 ⁻¹
Zink (30) Zn-65 Zn-69 Zn-69m	2×10^{0} 6×10^{-1} 6×10^{-1}
Zirconium (40) Zr-88 Zr-93 Zr-95 Zr-97	3×10^{0} unbegrenzt 8×10^{-1} 4×10^{-1}

⁽a) Diese Werte gelten nur für Uranverbindungen, die sowohl unter normalen Beförderungsbedingungen als auch unter Unfall-Beförderungsbedingungen die chemische Form von UF₆, UO₂F₂ und UO₂(NO₃)₂ einnehmen.

Tabelle 2

Vorkommende Radionuklide	A ₂ (TBq)
Nuklide, die Beta- oder Gammastrahlen, jedoch keine Neutronenstrahlen emittieren	0,02
Nuklide, die Alphastrahlen, jedoch keine Neutronenstrahlen emittieren	9 × 10 ⁻⁵
Nuklide, die Neutronenstrahlen emittieren, oder soweit keine relevanten Angaben zur Strahlungsart verfügbar sind	9 × 10 ⁻⁵

Anlage 6

(zu § 12a Absatz 1)

Aktivitätsbezogene Festlegungen zum Ausschluss

von Kernanlagen in fortgeschrittener Stilllegung von der Anwendung des Pariser Übereinkommens

- Kommt in einer Kernanlage in Stilllegung lediglich eines der in der Tabelle genannten Radionuklide vor, so darf die vorhandene Aktivität dieses Radionuklids in Form haftender Aktivität oder in jeder sonstigen Aktivitätsform den Wert gemäß der Tabelle nicht überschreiten.
- 2. Kommen in einer Kernanlage in Stilllegung mehrere der in der Tabelle genannten Radionuklide vor, so ist die Summe der Verhältniszahlen A_i _f/A_i _{f lim} aus der vorhandenen Aktivität (A_i _f) und den jeweiligen Werten (A_i _{f lim}) der einzelnen Radionuklide i in Form haftender Aktivität gemäß der Tabelle und der Verhältniszahlen A_i _{of}/A_i _{of lim} aus der vorhandenen Aktivität (A_i _{of}) und den jeweiligen Werten (A_i _{of lim}) der

⁽b) Diese Werte gelten nur für Uranverbindungen, die sowohl unter normalen Beförderungsbedingungen als auch unter Unfall-Beförderungsbedingungen die chemische Form von UO₃, UF₄, UCI₄ und sechswertige Verbindungen einnehmen.

⁽c) Diese Werte gelten für alle unter den Fußnoten (a) und (b) nicht genannten Uranverbindungen.

⁽d) Diese Werte gelten nur für unbestrahltes Uran.

einzelnen Radionuklide i jeder sonstigen Aktivitätsform gemäß der Tabelle zu berechnen (Summenformel). Diese Summe darf den Wert 1 nicht überschreiten:

$$\sum_{i = 1 \text{ to } n} \left[\frac{A_{i \text{ of}}}{A_{i \text{ of } \text{lim}}} + \frac{A_{i \text{ f}}}{A_{i \text{ f} \text{ lim}}} \right] \le 1$$

Tabelle

Radionuklid	Haftende Aktivität ¹ (Bq)	Alle sonstigen Aktivitätsformen (Bq)
Pu ²³⁹	1 E+13	1 E+12
Pu ²⁴¹	1 E+15	1 E+14
U ²³⁸	1 E+14	1 E+13
Cs ¹³⁷	1 E+13	1 E+12
Ni ⁶³	1 E+16	1 E+15
Co ⁶⁰	1 E+14	1 E+13
Fe ⁵⁵	1 E+16	1 E+15
Eu ¹⁵²	1 E+14	1 E+13
Eu ¹⁵⁴	1 E+14	1 E+13
Cl ₃₆	1	E+12 ²
Sr ⁹⁰	1 E+14	1 E+13
Ag ^{108m}	1 E+13	1 E+12

Aktivität, die in den festen, nicht brennbaren Bauteilen der Anlage erzeugt wurde und während des Stillstands oder des Abbaus im Stilllegungszeitraum in nicht signifikantem Ausmaß einem Abrieb, einer Auswaschung oder Korrosion unterliegt.

Artikel 2

Bekanntmachungserlaubnis

Das für die kerntechnische Sicherheit und den Strahlenschutz zuständige Bundesministerium kann den Wortlaut der Atomrechtlichen Deckungsvorsorge-Verordnung in der vom Inkrafttreten dieser Verordnung an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, der auf den Tag des Inkrafttretens des Artikels 1 des Gesetzes zur Änderung haftungsrechtlicher Vorschriften des Atomgesetzes und zur Änderung sonstiger Rechtsvorschriften vom 29. August 2008 folgt. Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 20. Januar 2022

Der Bundeskanzler Olaf Scholz

Die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke



² Es wird angenommen, dass Cl³⁶ in einer Kernanlage in Stilllegung in einer leicht freisetzbaren Form vorliegt. Es wird weiterhin angenommen, dass es im Falle eines Ereignisses, das zu einer unbeabsichtigten Exposition führt, vollständig freigesetzt wird."

Elfte Verordnung zur Änderung der Abwasserverordnung*

Vom 20. Januar 2022

Auf Grund des § 23 Absatz 1 Nummer 3, 5, 8, 9 und 11 in Verbindung mit Absatz 2 sowie mit § 57 Absatz 2 und § 61 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, von denen § 23 Absatz 1 Satzteil vor Nummer 1 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe a und § 23 Absatz 1 Nummer 9 durch Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe b des Gesetzes vom 6. Oktober 2011 (BGBI. I S. 1986) und § 23 Absatz 1 Nummer 5 durch Artikel 2 Nummer 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 2018 (BGBI. I S. 2254) und § 57 Absatz 2 durch Artikel 2 Nummer 3 Buchstabe a des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBI. I S. 734) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung nach Anhörung der beteiligten Kreise:

Artikel 1 Änderung der Abwasserverordnung

Die Abwasserverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2004 (BGBI. I S. 1108, 2625), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 16. Juni 2020 (BGBI. I S. 1287) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. Anlage 1 (zu § 4 Absatz 1 Satz 1 und 2) Analyse- und Messverfahren wird wie folgt geändert:
 - a) In Teil I wird Nummer 5 wie folgt gefasst:

	5 5	
Nr.	Parameter	Verfahren
"5	Konservierung und Handhabung von	DIN EN ISO 5667-3 (A21) (Ausgabe Juli 2019)
	Wasserproben	Diese Norm gilt, soweit in der für das jeweilige Analyseverfahren maßgeblichen Norm nicht etwas Anderes festgelegt ist. Bei der Bestimmung der Parameter nach den Nummern 401 bis 404, 410 und 412 ist die Probe unverzüglich nach der Entnahme zu untersuchen. Eine Konservierung der Probe bis zu 48 Stunden ist durch sofortiges Kühlen auf eine Temperatur von 2 bis 5 °C im Dunkeln möglich. Ist eine längere Aufbewahrung einer Probe erforderlich, ist die Probe unverzüglich nach ihrer Entnahme einzufrieren und bei einer Temperatur von –18 °C oder tiefer für die Dauer von bis zu zwei Monaten zu konservieren."

b) Teil II wird wie folgt geändert:

aa) Die Nummern 103 und 104 werden wie folgt gefasst:

Nr.	Parameter	Verfahren
"103	Cyanid, leicht freisetzbar	DIN 38405-D13-2 (D13) (Ausgabe Februar 1981) mit folgender Maßgabe: bei Konservierung Zugabe von NaOH bis zu einem pH-Wert > 12; Probe im Dunkeln lagern oder dunkle Flaschen verwenden,
		DIN EN ISO 14403-1 (D2) (Ausgabe Oktober 2012) nach Maßgabe der Nummer 506,
		DIN EN ISO 14403-2 (D3) (Ausgabe Oktober 2012) nach Maßgabe der Nummer 506
104	Cyanid, gesamt, in der Original- probe	DIN 38405-D13-1 (D13) (Ausgabe Februar 1981) mit folgender Maßgabe: bei Konservierung Zugabe von NaOH bis zu einem pH-Wert > 12; Probe im Dunkeln lagern oder dunkle Flaschen verwenden,
		DIN EN ISO 14403-1 (D2) (Ausgabe Oktober 2012) nach Maßgabe der Nummer 506,
		DIN EN ISO 14403-2 (D3) (Ausgabe Oktober 2012) nach Maßgabe der Nummer 506".

^{*} Diese Verordnung dient der Umsetzung

des Durchführungsbeschlusses 2017/1442/EU der Kommission vom 31. Juli 2017 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für Großfeuerungsanlagen.



der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (Neufassung) (ABI. L 334 vom 17.12.2010, S. 17) und

bb) Die Nummern 106 bis 108 werden wie folgt gefasst:

Nr.	Parameter	Verfahren
"106	Nitratstickstoff (NO ₃ -N)	DIN EN ISO 10304-1 (D20) (Ausgabe Juli 2009) nach Maßgabe der Nummer 503,
		DIN 38405-9 (D9) (Ausgabe September 2011) nach Maßgabe der Nummer 503,
		DIN EN ISO 13395 (D28) (Ausgabe Dezember 1996),
		DIN ISO 15923-1 (D49) (Ausgabe Juli 2014)
		Für alle Verfahren gilt die Maßgabe der Nummer 507.
107	Nitritstickstoff (NO ₂ -N)	DIN EN 26777 (D10) (Ausgabe April 1993),
		DIN EN ISO 10304-1 (D20) (Ausgabe Juli 2009),
		DIN EN ISO 13395 (D28) (Ausgabe Dezember 1996), DIN ISO 15923-1 (D49) (Ausgabe Juli 2014)
		Für alle Verfahren gilt die Maßgabe der Nummer 507.
108	Phosphor, gesamt, in der Originalprobe	DIN EN ISO 6878 (D11) (Ausgabe September 2004) mit folgender Maßgabe: Aufschluss gemäß Abschnitt 7.4 dieser Norm,
	Original probe	DIN EN ISO 15681-2 (D46) (Ausgabe Mai 2019) mit folgender
		Maßgabe: Aufschluss gemäß Abschnitt 7.4 der DIN EN ISC 6878 (D11) (Ausgabe September 2004),
		DIN EN ISO 15681-1 (D45) (Ausgabe Mai 2005) mit folgender Maßgabe: Aufschluss gemäß Abschnitt 7.4 der DIN EN ISC 6878 (D11) (Ausgabe September 2004),
		DIN EN ISO 11885 (E22) (Ausgabe September 2009) mit folgender Maßgabe: Aufschluss gemäß DIN EN ISO 15587-2 (A32) (Ausgabe Juli 2002),
		DIN EN ISO 17294-2 (E29) (Ausgabe Januar 2017) mit folgender Maßgabe: Aufschluss gemäß DIN EN ISO 15587-2 (A32 (Ausgabe Juli 2002)".
Numm	ner 111 wird wie folgt gefasst:	
Nr.	Parameter	Verfahren
"111	Sulfid, leicht freisetzbar	DIN 38405-27 (D27) (Ausgabe Oktober 2017)".
Numm	ner 202 wird wie folgt gefasst:	
Nr.	Parameter	Verfahren
"202	Ammoniumstickstoff (NH ₄ -N)	DIN EN ISO 11732 (E23) (Ausgabe Mai 2005),
		DIN 38406-E5-1 (E5) (Ausgabe Oktober 1983),
		DIN 38406-E5-2 (E5) (Ausgabe Oktober 1983),
		DIN ISO 15923-1 (D49) (Ausgabe Juli 2014)
NI I-	den Nicores y COC considera dia falla	Für alle Verfahren gilt die Maßgabe der Nummer 507."
Nr.	Parameter	genden Nummern 227 bis 237 eingefügt: Verfahren
,,227	Cer	DIN EN ISO 17294-2 (E29) (Ausgabe Januar 2017)
.,		
228	Germanium	DIN EN ISO 17294-2 (E29) (Ausgabe Januar 2017)
229	Gold	DIN EN ISO 17294-2 (E29) (Ausgabe Januar 2017)
230	Hafnium	DIN EN ISO 17294-2 (E29) (Ausgabe Januar 2017)
231	Molybdän	DIN EN ISO 11885 (E22) (Ausgabe September 2009) mit folgender Maßgabe: Aufschluss nach
		DIN EN ISO 15587-2 (A32) (Ausgabe Juli 2002),
		DIN EN ISO 17294-2 (E29) (Ausgabe Januar 2017)

232

Palladium

mit folgender Maßgabe: Aufschluss nach DIN EN ISO 15587-2 (A32) (Ausgabe Juli 2002) DIN EN ISO 17294-2 (E29) (Ausgabe Januar 2017)

	Nr.	Parameter	Verfahren
	233	Praseodym	DIN EN ISO 17294-2 (E29) (Ausgabe Januar 2017)
	234	Ruthenium	DIN EN ISO 17294-2 (E29) (Ausgabe Januar 2017)
	235	Wolfram	DIN EN ISO 11885 (E22) (Ausgabe September 2009), DIN EN ISO 17294-2 (E29) (Ausgabe Januar 2017)
	236	Zirkonium	DIN EN ISO 11885 (E22) (Ausgabe September 2009), DIN EN ISO 17294-2 (E29) (Ausgabe Januar 2017)
	237	Platin	DIN EN ISO 17294-2 (E29) (Ausgabe Januar 2017)".
ff)	Numm	ner 305 wird wie folgt gefasst:	
	Nr.	Parameter	Verfahren
	"305	Organisch gebundener Kohlen- stoff, gesamt (TOC), in der Originalprobe	DIN EN 1484 (H3) (Ausgabe April 2019), direkte TOC-Bestimmung nach Abschnitt 8.3 dieser Norm und nach Maßgabe der Nummer 502".
gg) Numm	ner 313 wird wie folgt gefasst:	
	Nr.	Parameter	Verfahren
	"313	Chlor, freies	DIN EN ISO 7393-2 (G4-2) (Ausgabe März 2019)".
hh)) Die Νι	ummern 334 und 335 werden wie	folgt gefasst:
	Nr.	Parameter	Verfahren
	"334	Benzol und Derivate in der Originalprobe	DIN 38407-43 (F43) (Ausgabe Oktober 2014) nach Maßgabe der Nummern 504 und 505, DIN EN ISO 15680 (F19) (Ausgabe April 2004) nach Maßgabe der Nummern 504 und 505
	335	Organische Komplexbildner in der Originalprobe (EDTA, NTA, DTPA, MGDA, β-ADA, 1,3-PDTA)	DIN EN ISO 16588 (P10) (Ausgabe Februar 2004)".
ii)	Numm	ner 337 wird wie folgt gefasst:	
	Nr.	Parameter	Verfahren
	"337	Chlordioxid und andere Oxidantien, angegeben als Chlor	DIN 38408-5 (G5) (Ausgabe Juni 1990) mit folgender Maßgabe: Die nach Abschnitt 4 dieser Norm vorgesehenen Maßnahmen zur Störungsbehebung sind nicht durchzuführen. Alternativ zur Nutzung des Verfahrens DIN 38408-5 (G5) ohne Störungsbehebung kann die Bestimmung des Parameters 337 nach DIN EN ISO 7393-2 (G4-2) (Ausgabe März 2019) gemäß Parameter 313 durchgeführt werden."
jj)	Die N	ummern 4 und 400 werden wie fol	gt gefasst:
	Nr.	Parameter	Verfahren
	"4	Biologische Testverfahren	
		Die Anforderungen nach DIN EN	nmern 401 bis 404, 410 und 412 ist Nummer 509 zu beachten. ISO 5667-16 (L1) (Ausgabe März 2019) gelten nur, soweit in den en Regelungen getroffen werden.
	400	Probenahme und Durchführung biologischer Testverfahren	DIN EN ISO 5667-16 (L1) (Ausgabe März 2019)".
kk)	Numm	ner 409 wird wie folgt gefasst:	



Verfahren

DIN EN ISO 5815-1 (H50) (Ausgabe November 2020)".

Parameter

Biochemischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen in der Originalprobe

Nr.

,,409

c) In Teil III werden die Nummern 506 bis 508 wie folgt gefasst:

Nr.	Parameter	Verfahren
"506	Hinweis zum Verfahr mer 103 und 104):	en Cyanid, leicht freisetzbar und Cyanid, gesamt, in der Originalprobe (Num-
Die DIN EN ISO 14403-1 (D2) (Ausgabe Oktober 2012) und DIN EN ISO 14403-2 Oktober 2012) sind nur zur Vorprüfung, ob die Abwasserprobe Cyanid über de wendungsgrenzen dieser Normen enthält, anzuwenden. Liegt nach dem Erge prüfung der Cyanidgehalt der Abwasserprobe unter den unteren Anwendungsg Normen, so kann auf die Anwendung der DIN 38405-D13-2 (D13) (Ausgabe Februar DIN 38405-D13-1 (D13) (Ausgabe Februar 1981) verzichtet werden; andernfalls sind anzuwenden.		nur zur Vorprüfung, ob die Abwasserprobe Cyanid über den unteren An- eser Normen enthält, anzuwenden. Liegt nach dem Ergebnis der Vor- gehalt der Abwasserprobe unter den unteren Anwendungsgrenzen dieser die Anwendung der DIN 38405-D13-2 (D13) (Ausgabe Februar 1981) bzw. der
507		ution kann verzichtet werden, wenn die Proben sofort nach Eintreffen im Labor venn sie innerhalb von 24 Stunden nach Probenahme bestimmt werden.
508	Nicht besetzt".	

- 2. In Anhang 33 Teil A Absatz 1 werden die Wörter "und Mitverbrennung" gestrichen.
- 3. Nach Anhang 33 wird folgender Anhang 35 eingefügt:

"Anhang 35 Chipherstellung

A Anwendungsbereich

- (1) Dieser Anhang gilt für Abwasser, dessen Schadstofffracht im Wesentlichen aus der Chipherstellung stammt, einschließlich
- 1. der dazugehörigen Vor-, Zwischen- und Nachbehandlung,
- der Maskenherstellung und der Teilereinigung, sofern das Abwasser eine vergleichbare Zusammensetzung wie das Abwasser aus der Chipherstellung aufweist, und
- 3. des betriebsinternen Recyclings von Wafern, sofern das Abwasser eine vergleichbare Zusammensetzung wie das Abwasser aus der Chipherstellung aufweist.
- (2) Dieser Anhang gilt nicht für Abwasser aus
- 1. indirekten Kühlsystemen,
- 2. der Aufbereitung von Betriebswasser, einschließlich Reinstwasser, sowie
- 3. der Herstellung von Silizium-Einkristallen und dem Vereinzeln der Einkristalle zu Wafern.

B Allgemeine Anforderungen

- (1) Abwasseranfall und Schadstofffracht sind so gering zu halten, wie dies durch folgende Maßnahmen möglich ist:
- 1. Verlängerung der Nutzungsdauer von Prozesslösungen,
- 2. Minimierung des Spülwasserbedarfs durch
 - a) den Einsatz wassersparender Spültechniken wie
 - aa) Kaskadenspülung oder
 - bb) Kreislaufführung des Spülwassers über Ionenaustauscher,
 - b) Filtrationstechniken oder
 - c) andere Verfahren, die in ihrer Wirkung ähnlich sind,
- 3. Mehrfachnutzung geeigneter Spülwässer im Produktionsprozess oder Verwendung geeigneter Spülwässer in anderen Betriebsbereichen nach Aufbereitung durch Kreislaufführung über Ionenaustauscher, durch Filtrationstechniken oder durch andere Verfahren, die in ihrer Wirkung ähnlich sind,
- 4. Rückgewinnung von Wertstoffen aus verbrauchten Prozesslösungen und aus geeigneten Abwasserteilströmen,
- Getrennthaltung und -behandlung von Abwasserteilströmen, soweit eine stoffliche Verwertung der anfallenden Schlämme möglich ist und Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften dem nicht entgegenstehen.
- 6. Minimierung des Abwasseranfalls aus der Ablufterfassung und -behandlung,



- 7. Minimierung der Bildung adsorbierbarer organisch gebundener Halogene (AOX) durch
 - a) Einsatz von Salzsäure, die keine höhere Verunreinigung durch organische Halogenverbindungen aufweist, als nach DIN EN 939 (Ausgabe September 2016) zulässig ist,
 - b) Einsatz von Eisen- und Aluminiumsalzen bei der Abwasserbehandlung, die keine höhere Belastung mit organischen Halogenverbindungen aufweisen als 100 Milligramm, jeweils bezogen auf ein Kilogramm Eisen oder Aluminium in den eingesetzten Behandlungsmitteln, oder
 - c) Einsatz von cyanidfreien Prozesslösungen anstelle cyanidischer Prozesslösungen,
- 8. Verzicht auf den Einsatz von Fotoresistlacken für fotolithografische Prozesse, in denen per- oder polyfluorierte Verbindungen (PFC) enthalten sind; kann auf den Einsatz dieser Lacke nicht verzichtet werden, so sind die Einsatzmenge in der Produktion und die Schadstofffracht im Abwasser entsprechend den technischen Möglichkeiten zu reduzieren,
- 9. Verzicht auf den Einsatz von Organosulfiden in der Abwasserbehandlung; kann auf den Einsatz von Organosulfiden nicht verzichtet werden, so ist die Einsatzmenge zu minimieren und sind gegebenenfalls im Abwasser vorhandene Überschüsse vollständig zurückzuhalten durch Rückfällung mit Metallsalzen oder mit anderen geeigneten Mitteln.
- (2) Die Einhaltung der Anforderungen nach Absatz 1 ist in einem betrieblichen Abwasserkataster nach Anlage 2 Nummer 1 zu dokumentieren.

C Anforderungen an das Abwasser für die Einleitungsstelle

An das Abwasser werden für die Einleitungsstelle in das Gewässer folgende Anforderungen gestellt:

		Qualifizierte Stichprobe oder 2-Stunden-Mischprobe
Aluminium	mg/l	2,0
Organisch gebundener Kohlenstoff, gesamt (TOC)	mg/l	20
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	mg/l	60
Biochemischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB ₅)	mg/l	15
Fluorid, gelöst	mg/l	30
Phosphor, gesamt	mg/l	1,0
Ammoniumstickstoff (NH ₄ -N)	mg/l	10
Nitritstickstoff (NO ₂ -N)	mg/l	2,0
Eisen	mg/l	3,0
Abfiltrierbare Stoffe (suspendierte Stoffe)	mg/l	15
Giftigkeit gegenüber Fischeiern (G _{Ei})		2

D Anforderungen an das Abwasser vor Vermischung

An das Abwasser werden vor der Vermischung mit anderem Abwasser folgende Anforderungen gestellt:

	Qualifizierte Stichprobe oder 2-Stunden-Mischprobe* mg/l
Antimon	0,50
Adsorbierbare organisch gebundene Halogene (AOX)**	0,10
Arsen	0,20
Barium	3,0
Blei	0,50
Cer	0,50
Chrom, gesamt	0,20
Cobalt	1,0
Germanium	0,50

	Qualifizierte Stichprobe oder 2-Stunden-Mischprobe* mg/l
Gold	0,50
Hafnium	0,50
Kupfer	0,50
Molybdän	0,50
Nickel	0,50
Palladium	0,50
Platin	0,50
Praseodym	0,50
Ruthenium	0,50
Sulfid, leicht freisetzbar	1,0
Titan	1,0
Wolfram	2,0
Zink	2,0
Zinn	2,0
Zirkonium	0,50

^{*} Bei Chargenanlagen beziehen sich alle Anforderungen auf die Stichprobe.

E Anforderungen an das Abwasser für den Ort des Anfalls

(1) An das Abwasser werden für den Ort des Anfalls folgende Anforderungen gestellt:

	Stichprobe mg/l
Cadmium	0,050
Chrom VI	0,10
Cyanid, leicht freisetzbar	0,20
Selen	1,0
Silber	0,10
Thallium	0,50
Quecksilber	0,00050

⁽²⁾ Im Abwasser dürfen keine organischen Komplexbildner enthalten sein, die einen DOC-Abbaugrad nach 28 Tagen von mindestens 80 Prozent nach Anlage 1 Nummer 406 nicht erreichen.

F Anforderungen für vorhandene Einleitungen

Für vorhandene Einleitungen von Abwasser aus Anlagen, die vor dem 28. Januar 2022 rechtmäßig in Betrieb waren oder mit deren Bau zu diesem Zeitpunkt rechtmäßig begonnen worden ist, gelten die Anforderungen dieses Anhangs ab dem 1. Juli 2022. Bis zum Ablauf des 30. Juni 2022 gelten für Einleitungen nach Satz 1 die Anforderungen nach Anhang 54 in der am 27. Januar 2022 geltenden Fassung.

G Abfallrechtliche Anforderungen

Abfallrechtliche Anforderungen werden nicht gestellt.



^{**} Für AOX gilt der Wert in der Stichprobe.

⁽³⁾ Abweichend von § 2 Nummer 5 ist der Ort des Anfalls des Abwassers der Ablauf der Vorbehandlungsanlage für den jeweiligen Parameter.

H Betreiberpflichten

Sofern PFC-haltige Prozesschemikalien verwendet werden oder verwendet wurden, ist der Betreiber verpflichtet,

- 1. die Einsatzmengen der PFC-haltigen Prozesschemikalien im Betriebstagebuch nach Anlage 2 Nummer 2 Buchstabe e für jede Dosierstelle zu dokumentieren und
- 2. im behandelten Abwasser vor Einleitung PFC mindestens jährlich zu messen, sofern die Behörde nicht etwas Anderes festlegt."
- 4. Anhang 47 wird wie folgt gefasst:

"Anhang 47 Feuerungsanlagen

A Anwendungsbereich

- (1) Dieser Anhang gilt für Abwasser, dessen Schadstofffracht im Wesentlichen aus dem Betrieb von Feuerungsanlagen stammt.
- (2) Dieser Anhang gilt nicht für Abwasser aus
- 1. Kühlsystemen von Kraftwerken und industriellen Prozessen,
- 2. sonstigen Anfallstellen bei der Dampferzeugung und der Betriebswasseraufbereitung,
- 3. Anlagen, in denen ausschließlich Abfälle verbrannt werden, und
- 4. Feuerungsanlagen ohne nasse Rauchgaswäsche mit einer Feuerungswärmeleistung von weniger als 50 Megawatt.
- (3) Die in Teil C Absatz 1 genannten Anforderungen mit Ausnahme der Anforderungen an den TOC und den CSB sowie die in Teil D genannten Anforderungen sind Emissionsgrenzwerte im Sinne von § 1 Absatz 2 Satz 1.

B Allgemeine Anforderungen

- (1) Abwasseranfall und Schadstofffracht sind so gering zu halten, wie dies durch folgende Maßnahmen möglich ist:
- 1. Rückführung von Prozesswasser zur Mehrfachnutzung,
- 2. betriebliche Nutzung von behandlungsbedürftigem Niederschlagswasser,
- 3. Betrieb des Rauchgaswäschers mit betriebstechnisch maximal möglicher Chloridkonzentration mit dem Ziel, die Schwermetallfracht zu verringern,
- 4. Kühlung von Kesselasche durch Kreislaufführung des Kühlmediums Wasser oder durch Luftkühlung oder
- 5. Behandlung des Abwassers durch eine geeignete Kombination von Verfahren wie Fällung, Flockung, Neutralisation, Filtration, Ionenaustausch, Membranverfahren, Zugabe von Adsorbenzien oder anderen geeigneten Verfahren.
- (2) Behandlungsbedürftiges Abwasser darf vor einer Behandlung nicht mit nichtbehandlungsbedürftigem Abwasser vermischt werden.

C Anforderungen an das Abwasser für die Einleitungsstelle

(1) An das Abwasser aus der Rauchgaswäsche werden für die Einleitungsstelle in das Gewässer folgende Anforderungen gestellt:

	Qualifizierte Stichprobe oder 2-Stunden-Mischprobe
Abfiltrierbare Stoffe	30 mg/l
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	
- Einsatz von Branntkalk	80 mg/l
- Einsatz von Kalkstein	150 mg/l
Organisch gebundener Kohlenstoff, gesamt (TOC)	
- Einsatz von Branntkalk	25 mg/l
- Einsatz von Kalkstein	50 mg/l
Sulfat	2 000 mg/l
Sulfit	10 mg/l
Fluorid, gelöst	15 mg/l
Giftigkeit gegenüber Fischeiern (G _{Ei})	2

- (2) In der wasserrechtlichen Zulassung kann die Schadstofffracht für CSB und TOC, die in dem Wasser bei der Entnahme aus einem Gewässer vorhanden war (Vorbelastung), berücksichtigt werden, soweit die entnommene Schadstofffracht bei der Einleitung in das Gewässer noch vorhanden ist.
- (3) Abweichend von § 6 Absatz 1 Satz 1 dürfen die Werte für die Parameter nach Absatz 1 höchstens um 50 Prozent überschritten werden.

D Anforderungen an das Abwasser vor Vermischung

An das Abwasser aus der Rauchgaswäsche werden vor der Vermischung mit anderem Abwasser folgende Anforderungen gestellt:

	Qualifizierte Stichprobe oder 2-Stunden-Mischprobe mg/l
Arsen	0,050
Cadmium	0,0050
Quecksilber	0,0030
Chrom, gesamt	0,050
Nickel	0,050
Kupfer	0,050
Blei	0,020
Zink	0,20
Thallium	0,050
Sulfid, leicht freisetzbar	0,10

E Anforderungen an das Abwasser für den Ort des Anfalls

An das Abwasser werden für den Ort des Anfalls keine zusätzlichen Anforderungen gestellt.

F Anforderungen für vorhandene Einleitungen

Für vorhandene Einleitungen von Abwasser gilt die Anforderung nach Teil B Absatz 1 Nummer 4 nicht.

G Abfallrechtliche Anforderungen

Abfallrechtliche Anforderungen werden nicht gestellt.

H Betreiberpflichten

- (1) Betreiber von Feuerungsanlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 50 Megawatt oder mehr haben an der Einleitungsstelle in das Gewässer mindestens die folgenden Messungen im Abwasser durchzuführen:
- 1. kontinuierliche Messung von pH-Wert, Temperatur und Volumen des Abwasserstroms,
- 2. monatliche Messung in der qualifizierten Stichprobe oder in der 2-Stunden-Mischprobe
 - a) sämtlicher in Teil C Absatz 1 und in Teil D genannter Parameter außer GFi und
 - b) der Parameter Chlorid und TN_b sowie
- 3. Messung des mit den Probenahmen nach Nummer 2 korrespondierenden Volumens des Abwasserstroms.
- (2) Es ist ein Jahresbericht nach Anlage 2 Nummer 3 zu erstellen.
- (3) Die Messungen der Parameter nach Absatz 1 sind nach den Analyse- und Messverfahren nach Anlage 1 oder nach behördlich anerkannten Überwachungsverfahren durchzuführen. Die landesrechtlichen Vorschriften für die Selbstüberwachung bleiben von den Betreiberpflichten nach den Absätzen 1 und 2 unberührt."
- 5. Anhang 54 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

"Anhang 54

Herstellung von Wafern und Solarzellen".

- b) In Teil A Absatz 1 werden die Wörter "Halbleiterbauelementen und Solarzellen" durch die Wörter "Wafern für Halbleiterbauelemente und von Solarzellen" ersetzt.
- c) In Teil E Absatz 3 werden die Wörter "aus der Herstellung von Galliumarsenid-Halbleiterbauelementen" gestrichen.



Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 20. Januar 2022

Der Bundeskanzler Olaf Scholz

Die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke

Zwölfte Verordnung zur Änderung der Auslandszuschlagsverordnung

Vom 25. Januar 2022

Auf Grund des § 53 Absatz 7 des Bundesbesoldungsgesetzes, der durch Artikel 1 Nummer 29 Buchstabe f des Gesetzes vom 9. Dezember 2019 (BGBI. I S. 2053) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBI. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 8. Dezember 2021 (BGBI. I S. 5176) verordnet das Auswärtige Amt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat, dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium der Verteidigung:

Artikel 1

Änderung der Auslandszuschlagsverordnung

Die Auslandszuschlagsverordnung vom 17. August 2010 (BGBI. I S. 1177, 1244), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 24. Juni 2020 (BGBI. I S. 1485) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- In § 2 Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter ", für Bau und" durch die Wörter "und für" ersetzt.
- 2. § 7 wird wie folgt gefasst:

"§ 7

Übergangsregelung aus Anlass der Zwölften Verordnung zur Änderung der Auslandszuschlagsverordnung

Bis zum 31. Januar 2022 sind die Anlagen in der bis zum 30. Juni 2021 geltenden Fassung weiter anzuwenden, wenn dies für die Betroffenen günstiger ist."

3. Die Anlagen 1 und 2 erhalten die aus dem Anhang zu dieser Verordnung ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2021 in Kraft.

Berlin, den 25. Januar 2022

Die Bundesministerin des Auswärtigen A. Baerbock

Anhang (zu Artikel 1 Nummer 3)

Anlage 1 (zu § 1 Absatz 2 Satz 1)

2	1 Albanien Belgien Bosnien und Herzegowina	Abschnitt 1 Europa Tirana Brüssel	11
2	Belgien	Europa Tirana	11
2	Belgien		11
3		Brüssel	
	Bosnien und Herzegowina		2
4		Sarajewo	10
	Bulgarien	Sofia	9
5	Dänemark	Kopenhagen	2
6	Estland	Tallinn	7
7	Finnland	Helsinki	5
8	Frankreich	Paris	3
9		Bordeaux	2
10		Lyon	2
11		Marseille	2
12		Straßburg	2
13	Griechenland	Athen	4
14		Thessaloniki	5
15	Irland	Dublin	2
16	Island	Reykjavik	5
17	Italien	Rom	2
18		Mailand	1
19	Kosovo	Pristina	15
20	Kroatien	Zagreb	6
21	Lettland	Riga	6
22	Litauen	Wilna	5
23	Luxemburg	Luxemburg	1
24	Malta	Valletta	3
25	Moldau	Chisinau	10
26	Montenegro	Podgorica	10
27	Niederlande	Den Haag	1
28		Amsterdam	1
29	Nordmazedonien	Skopje	9
30	Norwegen	Oslo	4
31	Österreich	Wien	1



	Staat	Dienstort	Zonenstufe
	1	2	3
32	Polen	Warschau	4
33		Breslau	6
34		Danzig	6
35		Krakau	5
36		Oppeln	7
37	Portugal	Lissabon	1
38	Rumänien	Bukarest	7
39		Hermannstadt	9
40		Temeswar	9
41	Russland	Moskau	11
42		Jekaterinburg	13
43		Kaliningrad	11
44		Nowosibirsk	15
45		St. Petersburg	11
46	Schweden	Stockholm	3
47	Schweiz	Bern	3
48		Genf	2
49	Serbien	Belgrad	9
50	Slowakische Republik	Pressburg	5
51	Slowenien	Laibach	4
52	Spanien	Madrid	2
53		Barcelona	1
54		Las Palmas de Gran Canaria	1
55		Malaga	1
56		Palma de Mallorca	1
57	Tschechische Republik	Prag	4
58	Türkei	Ankara	7
59		Antalya	6
60		Istanbul	5
61		Izmir	5
62	Ukraine	Kiew	12
63		Donezk	17
64	Ungarn	Budapest	4
65	Vereinigtes Königreich	London	2
66		Edinburgh	3
67	Weißrussland	Minsk	12
68	Zypern	Nikosia	7
		Abschnitt 2 Afrika	
69	Ägypten	Kairo	17
70	Algerien	Algier	14
71	Angola	Luanda	18
		•	•



1 2 3 72 Āthiopien Addis Abeba 18 73 Benin Cotonou 19 74 Botsuana Gaborone 15 75 Burkina Faso Ouagadougou 20 76 Burundi Bujumbura 20 77 Côte d'Ivoire Abidjan 20 78 Dschibuti 20 78 Dschibuti 20 79 Eritrea Asmara 20 80 Gabun Libreville 20 81 Ghana Accra 19 82 Guinea Conakry 20 83 Kamerun Jaunde 20 84 Kenia Nairobi 16 85 Kongo Brazzaville 20 86 Kongo Brazzaville 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Libyen Tripolis 20 89		Staat	Dienstort	Zonenstufe
73 Benin Cotonou 19 74 Botsuana Gaborone 15 75 Burkina Faso Ouagadougou 20 76 Burundi Bujumbura 20 77 Côte d'Ivoire Abidjan 20 78 Dschibuti 20 79 Eritrea Asmara 20 80 Gabun Libreville 20 80 Gabun Libreville 20 81 Ghana Accra 19 82 Guinea Conakry 20 83 Kamerun Jaunde 20 84 Kenia Nairobi 16 85 Kongo Brazzaville 20 86 Kongo, Brazzaville 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Liboryan Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe				
73 Benin Cotonou 19 74 Botsuana Gaborone 15 75 Burkina Faso Ouagadougou 20 76 Burundi Bujumbura 20 77 Côte d'Ivoire Abidjan 20 78 Dschibuti 20 79 Eritrea Asmara 20 80 Gabun Libreville 20 80 Gabun Libreville 20 81 Ghana Accra 19 82 Guinea Conakry 20 83 Kamerun Jaunde 20 84 Kenia Nairobi 16 85 Kongo Brazzaville 20 86 Kongo, Brazzaville 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Liboryan Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe	72	Äthiopien	Addis Abeba	18
75 Burkina Faso Ouagadougou 20 76 Burundi Bujumbura 20 77 Côte d'Ivoire Abidjan 20 78 Dschibuti 20 79 Eritrea Asmara 20 80 Gabun Libreville 20 81 Ghana Accra 19 82 Guinea Conakry 20 83 Kamerun Jaunde 20 84 Kenia Nairobi 16 85 Kongo Brazzaville 20 86 Kongo, Demokratische Republik 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Libyen Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakch			Cotonou	19
76 Burundi Bujumbura 20 77 Côte d'Ivoire Abidjan 20 78 Dschibuti 20 79 Eritrea Asmara 20 80 Gabun Libreville 20 81 Ghana Accra 19 82 Guinea Conakry 20 83 Kamerun Jaunde 20 84 Kenia Nairobi 16 85 Kongo Brazzaville 20 86 Kongo, Brazzaville 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Libyen Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Maroko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott	74	Botsuana	Gaborone	15
76 Burundi Bujumbura 20 77 Côte d'Ivoire Abidjan 20 78 Dschibuti 20 79 Eritrea Asmara 20 80 Gabun Libreville 20 81 Ghana Accra 19 82 Guinea Conakry 20 83 Kamerun Jaunde 20 84 Kenia Nairobi 16 85 Kongo Brazzaville 20 86 Kongo, Demokratische Republik Kinshasa 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Libyen Tripolis 20 88 Libyen Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Maroko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakcho	75	Burkina Faso	Ouagadougou	20
77 Côte d'Ivoire Abidjan 20 78 Dschibuti 20 79 Eritrea Asmara 20 80 Gabun Libreville 20 81 Ghana Accra 19 82 Guinea Conakry 20 83 Kamerun Jaunde 20 84 Kenia Nairobi 16 85 Kongo Brazzaville 20 86 Kongo, Brazzaville 20 86 Kongo, Demokratische Republik 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Libyen Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakch	76	Burundi		20
78 Dschibuti 20 79 Eritrea Asmara 20 80 Gabun Libreville 20 81 Ghana Accra 19 82 Guinea Conakry 20 83 Kamerun Jaunde 20 84 Kenia Nairobi 16 85 Kongo Brazzaville 20 86 Kongo, Demokratische Republik Kinshasa 20 86 Kongo, Demokratische Republik Kinshasa 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Libyen Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia	77	Côte d'Ivoire	<u> </u>	20
80 Gabun Libreville 20 81 Ghana Accra 19 82 Guinea Conakry 20 83 Kamerun Jaunde 20 84 Kenia Nairobi 16 85 Kongo Brazzaville 20 86 Kongo, Demokratische Republik Kinshasa 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Libyen Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18	78	Dschibuti		20
81 Ghana Accra 19 82 Guinea Conakry 20 83 Kamerun Jaunde 20 84 Kenia Nairobi 16 85 Kongo Brazzaville 20 86 Kongo, Demokratische Republik Kinshasa 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Libyen Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 <	79	Eritrea	Asmara	20
82 Guinea Conakry 20 83 Kamerun Jaunde 20 84 Kenia Nairobi 16 85 Kongo Brazzaville 20 86 Kongo, Demokratische Republik Kinshasa 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Libyen Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 105 Südafrika Pretoria 7 <td>80</td> <td>Gabun</td> <td>Libreville</td> <td>20</td>	80	Gabun	Libreville	20
83 Kamerun Jaunde 20 84 Kenia Nairobi 16 85 Kongo Brazzaville 20 86 Kongo, Demokratische Republik Kinshasa 20 87 Liberia Monrovia 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malwi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar	81	Ghana	Accra	19
84 Kenia Nairobi 16 85 Kongo Brazzaville 20 86 Kongo, Demokratische Republik Kinshasa 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Libyen Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe<	82	Guinea	Conakry	20
85 Kongo, Demokratische Republik Kinshasa 20 86 Kongo, Demokratische Republik Kinshasa 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Libyen Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malwi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 <td>83</td> <td>Kamerun</td> <td>Jaunde</td> <td>20</td>	83	Kamerun	Jaunde	20
85 Kongo, Demokratische Republik Kinshasa 20 86 Kongo, Demokratische Republik Kinshasa 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Libyen Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malwi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 <td>84</td> <td>Kenia</td> <td>Nairobi</td> <td>16</td>	84	Kenia	Nairobi	16
86 Kongo, Demokratische Republik Kinshasa 20 87 Liberia Monrovia 20 88 Libyen Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika	85	Kongo		20
88 Libyen Tripolis 20 89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 Kapstadt 10 Tonsania Daress	86	Kongo,	Kinshasa	20
89 Madagaskar Antananarivo 20 90 Malawi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108	87	Liberia	Monrovia	20
90 Malawi Lilongwe 17 91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 Kapstadt 10 107 Südsudan Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110	88	Libyen	Tripolis	20
91 Mali Bamako 20 92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 <t< td=""><td>89</td><td>Madagaskar</td><td>Antananarivo</td><td>20</td></t<>	89	Madagaskar	Antananarivo	20
92 Marokko Rabat 11 93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111	90	Malawi	Lilongwe	17
93 Mauretanien Nouakchott 20 94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	91	Mali	Bamako	20
94 Mosambik Maputo 17 95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 Kapstadt 10 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	92	Marokko	Rabat	11
95 Namibia Windhuk 11 96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 106 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	93	Mauretanien	Nouakchott	20
96 Niger Niamey 20 97 Nigeria Abuja 20 98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 106 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	94	Mosambik	Maputo	17
97 Nigeria Abuja 20 98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 106 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	95	Namibia	Windhuk	11
98 Lagos 20 99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 106 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	96	Niger	Niamey	20
99 Ruanda Kigali 19 100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 106 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	97	Nigeria	Abuja	20
100 Sambia Lusaka 15 101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 106 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	98		Lagos	20
101 Senegal Dakar 18 102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 106 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	99	Ruanda	Kigali	19
102 Sierra Leone Freetown 20 103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 106 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	100	Sambia	Lusaka	15
103 Simbabwe Harare 20 104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 106 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	101	Senegal	Dakar	18
104 Sudan Khartum 20 105 Südafrika Pretoria 7 106 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	102	Sierra Leone	Freetown	20
105 Südafrika Pretoria 7 106 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	103	Simbabwe	Harare	20
106 Kapstadt 10 107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	104	Sudan	Khartum	20
107 Südsudan Dschuba 20 108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	105	Südafrika	Pretoria	7
108 Tansania Daressalam 19 109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	106		Kapstadt	10
109 Togo Lomé 20 110 Tschad N'Djamena 20 111 Tunesien Tunis 9	107	Südsudan	Dschuba	20
110TschadN'Djamena20111TunesienTunis9	108	Tansania	Daressalam	19
111 Tunesien Tunis 9	109	Togo	Lomé	20
	110	Tschad	N'Djamena	20
112 Uganda Kampala 15	111	Tunesien	Tunis	9
	112	Uganda	Kampala	15



	Staat	Dienstort	Zonenstufe
	1	2	3
		Abschnitt 3 Amerika	
113	Argentinien	Buenos Aires	10
114	Bolivien	La Paz	15
115	Brasilien	Brasilia	12
116		Porto Alegre	11
117		Recife	11
118		Rio de Janeiro	13
119		São Paulo	13
120	Chile	Santiago de Chile	12
121	Costa Rica	San José	11
122	Dominikanische Republik	Santo Domingo	14
123	Ecuador	Quito	11
124	El Salvador	San Salvador	18
125	Guatemala	Guatemala City	17
126	Haiti	Port-au-Prince	20
127	Honduras	Tegucigalpa	20
128	Jamaika	Kingston	19
129	Kanada	Ottawa	4
130		Montreal	5
131		Toronto	4
132		Vancouver	3
133	Kolumbien	Bogotá	10
134	Kuba	Havanna	20
135	Mexiko	Mexiko City	11
136	Nicaragua	Managua	18
137	Panama	Panama	15
138	Paraguay	Asunción	13
139	Peru	Lima	14
140	Trinidad und Tobago	Port-of-Spain	18
141	Uruguay	Montevideo	10
142	Venezuela	Caracas	19
143	Vereinigte Staaten	Washington	6
144		Atlanta	6
145		Boston	5
146		Chicago	6
147		Houston	6
148		Los Angeles	6
149		Miami	6
150		New York	7
151		San Francisco	6



	Staat	Dienstort	Zonenstufe	
	1	2	3	
Abschnitt 4 Asien				
152	Afghanistan	Kabul	20	
153	Armenien	Eriwan	12	
154	Aserbaidschan	Baku	14	
155	Bahrain	Manama	18	
156	Bangladesch	Dhaka	20	
157	Brunei	Bandar Seri Begawan	14	
158	China	Peking	13	
159		Chengdu	15	
160		Hongkong	11	
161		Kanton	14	
162		Shanghai	12	
163		Shenyang	19	
164	Georgien	Tiflis	13	
165	Indien	New Delhi	16	
166		Bangalore	15	
167		Chennai	15	
168		Kalkutta	15	
169		Mumbai	13	
170	Indonesien	Jakarta	14	
171	Irak	Bagdad	20	
172		Erbil	20	
173	Iran	Teheran	20	
174	Israel	Tel Aviv	11	
175	Japan	Tokyo	12	
176		Osaka-Kobe	12	
177	Jemen	Sanaa	20	
178	Jordanien	Amman	15	
179	Kambodscha	Phnom Penh	20	
180	Kasachstan	Nur-Sultan	14	
181		Almaty	14	
182	Katar	Doha	14	
183	Kirgisistan	Bischkek	18	
184	Korea, Demokratische Volksrepublik	Pjöngjang	20	
185	Korea, Republik	Seoul	10	
186	Kuwait	Kuwait	13	
187	Laos	Vientiane	17	
188	Libanon	Beirut	16	
189	Malaysia	Kuala Lumpur	9	
190	Mongolei	Ulan Bator	20	



	Staat	Dienstort	Zonenstufe	
	1	2	3	
191	Myanmar	Rangun	20	
192	Nepal	Kathmandu	20	
193	Oman	Maskat	13	
194	Pakistan	Islamabad	17	
195		Karachi	18	
196	Philippinen	Manila	14	
197	Saudi-Arabien	Riad	18	
198		Djidda	17	
199	Singapur	Singapur	10	
200	Sri Lanka	Colombo	15	
201	Syrien	Damaskus	19	
202	Tadschikistan	Duschanbe	19	
203	Thailand	Bangkok	14	
204	Turkmenistan	Aschgabat	18	
205	Usbekistan	Taschkent	19	
206		Abu Dhabi	13	
207	Emirate	Dubai	12	
208	Vietnam	Hanoi	16	
209		Ho-Chi-Minh-Stadt	18	
	Austral	Abschnitt 5 lien und Neuseeland		
210	Australien	Canberra	9	
211		Sydney	8	
212	Neuseeland	Wellington	7	
Abschnitt 6 Weitere Dienstorte				
213		Ramallah (Palästinensisches Autonomiegebiet)	16	
214		Taipei (Taiwan)	12	

Anlage 2 (zu § 1 Absatz 2 Satz 3)

	Staat	Dienstort	Zonenstufe	
	1	2	3	
Abschnitt 1 Europa				
1	Frankreich	Le Luc/Le Cannet-des-Maures/ Draguignan	4	
2		Nancy/Toul	3	
3	Italien	Catania/Sigonella/Lentini/Motta Sant'Anastasia	4	
4		Ghedi	4	
5		Neapel/Giugliano	4	
6		Poggio Renatico/Ferrara	4	
7		Turin	2	
8	Litauen	Rukla	9	
9	Norwegen	Stavanger	3	
10	Polen	Stettin	5	
11	Spanien	Albacete	3	
12		Betera	2	
13		Rota	2	
14		Saragossa	3	
15		Sevilla	2	
16		Valencia	2	
17	Tschechische Republik	Vyškov	5	
18	Vereinigtes Königreich Andover (Hants)		4	
19		Bicester	3	
20		Blackwater	3	
21		Blandford	4	
22		Brize Norton	3	
23		Bristol	3	
24		Camberley	3	
25		Coningsby	4	
26		Culdrose/Helston	3	
27		Fareham	3	
28		High Wycombe/Waters Ash	3	
29		Honington	3	
30		Huntingdon	3	
31		Innsworth	3	
32		Lossiemouth	4	
33		Plymouth	3	
34		Portsmouth	3	

	0	In	
	Staat 1	Dienstort 2	Zonenstufe 3
35	l l	Preston/Warton	3
36		Salisbury	4
37		Shrivenham/Swindon	3
38		Warminster	4
39		Yeovil	4
- 55		Abschnitt 2	
		Amerika	
40	Kanada	Cold Lake	9
41		Southport/Portage la Prairie	9
42	Vereinigte Staaten	Alamogordo (New Mexico)	8
43		Charleston AFB (South Carolina)	7
44		Colorado Springs (Colorado)	8
45		Dallas (Texas)	8
46		Dayton (Ohio)	8
47		El Paso/Fort Bliss (Texas)	8
48		Fort Benning (Georgia)	8
49		Fort Bragg/Fayetteville (North Carolina)	8
50		Fort Gordon (Georgia)	8
51		Fort Leavenworth (Kansas)	9
52		Fort Lee (Virginia)	7
53		Fort Leonard Wood (Missouri)	10
54		Fort Rucker/Enterprise (Alabama)	9
55		Fort Sill (Oklahoma)	9
56		Goodyear/Phoenix (Arizona)	9
57		Huntsville/Redstone AFB (Alabama)	8
58		Jacksonville/Mayport (Florida)	8
59		Kirtland AFB/Albuquerque (New Mexico)	8
60		Las Vegas/Nellis AFB (Nevada)	7
61		Maxwell/Montgomery (Alabama)	8
62		Norfolk/Suffolk/Langley AFB/ Newport News/Virginia Beach (Virginia)	7
63		Panama City/Tyndall AFB (Florida)	9
64		Pensacola/Eglin AFB (Florida)	9
65		Reston/Dulles Int. Airport (Virginia)	7
66		San Diego (Kalifornien)	7
67		Sheppard AFB/Wichita Falls (Texas)	9
68		Tucson (Arizona)	9
		•	



Berichtigung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen

Vom 19. Januar 2022

Das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen vom 25. Juni 2021 (BGBI. I S. 2123) ist wie folgt zu berichtigen:

In Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe b ist in § 453 Absatz 1 Satz 3 die Angabe "Satz 1" durch die Angabe "Satz 2" zu ersetzen.

Berlin, den 19. Januar 2022

Bundesministerium der Justiz Im Auftrag Görs

Berichtigung des Gesetzes Digitale Rentenübersicht

Vom 21. Januar 2022

Das Gesetz Digitale Rentenübersicht vom 11. Februar 2021 (BGBl. I S. 154) ist wie folgt zu berichtigen:

In der Anlage zu Artikel 11 Nummer 28 ist in Anlage 2 auf Seite 3 den Wörtern "Des Weiteren sind beigefügt: " " die Angabe " " anzufügen.

Berlin, den 21. Januar 2022

Bundesministerium für Arbeit und Soziales Im Auftrag Becker



Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung zur Änderung der Atomrechtlichen Deckungsvorsorge-Verordnung

Vom 21. Januar 2022

Nach Artikel 3 Satz 2 der Verordnung zur Änderung der Atomrechtlichen Deckungsvorsorge-Verordnung vom 20. Januar 2022 (BGBI. I S. 73) wird hiermit bekannt gemacht, dass infolge des Inkrafttretens am 1. Januar 2022 des Artikels 1 des Gesetzes zur Änderung haftungsrechtlicher Vorschriften des Atomgesetzes und zur Änderung sonstiger Rechtsvorschriften vom 29. August 2008 (BGBI. I S. 1793; 2022 I S. 14) die Verordnung nach ihrem Artikel 3 Satz 1 am 2. Januar 2022 in Kraft getreten ist.

Bonn, den 21. Januar 2022

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Im Auftrag Thomas Elsner

Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 2 Absatz 3 des Verkündungs- und Bekanntmachungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 114-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBI. I S. 3044) geändert worden ist, wird auf folgende im Bundesanzeiger (www.bundesanzeiger.de) verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

	Datum und Bezeichnung der Verordnung	Fundstelle	Tag des Inkrafttretens
14. 1. 2022	Verordnung zur Änderung der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Aus- nahmeverordnung und der Coronavirus-Einreiseverordnung FNA: 2126-13-28, 2126-13-33	BAnz AT 14.01.2022 V1	15. 1. 2022
21. 12. 2021	Verordnung über die Durchführung von Befähigungsprüfungen nach der Binnenschiffspersonalverordnung (Binnenschiffspersonal- Befähigungsprüfungsverordnung – BinSchPersBefähPrV) FNA: neu: 9500-1-7	BAnz AT 14.01.2022 V2	18. 1.2022

Hinweis auf das Bundesgesetzblatt Teil II

Nr. 2, ausgegeben am 18. Januar 2022

Tag	Inhalt	Seite
22. 6.2021	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt	34
17.12.2021	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	34
21.12.2021	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten	35
21.12.2021	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen	35
21.12.2021	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von Paris	36
21.12.2021	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	36
21.12.2021	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls vom 31. Mai 2001 gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen und Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (VN-Feuerwaffenprotokoll)	37
3. 1.2022	Bekanntmachung der deutsch-libanesischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	41
4. 1.2022	Bekanntmachung der deutsch-namibischen Vereinbarung über die Einrichtung eines örtlichen Büros der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH	43
4. 1.2022	Bekanntmachung der deutsch-mosambikanischen Vereinbarung über die Einrichtung eines örtlichen Büros der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH	45
5. 1.2022	Bekanntmachung zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	47
6. 1.2022	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP)	47
6. 1.2022	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Nagoya über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt	48

Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts sind für die Abonnenten das Titelblatt, die Zeitliche Übersicht und das Sachverzeichnis für den Jahrgang 2021 des Bundesgesetzblatts Teil II beigelegt.



Nr. 3, ausgegeben am 25. Januar 2022

	Tag	Inhalt	Seite
4.	1.2022	Bekanntmachung der deutsch-malawischen Vereinbarung über die Einrichtung eines örtlichen Büros der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH	50
4.	1.2022	Bekanntmachung der deutsch-malawischen Vereinbarung über die Einrichtung eines örtlichen Büros der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	52
4.	1.2022	Bekanntmachung des deutsch-mosambikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	54
7.	1.2022	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	57
13.	1.2022	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen "Booz Allen Hamilton, Inc." (Nr. DOCPER-AS-39-43)	58
13.	1.2022	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen "Booz Allen Hamilton, Inc." (Nr. DOCPER-AS-39-48)	61
13.	1.2022	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen "METIS Solutions, LLC" (Nr. DOCPER-AS-111-03)	64
13.	1.2022	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen "Cloud Lake Technology, LLC" (Nr. DOCPER-AS-167-01)	67
13.	1.2022	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen "Fulcrum IT Services, LLC" (Nr. DOCPER-AS-169-01)	70
13.	1.2022	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen "Fulcrum IT Services, LLC" (Nr. DOCPER-AS-169-01)	73
13.	1.2022	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen "Capstone Corporation" (Nr. DOCPER-AS-171-01)	76
17.	1.2022	Bekanntmachung zu der Charta der Vereinten Nationen	80

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Union,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

		ABI. EU	
	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	 Ausgabe in deuts Nr./Seite 	
-	Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/1832 der Kommission vom 12. Oktober 2021 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABI. L 385 vom 29.10.2021)	L 414/1	19. 11. 2021
13. 9. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2026 der Kommission zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2020/592 hinsichtlich bestimmter befristeter Ausnahmen von der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Behebung der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Marktstörungen im Weinsektor und hinsichtlich ihres Anwendungszeitraums	L 415/1	22. 11. 2021
13. 9. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2027 der Kommission zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2020/884 hinsichtlich der Abweichungen von der Delegierten Verordnung (EU) 2016/1149 zur Bewältigung der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Krise im Weinsektor und zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2016/1149	L 415/4	22. 11. 2021
15. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2028 der Kommission zur Genehmigung einer nicht geringfügigen Änderung der Spezifikation eines im Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben eingetragenen Namens ("Cerezas de la Montaña de Alicante" (g. g. A.))	L 415/7	22. 11. 2021
19. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2029 der Kommission zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 3-Fucosyllactose (3-FL) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 415/9	22. 11. 2021
19. 11. 2021	Verordnung (EU) 2021/2030 der Kommission zur Änderung von Anhang XVII der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) hinsichtlich <i>N,N</i> -Dimethylformamid (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 415/16	22. 11. 2021
19. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission zur Änderung der Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 hinsichtlich der Einträge für das Vereinigte Königreich in den Listen der Drittländer, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel, Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist (1)	L 415/20	22. 11. 2021
16. 11. 2021		L 416/1	23. 11. 2021

	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU - Ausgabe in deutscher Sprache - Nr./Seite vom	
19. 11. 2021	Verordnung (EU) 2021/2036 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1126/2008 zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den International Financial Reporting Standard 17 (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 416/3	23. 11. 2021
22. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2037 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Ausnahmen von der Pflicht der Unternehmer zur Registrierung von Aquakulturbetrieben und zur Führung von Aufzeichnungen (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 416/80	23. 11. 2021
17. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2044 der Kommission zur Genehmigung einer nicht geringfügigen Änderung der Spezifikation eines im Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben eingetragenen Namens ("Nostrano Valtrompia" (g. Ü.))	L 418/4	24. 11. 2021
23. 11. 2021	Verordnung (EU) 2021/2045 der Kommission zur Änderung des Anhangs XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) (1)	L 418/6	24. 11. 2021
23. 11. 2021	(1) Text von Bedeutung für den EWR. Durchführungsverordnung (EU) 2021/2046 der Kommission zur Gewährung von Schutz in der Union für die im internationalen Register der Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben der Genfer Akte eingetragene geografische Angabe "រុម្រជាក់ពាត"/"Kampot Pepper"	L 418/11	24. 11. 2021
23. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2047 der Kommission zur Zulassung von Amproliumhydrochlorid (COXAM) als Futtermittelzusatzstoff für Masthühner und Junghennen (Zulassungsinhaber: HuvePharma NV) (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 418/13	24. 11. 2021
23. 11. 2021	Verordnung (EU) 2021/2048 des Rates zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einfuhren bestimm- ter gewerblicher Waren auf die Kanarischen Inseln	L 420/1	25. 11. 2021
24. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2049 der Kommission zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cypermethrin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (1)	L 420/6	25. 11. 2021
24. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2050 der Kommission zur Zulassung der Zubereitung aus <i>Bacillus velezensis</i> CECT 5940 als Zusatzstoff in Futtermitteln für Masttruthühner, Zuchttruthühner, Geflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung für Mast- und Zuchtzwecke sowie Ziervögel (außer für Vermehrungszwecke) (Zulassungsinhaber: Evonik Operations GmbH) (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 420/16	25. 11. 2021
24. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2051 der Kommission zur Zulassung einer Zubereitung aus <i>Bacillus velezensis</i> PTA-6507, <i>Bacillus velezensis</i> NRRL B-50013 und <i>Bacillus velezensis</i> NRRL B-50104 als Futtermittelzusatzstoff für Masttruthühner (Zulassungsinhaber: Danisco Animal Nutrition, vertreten durch Genencor International B.V.) (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 420/19	25. 11. 2021



		ABI. EU	
	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	- Ausgabe in deutsc	cher Sprache -
		Nr./Seite	vom
24. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2052 der Kommission zur Festlegung der technischen Eigenschaften der Datensätze der Stichprobenerhebung im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen über Arbeitsmarkt und Wohnen, intergenerationale Übertragung von Vorteilen und Benachteiligungen, Wohnungsnot sowie des Ad-hoc-Themas 2023 zur Energieeffizienz von Haushalten gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (¹)	L 420/23	25. 11. 2021
-	Berichtigung der Verordnung (EU) 2021/1986 des Rates vom 15. November 2021 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen gegen Belarus (ABI. L 405 vom 16.11.2021)	L 420/133	25. 11. 2021
11. 11. 2021	Verordnung (EU) 2021/2061 des Rates über die Aufteilung der Fangmöglichkeiten nach dem Protokoll über die Durchführung des partnerschaftlichen Abkommens über nachhaltige Fischerei zwischen der Europäischen Union und der Islamischen Republik Mauretanien (2021–2026)	L 421/1	26. 11. 2021
23. 8. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2062 der Kommission zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2020/2014 der Kommission mit Einzelheiten zur Umsetzung der Anlandeverpflichtung für bestimmte Fischereien in der Nordsee im Zeitraum 2021–2023	L 421/4	26. 11. 2021
25. 8. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2063 der Kommission zur Änderung und Berichtigung der Delegierten Verordnung (EU) 2020/2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung der Anlandeverpflichtung für bestimmte Fischereien in den westlichen Gewässern im Zeitraum 2021–2023	L 421/6	26. 11. 2021
25. 8. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2064 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Einführung einer Ausnahme wegen Geringfügigkeit von der Anlandeverpflichtung für bestimmte Fischereien auf Grundfischarten im Adriatischen Meer und im südöstlichen Mittelmeer	L 421/9	26. 11. 2021
25. 8. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2065 der Kommission zur Erstellung eines Rückwurfplans für die Steinbuttfischerei im Schwarzen Meer	L 421/14	26. 11. 2021
25. 8. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2066 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1022 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Einzelheiten der Umsetzung der Anlandeverpflichtung für bestimmte Grundfischbestände im westlichen Mittelmeer im Zeitraum 2022-2024	L 421/17	26. 11. 2021
24. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2067 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1484/95 in Bezug auf die Festsetzung der repräsentativen Preise in den Sektoren Geflügelfleisch und Eier sowie für Eieralbumin	L 421/22	26. 11. 2021
25. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2068 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Verlängerung der Laufzeit der Genehmigung für die Wirkstoffe Benfluralin, Dimoxystrobin, Fluazinam, Flutolanil, Mecoprop-P, Mepiquat, Metiram, Oxamyl und Pyraclostrobin (1)	L 421/25	26. 11. 2021
	(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
25. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2069 der Kommission zur Änderung von Anhang VI der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 hinsichtlich der Einfuhr von Speisekartoffeln aus Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien in die Union und zur Aufhebung der Durchführungsbeschlüsse 2012/219/EU und (EU) 2015/1199	L 421/28	26. 11. 2021
25. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2070 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 474/2006 hinsichtlich der Liste der Luftfahrtunternehmen, gegen die in der Union eine Betriebsuntersagung ergangen ist oder deren Betrieb in der Union Beschränkungen unterliegt (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 421/31	26. 11. 2021



	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU - Ausgabe in deutsche Nr./Seite	er Sprache – vom
25. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2071 der Kommission zur Überwachung der Ausfuhr bestimmter Impfstoffe und bestimmter Wirkstoffe, die zur Herstellung solcher Impfstoffe verwendet werden	L 421/52	26. 11. 2021
-	Berichtigung der Verordnung (EU) 2021/1056 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang (ABI. L 231 vom 30.6.2021)	L 421/74	26. 11. 2021
-	Berichtigung der Verordnung (EU) 2021/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 zur Einrichtung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 (ABI. L 231 vom 30.6.2021)	L 421/75	26. 11. 2021
13. 9. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2017 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2016/2070 im Hinblick auf die Referenzportfolios, Meldebögen und Erläuterungen, die in der Union bei Meldungen nach Artikel 78 Absatz 2 der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu verwenden sind (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 424/1	26. 11. 2021
26. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2076 zur Zulassung von aus Escherichia coli KCCM 80210 gewonnenem L-Tryptophan als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 426/1	29. 11. 2021
26. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2077 der Kommission zur Zulassung von aus <i>Corynebacterium glutamicum</i> CGMCC 7.366 gewonnenem L-Valin als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 426/5	29. 11. 2021
26. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2078 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Europäischen Datenbank für Medizinprodukte (Eudamed)	L 426/9	29. 11. 2021
26. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2079 der Kommission zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Vitamin D2-Pilzpulver als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 426/16	29. 11. 2021
26. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2080 der Kommission zur Zulassung von durch Fermentierung mit <i>Escherichia coli</i> NITE SD 00268 hergestelltem L-Histidin-Monohydrochlorid-Monohydrat als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten außer Fische (¹) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 426/23	29. 11. 2021
26. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2081 der Kommission zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Indoxacarb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 426/28	29. 11. 2021
26. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2082 der Kommission zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen für die Verordnung (EU) Nr. 376/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das gemeinsame europäische Risikoklassifizierungssystem (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 426/32	29. 11. 2021



		ABI. EU	
	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	- Ausgabe in deutsc	
	· ·	Nr./Seite	vom
26. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2083 der Kommission zur Aussetzung der mit den Durchführungsverordnungen (EU) 2018/886 und (EU) 2020/502 eingeführten handelspolitischen Maßnahmen in Bezug auf bestimmte Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika	L 426/41	29. 11. 2021
19. 11. 2021	Verordnung (EU) 2021/2085 des Rates zur Gründung der gemeinsamen Unternehmen im Rahmen von "Horizont Europa" und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 219/2007, (EU) Nr. 557/2014, (EU) Nr. 558/2014, (EU) Nr. 559/2014, (EU) Nr. 560/2014, (EU) Nr. 561/2014 und (EU) Nr. 642/2014	L 427/17	30. 11. 2021
5. 7.2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2086 der Kommission zur Änderung der Anhänge II und IV der Verordnung (EU) 2019/1009 des Europäischen Parlaments und des Rates zwecks Aufnahme von gefällten Phosphatsalzen und deren Folgeprodukten als Komponentenmaterialkategorie in EU-Düngeprodukten (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 427/120	30. 11. 2021
6. 7. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2087 der Kommission zur Änderung der Anhänge II, III und IV der Verordnung (EU) 2019/1009 des Europäischen Parlaments und des Rates zwecks Aufnahme von durch thermische Oxidation gewonnenen Materialien und deren Folgeprodukten als Komponentenmaterialkategorie in EU-Düngeprodukten (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 427/130	30. 11. 2021
7. 7. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2088 der Kommission zur Änderung der Anhänge II, III und IV der Verordnung (EU) 2019/1009 des Europäischen Parlaments und des Rates zwecks Aufnahme von durch Pyrolyse oder Vergasung gewonnenen Materialien als Komponentenmaterialkategorie in EU-Düngeprodukten (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 427/140	30. 11. 2021
21. 9. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2089 der Kommission zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2019/2122 hinsichtlich bestimmter Kategorien von Waren, von denen ein geringes Risiko ausgeht, Waren, die im persönlichen Gepäck von Fahrgästen bzw. Passagieren mitgeführt werden, und hinsichtlich Heimtieren, die von amtlichen Kontrollen an Grenzkontrollstellen ausgenommen sind, sowie zur Änderung der genannten Delegierten Verordnung und der Delegierten Verordnung (EU) 2019/2074 in Bezug auf Verweise auf bestimmte aufgehobene Rechtsakte (¹)	L 427/149	30. 11. 2021
25. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2090 der Kommission zur Verweigerung der Zulassung von Titandioxid als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 427/160	30. 11. 2021
26. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2091 der Kommission über die Erstattung der vom Haushaltsjahr 2021 übertragenen Mittel gemäß Artikel 26 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates	L 427/162	30. 11. 2021
29. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2092 der Kommission zur Zulassung von Kaliumdiformiat als Futtermittelzusatzstoff für Mastschweine und entwöhnte Ferkel (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 427/166	30. 11. 2021
29. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2093 der Kommission zur Zulassung von Dinatrium-5'-guanylat als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 427/169	30. 11. 2021



	Datum und Bazaichnung der Beehteverschrift	ABI. EU - Ausgabe in deutscher Sprache -	
	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Nr./Seite	vom
29. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2094 der Kommission zur Zu-		
	lassung von Decoquinat (Deccox und Avi-Deccox 60G) als Futtermittel- zusatzstoff für Masthühner (Zulassungsinhaber: Zoetis Belgium SA) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1289/2004 (1)	L 427/173	30. 11. 2021
	(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
29. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2095 der Kommission zur Zulassung von L-Lysin-Base, L-Lysin-Monohydrochlorid und L-Lysin-Sulfat als Futtermittelzusatzstoffe für alle Tierarten (¹)	L 427/179	30. 11. 2021
	(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
29. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2096 der Kommission zur Zulassung von Endo-1,4-beta-Xylanase aus Trichoderma reesei CBS 143953 als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Geflügelarten, Mastschweine, Ferkel und alle Schweinearten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung (Zulassungsinhaber: Danisco (UK) Ltd, in der Union vertreten durch Genencor International B.V.) (1)	L 427/187	30. 11. 2021
	(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
29. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2097 der Kommission zur Zulassung der Zubereitung aus Benzoesäure, Calciumformiat und Fumarsäure als Futtermittelzusatzstoff für Masttruthühner und Zuchttruthühner (Zulassungsinhaber: Novus Europe NV) (1)	L 427/190	30. 11. 2021
	(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
-	Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/2082 der Kommission vom 26. November 2021 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen für die Verordnung (EU) Nr. 376/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das gemeinsame europäische Risikoklassifizierungssystem (ABI. L 426 vom 29.11.2021)	L 427/196	30. 11. 2021
10 0 0001	Data sinta Vausulaus a /FLN 0001/0100 day /Caransinaina any Fastlanus		
19. 6. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2103 der Kommission zur Festlegung detaillierter Bestimmungen über den Betrieb des Web-Portals gemäß Artikel 49 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2019/818 des Europäischen Parlaments und des Rates	L 429/65	1. 12. 2021
19. 8. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2104 der Kommission zur Festlegung detaillierter Bestimmungen über den Betrieb des Web-Portals gemäß Artikel 49 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2019/817 des Europäischen Parlaments und des Rates	L 429/72	1. 12. 2021
28. 9. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2105 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität durch die Festlegung einer Methodik für die Berichterstattung über Sozialausgaben	L 429/79	1. 12. 2021
28. 9. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2106 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität durch die Festlegung der gemeinsamen Indikatoren und detaillierten Elemente des Aufbau- und Resilienzscoreboards	L 429/83	1. 12. 2021
26 11 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission zur Ände-		
20. 11. 2021	rung der Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 hinsichtlich der Einträge für das Vereinigte Königreich in den Listen der Drittländer, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel, Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist (¹)	L 429/92	1. 12. 2021
	(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
29. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2108 der Kommission zur 323. Änderung der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit den ISIL (Da'esh)- und Al-Qaida-Organisationen in Verbindung stehen	L 429/97	1. 12. 2021



		ABI. EU	
	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	- Ausgabe in deutse Nr./Seite	
30. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2109 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/704 hinsichtlich der verwaltungstechnischen Änderungen der Unionszulassung für die Biozidproduktfamilie "INSECTICIDES FOR HOME USE" (¹)	L 429/99	1. 12. 2021
	(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
30. 11. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2110 der Kommission zur Änderung des Anhangs I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 mit besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (¹)	L 429/108	1. 12. 2021
	(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
1. 12. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2119 der Kommission zur Festlegung detaillierter Vorschriften über bestimmte von Unternehmern und Unternehmergruppen verlangte Aufzeichnungen und Erklärungen und über die technischen Mittel für die Ausstellung von Zertifikaten gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/1378 der Kommission hinsichtlich der Ausstellung der Bescheinigung für Unternehmer, Unternehmergruppen und Ausführer in Drittländern	L 430/24	2. 12. 2021
-	Berichtigung der Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates (ABI. L 209 vom 14.6.2021)	L 430/42	2. 12. 2021
_	Berichtigung der Delegierten Verordnung (EU) 2021/923 der Kommission vom 25. März 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien für die Definition der Managementverantwortung, der Kontrollaufgaben, der wesentlichen Geschäftsbereiche und einer erheblichen Auswirkung auf das Risikoprofil eines wesentlichen Geschäftsbereichs sowie zur Festlegung der Kriterien für die Ermittlung der Mitarbeiter oder Mitarbeiterkategorien, deren berufliche Tätigkeiten vergleichsweise ebenso wesentliche Auswirkungen auf das Risikoprofil des Instituts haben wie diejenigen der in Artikel 92 Absatz 3 der genannten Richtlinie aufgeführten Mitarbeiter oder Mitarbeiterkategorien (ABI. L 203 vom 9.6.2021)	L 430/43	2. 12. 2021
2. 12. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2124 des Rates zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen gegen Belarus	L 430I/1	2. 12. 2021
29. 9. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2126 der Kommission zur Änderung des Anhangs der Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union	L 432/1	3. 12. 2021
29. 9. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2127 der Kommission zur Änderung des Anhangs IV der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen	L 432/7	3. 12. 2021
1. 10. 2021	Delegierte Verordnung (EU) 2021/2128 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/1529 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung bestimmter spezifischer Ziele und thematischer Prioritäten für die Hilfe im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA III) (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 432/8	3. 12. 2021
2. 12. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2129 der Kommission zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Calciumfructoborat als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (1) (1) Text von Bedeutung für den EWR.	L 432/13	3. 12. 2021



Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln G 5702 · PVSt +4 · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
2. 12. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2130 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1201 hinsichtlich der Listen der bekanntermaßen für Xylella fastidiosa anfälligen Pflanzen	L 432/19	3. 12. 2021
2. 12. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2140 der Kommission zur Fest- setzung der Auslösungsvolumen für die Jahre 2022 und 2023 im Hinblick auf die etwaige Anwendung zusätzlicher Einfuhrzölle auf bestimmtes Obst und Gemüse	L 433/1	6. 12. 2021
3. 12. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2141 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2129 hinsichtlich der Häufigkeitsraten der Warenkontrollen bei bestimmten zusammengesetzten Erzeugnissen, die in die Union verbracht werden (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 433/5	6. 12. 2021
3. 12. 2021	Verordnung (EU) 2021/2142 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1881/2006 hinsichtlich der Höchstgehalte für Opiumalkaloide in bestimmten Lebensmitteln (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 433/8	6. 12. 2021
3. 12. 2021	Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission zur Änderung der Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 hinsichtlich der Einträge für das Vereinigte Königreich in den Listen der Drittländer, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel, Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist (¹) (¹) Text von Bedeutung für den EWR.	L 433/11	6. 12. 2021